

KAS AUSLANDSINFORMATIONEN

JUGEND UND POLITISCHES ENGAGEMENT



■ **Der Faktor Jugend – Innovative Wahlkampfmethoden in den USA und ihre Übertragbarkeit auf Deutschland**
Stefan Burgdörfer

■ **Ugandas Jugend: Chancen und Herausforderungen im zweitjüngsten Land der Welt**
Angelika Klein

■ **Die junge Garde der Präsidentin – Kirchneristische Nachwuchsorganisation La Cámpora krepelt still und heimlich Argentinien um**
Kristin Wesemann

■ **Wahlen in Ecuador – Präsident Correas Wahlsieg ermöglicht ungebremste Fortsetzung der „Bürgerrevolution“**
Winfried Weck

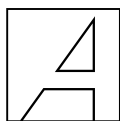
■ **Israel und der Klimawandel**
Nadine Mensel

■ **Politik mit schwarzem Gürtel – Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė**
Robert von Lucius

■ **Nichtregierungsorganisationen in Russland: Zur Situation ein Jahr nach Putins Amtsantritt**
*Lars Peter Schmidt /
Johann C. Fuhrmann*



KAS
AUSLANDSINFORMATIONEN
5 | 13



Konrad
Adenauer
Stiftung



ISSN 0177-7521

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

29. Jahrgang

Klingelhöferstraße 23

D-10785 Berlin

Telefon (030) 2 69 96-33 83

Telefax (030) 2 69 96-35 63

Internet: <http://www.kas.de>

<http://www.kas.de/auslandsinformationen>

E-Mail: stefan.burgdoerfer@kas.de

Bankverbindung:

Commerzbank AG Filiale Bonn,

Kto.-Nr. 110 63 43, BLZ 380 400 07

Herausgeber:

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktion:

Frank Priess

Dr. Wolfgang Maier

Thomas Birringer

Gisela Elsner

Dr. Stefan Friedrich

Dr. Beatrice Gorawantschy

Jens Paulus

Verantwortlicher Redakteur:

Stefan Burgdörfer

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen:

Die KAS-Auslandsinformationen erscheinen zwölfmal im Jahr. Der Bezugspreis für zwölf Hefte beträgt 50,- € zzgl. Porto. Einzelheft 5,- €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird.

Bestellungen: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
(obige Anschrift)

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den KAS-Auslandsinformationen.

Übersetzung: RedKeyTranslation, Hannover

Satz: racken, Berlin



CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier, das mit dem
europäischen Umweltzeichen (EU Ecolabel: FR/011/003) ausge-
zeichnet ist.

Inhalt

4 | EDITORIAL

Jugend und politisches Engagement

8 | DER FAKTOR JUGEND – INNOVATIVE WAHLKAMPF-METHODEN IN DEN USA UND IHRE ÜBERTRAGBARKEIT AUF DEUTSCHLAND

Stefan Burgdörfer

26 | UGANDAS JUGEND: CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN IM ZWEITJÜNGSTEN LAND DER WELT

Angelika Klein

41 | DIE JUNGE GARDE DER PRÄSIDENTIN – KIRCHNERISTISCHE NACHWUCHSORGANISATION LA CÁMPORA KREMPelt STILL UND HEIMLICH ARGENTINIEN UM

Kristin Wesemann

Andere Themen

60 | WAHLEN IN ECUADOR – PRÄSIDENT CORREAS WAHLSIEG ERMÖGLICHT UNGEBREMSTE FORTSETZUNG DER „BÜRGERREVOLUTION“

Winfried Weck

83 | ISRAEL UND DER KLIMAWANDEL

Nadine Mensel

102 | POLITIK MIT SCHWARZEM GÜRTEL – LITAUENS PRÄSIDENTIN DALIA GRYBAUSKAITĖ

Robert von Lucius

118 | NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN IN RUSSLAND: ZUR SITUATION EIN JAHR NACH PUTINS AMTSANTRITT

Lars Peter Schmidt / Johann C. Fuhrmann



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Konrad-Adenauer-Stiftung hat das Jahr 2013 unter das Motto „Perspektiven der Jugend“ gestellt. Hier geht es uns einerseits um ihre Sichtweisen, also darum, mehr über die Einstellung von jungen Menschen zu erfahren und uns mit ihnen auszutauschen. Andererseits geht es um die *Perspektiven* der Jugend, also um ihre künftigen Möglichkeiten und die politischen Rahmenbedingungen, die nötig sind, um sie zu realisieren. Es geht um nachhaltige Politik, politische Beteiligung und die Zukunftsfähigkeit unserer Sozialsysteme. Mit Blick auf den europäischen Süden und insbesondere den Arbeitsmarkt sind diese Aussichten der Jugend alles andere als erfreulich.

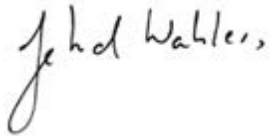
Besonders in den südlichen, in erheblichem Maß von der Verschuldungskrise betroffenen Mitgliedsländern der Eurozone – Spanien, Portugal, Italien und Griechenland – ist die Jugendarbeitslosigkeit extrem hoch. In Spanien liegt sie bei fast 55 Prozent, in Griechenland sind 64 Prozent der 15- bis 24-Jährigen arbeitslos. Viele Betroffene sind sehr gut ausgebildet und möchten ihr Wissen und ihre erlangten Fähigkeiten anwenden. Dass dies in ihren Heimatländern oft nicht möglich ist, hat auch strukturelle Gründe. Diese liegen in defizitären Ausbildungssystemen und nicht zuletzt im überregulierten Arbeitsmarkt. Die aktuelle Gesetzeslage schützt in der Regel die Arbeitsplatzbesitzer, unabhängig von ihrer Qualifikation und, wie im Fall des öffentlichen Dienstes in Griechenland, auch unabhängig von der Notwendigkeit, diesen Arbeitsplatz zu erhalten. Eine Dynamik, die zu mehr Wirtschaftswachstum, einer Entlastung der Sozialsysteme und Einsparungen im öffentlichen Sektor führt, wird nicht zuletzt von den Gewerkschaften verhindert. In der Privatwirtschaft wie in der öffentlichen Verwaltung waren und sind es junge Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen, die als erste ihre Arbeitsstelle verlieren.

Immer mehr gut ausgebildete, junge Südeuropäer sehen keine Perspektive mehr im eigenen Land. Sie zieht es ins europäische Ausland und besonders nach Deutschland. Im vergangenen Jahr haben die Zuzüge von Südeuropäern in die Bundesrepublik sprunghaft zugenommen: Aus Spanien wird ein Plus von 45 Prozent verzeichnet, gefolgt von Griechenland und Portugal mit je 43 Prozent und Italien mit 40 Prozent. Insgesamt kamen fast 120.000 Zuwanderer aus diesen vier Ländern. Dass junge, gut ausgebildete Menschen aus Südeuropa eine Zeitlang hier arbeiten, hilft allen Seiten: Sie entlasten den angespannten Arbeitsmarkt in ihrer Heimat, sie können Bedarfslücken in Deutschland schließen, ihre Unterstützungszahlungen an die Familie können dazu beitragen, die Binnenkonjunktur anzukurbeln, und schließlich bedeutet eine befristete Tätigkeit in Deutschland, dass sie sich weiterqualifizieren und Erfahrungen in der Praxis sammeln. Gerade in technischen Berufen stellt eine lange Arbeitslosigkeit ein Risiko dar, den Anschluss zu verlieren. Nicht zuletzt entgehen die jungen Menschen mit ihrer Suche nach einem Arbeitsplatz im wirtschaftlich erfolgreicherem Ausland auch einer psychologischen Falle, nämlich dem Gefühl, schon in jungen Jahren nicht mehr gebraucht zu werden.

Es verwundert nicht, dass sich die Unzufriedenheit der südeuropäischen Jugend im Wahlverhalten widerspiegelt. Bei den Wahlen 2012 haben die jungen Griechen in größerem Umfang populistisch oder extremistisch gewählt als die Gesamtbevölkerung und damit die politischen Ränder gestützt, denen an Reformen und konsequenter Sparpolitik nicht gelegen ist. 34 Prozent der Griechen unter 24 Jahren haben radikale Parteien gewählt: Die faschistische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgendämmerung) und das linksradikale Bündnis Syriza.

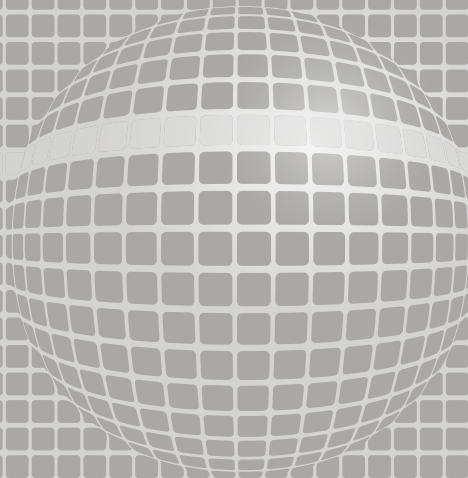
Im Dezember 2012 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Büro in Athen eröffnet. Unser Engagement in Griechenland hat besonders die Jugend im Blick: Vor Ort fördern wir das Jungunternehmertum und Start Ups, um Geschäftsideen von Berufseinsteigern und Studenten für einen mittel- bis langfristigen Erfolg auf eine solidere Basis zu stellen. Weitere Ziele sind, die Reformanstrengungen zu unterstützen, den Austausch zwischen Griechenland und Deutschland zu fördern und zivilgesellschaftliche Kräfte in ihrem Bemühen

um stabile demokratische Verhältnisse zu fördern. Der Eindruck, dass die bestehende Politik und Wirtschaftsordnung es nicht vermögen, der Jugend Perspektiven zu geben, wird sich verfestigen, wenn die Reformanstrengungen in Griechenland, aber auch in den anderen südeuropäischen Euro-Ländern, nicht zum Erfolg führen. Dies hätte langfristige, schwerwiegende Folgen: einen Vertrauensverlust in die Demokratie, in ihre Werte und Institutionen.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large, stylized initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de



Auslandsinformationen online

**Aktuelle Ausgaben schon vor dem Erscheinen der
Printausgabe und sämtliche Beiträge seit 1995:**

www.kas.de/auslandsinformationen

- früher informiert
- barrierefrei
- immer verfügbar



deutschsprachige Ausgabe
kas.de/auslandsinformationen



**Konrad
Adenauer
Stiftung**



Stefan Burgdörfer
ist verantwortlicher
Redakteur der *Aus-
landsinformationen*.

DER FAKTOR JUGEND

INNOVATIVE WAHLKAMPFMETHODEN IN DEN USA UND IHRE ÜBERTRAGBARKEIT AUF DEUTSCHLAND

Stefan Burgdörfer

Wie hatte Obama das wieder geschafft, und auch noch so deutlich? Die Interpretation des Wahlergebnisses, durch das US-Präsident Barack Obama im November 2012 in eine zweite Amtszeit gewählt wurde, lief sowohl in den amerikanischen Medien als auch in der deutschen Berichterstattung schnell auf einen entscheidenden Faktor hinaus: die Jugend. Wie schon im Wahlkampf 2008 sei es Obama besser als seinem republikanischen Herausforderer gelungen, junge Menschen für die Stimmabgabe zu mobilisieren. Erreicht worden sei dies erneut durch innovative Kampagnenführung. Während Obamas Kampagne im Wahlkampf 2008 auf soziale Medien gesetzt und damit die Wahl gewonnen habe, sei diesmal „Big Data“ der Schlüssel zum Erfolg gewesen, also das Sammeln von Daten über die Wählerschaft und die Formulierung passgenauer Botschaften für unterschiedliche Wählergruppen.

Schon unter dem Eindruck des ersten Präsidentschaftswahlkampfes Obamas zeigten sich deutsche Medien überzeugt von dem Potenzial, das eine konsequente Nutzung des Internets für Wahlkämpfe auch in Deutschland biete. „Von Obama lernen heißt siegen lernen“, in diesem Glauben wurde eine Vielzahl von Leitartikeln verfasst, Vorträge gehalten, sogar eine Dissertation veröffentlicht – als seien technische, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen außen vor, sodass es für einen Wahlsieg genüge, die Methoden Obamas einfach zu kopieren.¹ Wer so argumentiert, mag verwundert sein, dass die hinlänglich dokumentierten Kampagnenformen des US-Wahlkampfes in

1 | Jan Philipp Burgard, *Von Obama siegen lernen oder ‚Yes, We Gähn!‘? Der Jahrhundertwahlkampf und die Lehren für die politische Kommunikation in Deutschland*, Nomos, 2012.

Deutschland auch im beginnenden Bundestagswahlkampf 2013 eine untergeordnete Rolle einnehmen. Dies liegt nur zum Teil an den sehr unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten – Obamas Kampagne 2008 hatte 745 Millionen US-Dollar gekostet, im Bundestagswahlkampf ein Jahr danach gab die SPD Schätzungen zufolge 29 Millionen Euro, die CDU/CSU 26,5 Millionen Euro aus.²

Abgesehen von den finanziellen Mitteln erscheinen die gewählten Strategien der deutschen Parteien auch mit Blick auf die entscheidenden Wählergruppen in Deutschland verständlich. Auch wenn eine Partei ihre begrenzten Mittel ganz auf die internetgestützte Ansprache der Jugend verwendete, würde sie in Deutschland nicht die Wahl gewinnen, selbst wenn sie mit diesen Bemühungen Erfolg hätte.³ Aufgrund der unterschiedlichen Demografie kann die Jugend in US-amerikanischen Wahlen das Zünglein an der Waage sein.⁴ In Deutschland ist das nicht möglich.

Aufgrund der unterschiedlichen Demografie kann die Jugend in US-amerikanischen Wahlen das Zünglein an der Waage sein. In Deutschland ist das nicht möglich.

2 | Andreas Jungherr und Harald Schoen, *Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktionen*, Wiesbaden, 2013, 124.

3 | „Selbst wenn beispielsweise Bündnis 90/Die Grünen alle Wähler in der Gruppe der 18- bis 21-Jährigen mobilisieren könnten – dabei aber nur die Wähler dieser Altersgruppe – wären sie nicht im Bundestag vertreten, da sie an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würden. Wer dagegen nur alle Wähler über 70 Jahre mobilisieren kann, erzielt immerhin schon 18,9 Prozent der Stimmen. Damit wiegen Verluste bei den älteren Wählern schwerer und sind nicht ohne weiteres durch Zugewinne bei den jungen Wählern auszugleichen.“ In: Sabine Pokorny, „Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen“, *Forum Empirische Sozialforschung*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, 2012, 6.

4 | In seinem zweiten Präsidentschaftswahlkampf erfuhr Barack Obama weniger Unterstützung der jungen Wählerschaft als in seinem ersten. Dennoch haben die jungen Stimmen in einigen Swing States den Sieg begünstigt oder sogar ermöglicht. „Young Voters Played Critical Role in Obama Re-Election Despite Dip in Support“, *PBS NewsHour*, 26.11.2012, http://pbs.org/newshour/bb/politics/july-dec12/youth_11-26.html [04.05.2013]; vgl. „Young Voters Supported Obama Less, But May Have Mattered More“, Pew Research Center for the People and the Press, 26.11.2012, <http://people-press.org/2012/11/26/young-voters-supported-obama-less-but-may-have-mattered-more> [04.05.2013].

Bei genauerem Hinsehen hat auch in den Vereinigten Staaten nicht die Jugend die Wahl entschieden. Bei der Wahl 2012 konnte der republikanische Herausforderer, Mitt Romney, im Vergleich zur Obama-Wahl 2008 sogar fünf Prozentpunkte bei den 18- bis 29-Jährigen aufholen. Mitentscheidend war indessen, dass durch Obamas Kampagne und die Art, wie darüber berichtet wurde, der Eindruck entstand, dass der US-Präsident und sein Umfeld innovativer und dynamischer seien als ihre Gegenseite. Diese „Erzählung“, die deutsche Medien mehrheitlich übernahmen, wurde ganz wesentlich vom Wahlkampfteam selbst geschrieben.

US-WAHLKÄMPFE ALS ORTE DER INNOVATION

Wahlkampfstrategen haben sich seit Beginn der Geschichte der Bundesrepublik von den Innovationen in den Vereinigten Staaten inspirieren lassen, wenn auch mit einem zeitlichen Abstand. John F. Kennedys Beispiel folgend fuhr auch Konrad Adenauer mit einem offenen Wagen durch

Das erste Fernsehduell eines US-Präsidenten gegen seinen Herausforderer fand 1960 statt – vier Jahrzehnte vor dem ersten deutschen TV-Duell.

die Menge. Die Idee, das Konterfei eines Politikers anstelle einer Wahlkampfbotschaft der Partei auf ein Plakat zu drucken, wurde ebenso aus den USA übernommen, verbunden mit einer zunehmenden Personalisierung des Wahlkampfs. Das erste Fernsehduell eines US-Präsidenten gegen seinen Herausforderer, Nixon gegen Kennedy, fand bereits im Jahr 1960 statt – vier Jahrzehnte vor dem ersten deutschen TV-Duell im Jahr 2002 (Schröder gegen Stoiber). Gemeinsame Wahlkampfauftritte mit den Ehepartnern oder der gesamten Familie waren ebenfalls aus Amerika inspirierte Neuerungen, genauso wie die aufgeschlagenen Hemdsärmel, ohne die in den USA kein Wahlkampfauftritt mehr denkbar ist und mit denen sich auch Gerhard Schröder gern präsentierte. Dasselbe gilt in der jüngeren Vergangenheit für Wahlkampfformate wie das Townhall-Meeting, in dem sich ein Kandidat den Fragen eines ausgewählten Publikums stellt, und natürlich für die Nutzung sozialer Medien.

In ihrer Wirkungskraft, aber auch im Bezug auf die dahinter stehenden finanziellen Mittel, sind die Online-Kampagnen des amerikanischen Wahlkampfs unerreicht. Dasselbe gilt für die Mobilisierung insbesondere junger Menschen

als Kampagnenhelfer an der Basis. Das „Ground Game“, also der Wahlkampf an den Haustüren im Gegensatz zum „Air Game“ über die Massenmedien, wird ganz wesentlich von jungen Freiwilligen bestritten. Wahlkampfbeobachter schlossen daraus: „Die Fixierung auf die Nutzung der jeweils angesagtesten Kommunikationstechnologie verstellte 2008 wie 2012 den Blick auf die andere, wahrscheinlich wichtigere Seite der Obama-Kampagne: Es ist der traditionelle, fast altmodische Wahlkampf mit ungezählten Büros, mit Scharen bezahlter und ehrenamtlicher Mitarbeiter, die an Telefonen hängen, an Türen klopfen, Plakate kleben und Aufkleber verteilen.“⁵ Dies ist jedoch zu kurz gedacht, denn der Einsatz vor Ort wird detailliert auf Bundesebene geplant, und er ist nur im Zusammenspiel mit technischen Hilfsmitteln wirksam. Auch wenn sich der Einsatz der Freiwilligen als Graswurzelbewegung darstellt und insbesondere die deutschen Medien diese Darstellung gern übernehmen – die Initialisierung und Koordinierung kommt von oben.

Es waren die Wahlkampfteams selbst, die unermüdlich auf die Dynamik und die Innovationsfreudigkeit ihrer Kampagne hingewiesen haben. Die Medien in Deutschland und den USA haben nach der Wahl nur vereinzelt die Frage gestellt, ob der Einfluss der Kampagnen womöglich überschätzt wurde. Zu diesem Ergebnis kamen politikwissenschaftliche Untersuchungen bereits mit Blick auf den ersten Obama-Präsidentenwahlkampf, ohne dass die Öffentlichkeit davon Notiz genommen hätte: Zwar hatte die Kampagne von 2008 über mehr als 700 Kampagnenbüros verfügt, die in großer Zahl in den Swing States aktiv waren. Dies dürfte jedoch für eine Zunahme des Wahlergebnisses von weniger als einem Prozent verantwortlich sein. „Obama hätte den Wahlkampf auf nationaler Ebene sehr wahrscheinlich auch ohne diese Kampagnenbüros gewonnen.“⁶ Einen ähnlichen Schluss legt das *National Journal* für die Wahl im November nahe: Die

Medien haben nach der Wahl nur vereinzelt die Frage gestellt, ob der Einfluss der Kampagnen überschätzt wurde. Zu diesem Ergebnis kamen Untersuchungen bereits mit Blick auf den ersten Obama-Wahlkampf.

5 | Matthias Rüb, „Obamas Wahlkampf. Schuh- und Mundwerk“, *FAZ.net*, 08.11.2012, <http://faz.net/themenarchiv/politik/-11954926.html> [29.04.2013].

6 | Seth E. Masket, „Did Obama’s Ground Game Matter? The Influence of Local Field Offices During the 2008 Presidential Elections“, *Public Opinion Quarterly*, Bd. 73, Nr. 5, 2009, 1023-139, 1024.

Prognosen des Fernsehsenders ABC und des renommierten Pew-Instituts hatten einen Vorsprung von drei Prozent für Obama vorausgesagt – „und das war das Ergebnis. Die Ergebnisse in fast jedem untersuchten Bundesstaat stimmten bis auf ein Prozent mit den vertrauenswürdigen Umfragen vor dem Wahltag überein. Auch im Vergleich zum Gesamtergebnis hatte Obama keine überdurchschnittlichen Ergebnisse in Staaten, in denen sein Team besonders aktiv war.“⁷ Stattdessen seien schlicht Veränderungen unter der Wählerschaft, die sich seit Langem andeuteten, für Obamas Wahlsieg und für den kontinuierlichen Verlust der Republikaner verantwortlich. „Hier geht es nicht um [...] schlechte Kampagnen oder schlechte Kandidaten. Die republikanische Partei spiegelt immer weniger die amerikanische Demografie wider.“⁸

Der Blick auf Methoden und Techniken lenkt ab von dem Element, das aus demokratietheoretischer Sicht für die Wahlentscheidung ausschlaggebend sein sollte: die Inhalte.

Tatsächlich ist es angebracht, die monokausale Erklärung „gute Kampagne, gutes Ergebnis“ kritisch zu hinterfragen. Der Blick auf

Methoden und Techniken lenkt ab von dem Element, das aus demokratietheoretischer Sicht für die Wahlentscheidung ausschlaggebend sein sollte: die Inhalte. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bemühte kürzlich zur Beschreibung des Verhältnisses zwischen Politik und Publizistik ein Bild, das sich auch auf die Erzählung vom innovativen Wahlkampfteam übertragen lässt, das Bild vom Regenmacher: „Er tanzt, es regnet. Der Regenmacher behauptet und glaubt vielleicht sogar daran, sein Tanz habe den Regen verursacht. Seine Indianer glauben es auch und untermauern es mit Geschichten. [...] Regen kann der Regenmacher trotzdem nicht machen. Aber solange keiner das sagt, sind Regenmacher mächtig.“⁹ Die Erzählung vom erfolgreichen Wahlkämpfer Obama macht ihn zum erfolgreichen Wahlkämpfer. Zwar hatte die Jugend ohne Zweifel Einfluss auf den Wahlausgang, doch damit ist nicht erwiesen, dass die innovative Art der Kampagnenführung für diesen Zuspruch verantwortlich war.

7 | Matthew Dowd, „The Mythic Narrative of the 2012 Election“, *National Journal*, 19.11.2012, <http://nationaljournal.com/politics/the-mythic-narrative-of-the-2012-election-20121119> [29.04.2013].

8 | Ebd.

9 | Volker Zastrow, „Das Amalgam“, *FAZ.net*, 28.01.2013, <http://faz.net/aktuell/politik/inland/-12040680.html> [29.04.2013].

ZIELGERICHTETE ANSPRACHE DER WÄHLER: MICROTARGETING

„Noch bevor ich auf der Startseite meine Emailadresse und den Zipcode angegeben habe, schlägt mein Browser Alarm. Einundzwanzig Cookies hat Obama gerade auf meinen Computer platziert, zehnmal mehr als eine durchschnittliche Webseite.“¹⁰ Mit diesen Worten beschreibt ein Journalist seine Erfahrungen mit der Obama-Kampagne. Die Internetspezialisten, die das Wahlkampfteam des US-Präsidenten lange vor dem eigentlichen Wahlkampf angeworben hatte, nutzten jede Kontaktaufnahme eines interessierten Bürgers, um Informationen über ihn zu sammeln. Je mehr Daten über soziodemografische Merkmale, Interessen und politische Präferenzen zusammengetragen werden konnten, desto eher ließ sich Wahlwerbung auf die Zielgruppe zuschneiden. Dies bedeutete nicht nur, dass ein Wähler mit mehr oder minder maßgeschneiderten Botschaften angesprochen werden konnte, sondern auch, dass er womöglich überhaupt nicht weiter angesprochen wurde, da er vom Wahlkampfteam als Sympathisant des republikanischen Lagers identifiziert wurde. Anstatt alle Bürger mit ein und derselben Wahlkampfaussage anzusprechen oder die eigenen Ressourcen zu verspielen im unergiebigem Bemühen, den politischen Gegner zu überzeugen, identifizierten die US-amerikanischen Wahlkampfteams auf der Basis einer enormen Datenmenge zunächst ihre Zielgruppe.

Anstatt alle Bürger mit ein und derselben Wahlkampfaussage anzusprechen, identifizierten die US-amerikanischen Wahlkampfteams auf der Basis einer enormen Datenmenge zunächst ihre Zielgruppe.

Das Prinzip, das hinter diesem Ansatz steht, stammt aus der Werbewirtschaft: „Die Technologie, die eine derart passend zugeschnittene Werbung möglich macht, nennt sich Microtargeting. Es ist dieselbe Technologie, die nicht-politische Werbetreibende wählen, um zum Beispiel Hotelwerbung an diejenigen zu bringen, die kürzlich [im Internet] für ihren Urlaub eingekauft haben.“¹¹ Viele Internetnutzer gehen davon aus, dass die Anzeigen, die sie etwa auf

10 | Jean-Michel Berg, „Cookies vom Präsidenten. Datensammler im US-Wahlkampf“, *Bayern 2*, 26.10.2012, <http://br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/politik-gesellschaft/us-wahlkampf-microtargeting100.html> [21.03.2012].

11 | Tanzina Vega, „Online Data Helping Campaigns Customize Ads“, *The New York Times*, 10.02.2012, <http://nytimes.com/2012/02/21/us/politics/campaigns-use-microtargeting-to-attract-supporters.html> [29.04.2013].

Spiegel online sehen, an alle Nutzer dieses Internetangebots gerichtet sind, wie auch eine Anzeige in der Zeitung jeden Leser gleichermaßen erreicht. Das Gegenteil ist der Fall: Die Werbung, die jeder Nutzer bezieht, ist personalisiert, ebenso wie die Suche über Google. Möglich wird dies durch Cookies, die von den Internetanbietern auf den Rechnern des Nutzers platziert werden. Es ist also keineswegs so, dass die Inhalte im Internet kostenlos sind, sondern diese haben einen Preis: Der Gegenwert sind persönliche Informationen, die der Nutzer freiwillig, wenn auch häufig unwissend, preisgibt.¹² Dass die Obama-Kampagne diese Methoden nutzte, gilt den deutschen Medien nicht als Skandal, sondern als innovativ.

Das systematische Sammeln und Aufarbeiten von Daten über Wähler und Sympathisanten begann bei den Demokraten im Jahr 2004 mit dem Amtsantritt von Howard Dean als Vorsitzender des Democratic National Committee (DNC). Dean, der sich zwar erfolglos um die demokratische Präsidentschaftskandidatur bewarb, in Sachen Online-Wahlkampf jedoch noch vor Obama Maßstäbe setzte, ließ sowohl eine Wählerdatenbank als auch eine Organisations- und Informationsplattform für parteiinterne Austauschprozesse einrichten.¹³ Ziel war es, Blocks und Stadtviertel zu identifizieren, deren Bewohner für demokratische Wahlkampfpositionen empfänglich waren, sodass die Kampagne keine Energie darauf verwenden musste, Bürger zu überzeugen, die ihren Positionen skeptisch oder ablehnend gegenüberstand: „Die Partei verwaltet zentral eine Datenbank, definiert Datenstandards und stellt eine einheitliche Schnittstelle zur Verfügung“ – diese „erlaubt die einfache Identifizierung potenzieller Wähler und erleichtert die Routenplanung für Hausbesuche und die Erstellung von Telefonlisten“.¹⁴

Während sich diese Daten zunächst aus Kontakten der Partei mit Wählern und Sympathisanten generierten, sind die Parteien in den vergangenen Jahren vermehrt dazu

12 | Eli Pariser, *The Filter Bubble. What the Internet Is Hiding from You*, New York, 2011, 6 f.

13 | Zur Bedeutung Howard Deans und seiner Innovationen für die Wahlkämpfe Barack Obamas vgl. Daniel Kreiss, *Taking Our Country Back. The Crafting of Networked Politics from Howard Dean to Barack Obama*, Oxford University Press, 2012.

14 | Jungherr und Schoen, Fn. 2, 99.

übergangen, in großem Stil, auch von kommerziellen Anbietern, Daten über die soziodemografischen Merkmale, aber auch über weltanschauliche Präferenzen der Einwohner eines bestimmten Gebiets zu erwerben. In bemerkenswerter Offenheit steht auf dem Blog von „Targeted Victory“, dem Datensammler der Romney-Kampagne: „Die Aktivitäten des Wahlkampfes für Romney konzentrierten sich darauf, Wähler über Facebook zu erreichen, indem man bei Facebook Mobile so genannte Sponsored Results erwarb und dort Marketing-Werbungen für Wahlberechtigte schaltete.“¹⁵ Auf diese Weise gesammeltes Wissen nutzen die Parteien nicht nur für ihre Wahlwerbung über die Massenmedien, sondern auch für den Haus-zu-Haus-Wahlkampf, das „Ground Game“.

DIE JUGEND ALS WAHLKÄMPFER: GROUND GAME

Auf den ersten Blick wirkt der Wahlkampf von Haus zu Haus im Vergleich zu den neuen Möglichkeiten zielgerichteter Ansprache im Internet geradezu antiquiert. Dieser Eindruck täuscht jedoch, denn auch das „Ground Game“ erfolgt auf der Basis der gesammelten und angekauften Daten. Die zumeist jugendlichen Wahlkampfhelfer – die als *volunteers* gelten, aber eine Aufwandsentschädigung erhalten – leisten einen wichtigen Beitrag zum Wahlkampf und haben in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung gewonnen (Abb. 1). Über 100 Millionen registrierte Wähler wurden im Wahlkampf 2008 persönlich kontaktiert. Angesichts des Aufwands, den es bedeutet, eine solch große Zahl an Menschen persönlich zu erreichen, wird darüber erstaunlich wenig berichtet, zum Beispiel im Vergleich zur Berichterstattung über Wahldebatten, deren Einfluss auf die Wahlentscheidung sehr umstritten ist.

Die zumeist jugendlichen Wahlkampfhelfer leisten einen wichtigen Beitrag zum Wahlkampf und haben in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung gewonnen.

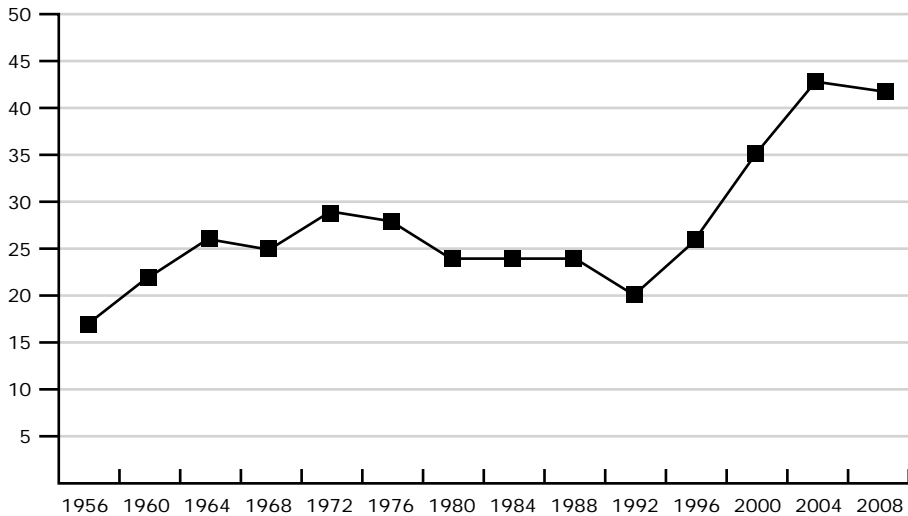
Der Obama-Kampagne kam zugute, dass sie mit dem Sammeln und Aufarbeiten von Daten schon länger und intensiver befasst war als der republikanische Gegner. Laut Andrew Rasiej, Gründer des Personal Democracy Forum,

15 | Rebecca Hucker, „Targeted Victory in the News: Sponsored Results and Search Advertisements“, *Targeted Victory*, 05.11.2012, <http://targetedvictory.com/2012/11/targeted-victory-in-the-news-sponsored-results-and-search-advertisements> [29.04.2013].

das Dienstleistungen an der Schnittstelle von Technik und Politik anbietet, gilt für den Aufbau von „Big Data“: „Je länger man Daten sammelt, und je länger man sie analysiert, desto cleverer können sie genutzt werden.“¹⁶ Die Wahlkampforganisatoren bereiteten ihre Freiwilligen so vor, dass sie an jeder Haustür die passende Botschaft hatten.

Abb. 1

**Anteil persönlich kontaktierter Wahlberechtigter
in US-Wahlkämpfen 1956-2008**



Quelle: American National Election Studies; Nielsen, Fn. 21.

Dass sich der Aufwand lohnt, zeigen die Ergebnisse kommunikationswissenschaftlicher Studien seit Jahrzehnten. Persönlicher Kontakt beeinflusst das Wahlverhalten erwiesenermaßen mehr als die Massenmedien. Dieser Befund aus Pionierstudien der Wahlkampfforschung der 1940er Jahre¹⁷ bestätigt sich nicht nur im Laufe der Zeit immer wieder, sondern auch über Ländergrenzen hinweg. Auch eine Analyse der Landtagswahl 2004 in Nordrhein-Westfalen kam zu dem Ergebnis: „Mitbürger haben einen wesentlich größeren Einfluss als die Medien, wenn es darum geht, ob der Einzelne seine Stimme abgibt oder nicht. Im

16 | Jennifer Martinez, „Data drove Obama’s ground game“, *The Hill*, 09.11.2012, <http://thehill.com/blogs/hillicon-valley/technology/266987> [29.04.2013].

17 | Paul F. Lazarsfeld, Bernard Berelson und Hazel Gaudet, *The People’s Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign*, New York, 1944.

Gegensatz zum Fernsehen und zur Presse üben sie eher eine direkte Wirkung aus. Normative Erwartungen des eigenen Umfelds können Bürger dazu bewegen, wählen zu gehen, aber nur dann, wenn sie von Mitgliedern der eigenen Familie ausgehen.“¹⁸ Gelingt es Wahlhelfern an der Haustür, ein Familienmitglied zur Wahl zu bewegen, stehen die Chancen gut, dass weitere Familienmitglieder dem Beispiel folgen. Kampagnengelder in „Schuhleder statt in Fernsehwerbung“¹⁹ zu investieren kann auch deshalb sinnvoll sein, weil der persönliche Kontakt Wirkungen erzielt, die sich durch massenmedial verbreitete Werbebotschaften schwer erreichen lassen: „ein größeres Engagement des Einzelnen in der Politik, vermehrte nachbarliche Kontakte, eine tagesaktuelle Unterrichtung von Freiwilligen und kontaktierten Bürgern sowie ein verstärktes Empfinden unter den Beteiligten, dass sie tatsächlich etwas bewegen“.²⁰

Diese Form der Überzeugungsarbeit an der Stelle, an der sie am effektivsten wirkt, ist mit einem enormen persönlichen und logistischen Aufwand verbunden. Rasmus Kleis Nielsen, ein dänischer Kommunikationsforscher, der zwei Kampagnen der US-Demokraten zu Forschungszwecken begleitet hat, verdeutlicht die Dimensionen des Ground Game: „Ein Wahlkreis hat im Durchschnitt eine Bevölkerung von 700.000 Menschen und zwischen 300.000 und 400.000 registrierte Wähler. Angesichts einer erwarteten hohen Wahlbeteiligung [...] arbeiteten die Wahlkampfthelfer in den zwei Kampagnen, die ich beobachtete, mit dem Ziel, mehr als 100.000 Menschen persönlich zu erreichen. [...] Diese Kampagnen schafften es, ungefähr 20 Prozent der Wahlberechtigten zumindest ein Mal persönlich anzusprechen, indem sie an etwa 100.000 Türen klopfen und etwa 150.000 Telefonate führten.“²¹ Die Hausbesuche dienten drei Zwecken gleichermaßen: Unentschiedene Wähler zu überzeugen, sympathisierende Wähler zu mobilisieren und, ein wichtiger Punkt, zusätzliche Informationen über die Wählerschaft zu sammeln.

18 | Rüdiger Schmitt-Beck und Christian Mackenrodt, „Social networks and mass media as mobilizers and demobilizers: A study of turnout at a German local election“, *Electoral Studies*, Nr. 29, 2010, 392-404, hier: 402.

19 | Masket, Fn. 6, 1024.

20 | Ebd.

21 | Rasmus Kleis Nielsen, *Ground Wars: personalized communication in political campaigns*, Princeton University Press, 2012, 10.



Junge Wahlkampfhelfer in Chicago: Ohne sie geht nichts, ohne Daten und zentrale Koordination aber auch nicht. | Quelle: Angela Radulescu, flickr (CC BY-NC-SA).

Die *Washington Post* beschreibt dieses Vorgehen am Beispiel Richard Russos, eines ehrenamtlichen Wahlkampfmanagers in Alexandria im Wahlkampf 2012: Russo „verbrachte die meiste Zeit des Jahres fünf bis sechs Stunden pro Woche mit Wahlkampf, telefonierte, klopfte an Türen und überbrachte Botschaften, die ihm die Organisatoren geliefert hatten. Durch die Entwicklung dieser Botschaften konnte Russo, je weiter das Jahr voranschritt, die Methodologie erkennen, die hinter dem Einsatz an der Basis stand. Am Anfang des Jahres ging es lediglich darum festzustellen, ob die Listen korrekt waren: waren sie [die Wahlberechtigten] registriert, waren sie bereit zu wählen, welchem Kandidaten neigten sie zu? Über den Sommer änderte sich sein Drehbuch, nun ging es um Überzeugungsarbeit. Russos Liste zu dieser Zeit bestand aus unentschiedenen Wählern, die prinzipiell bereit waren, Obama zu wählen.“²² Im Verlauf der Kampagne wurden Wähler im Schnitt siebenmal angesprochen – meist von ein und demselben Freiwilligen.

Um einen solchen Wahlkampf zu führen, bedarf es zum einen des unermüdlichen Engagements der jungen Helfer. Zum anderen bedarf es aber auch der Bereitschaft der Parteien, ein Stück Verantwortung abzugeben, schreibt Kleis Nielsen: „Wahlkampforganisationen haben eine relativ standardisierte und institutionalisierte Form, während dies

22 | Amy Gardner, „Obama’s field operation came down to ‚press on‘“, *The Washington Post*, 08.11.2012, http://washingtonpost.com/195c27a8-28fe-11e2-b4e0-346287b7e56c_story.html [29.04.2012].

auf die sie umgebenden Wahlkampfgruppierungen weniger zutrifft, da sie auf eher zufällige, modulare und spontane Weise entstehen.“²³ Tausende freiwillige jugendliche Helfer, die persönlichen Kontakt zu Wählern herstellen, ohne selbst Parteimitglieder zu sein oder ihre Identifikation mit der Partei durch vorheriges Engagement unter Beweis gestellt zu haben – welche deutsche Partei würde in einem solchen Einsatz eher die Chancen sehen als die Risiken?

AIR GAME UND NEGATIVE CAMPAIGNING

Durch *microtargeting* gewonnene Daten werden nicht nur im „Ground Game“ eingesetzt, sondern auch im „Air Game“. Der Begriff meint den Wahlkampf über die Massenmedien, also über alle Kanäle, die „on air“ sind.

Die große Zahl an Spartenkanälen über Kabel und Satellit erlaubt es den Wahlkampfstrategen, relativ gezielt eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe zu erreichen. Politische Kampagnen, „die seit Jahrzehnten Tricks aus der Madison Avenue ausgeliehen haben“, also von den Reklamefachleuten aus New York, „sind nun sehr engagiert an der neuesten Werbefront: Spezielle Werbung an mögliche Unterstützer zu richten, basierend darauf, wo diese leben, welche Webseiten sie besuchen und wie sie in der Vergangenheit gewählt haben.“²⁴ Republikaner erreichen Wahlwerber besser über Sportsendungen, Demokraten bevorzugen Sitcoms. Den Humor der Republikaner treffen eher Sendungen wie „America’s Funniest Home Videos“. Unentschiedene Wähler können am besten über die lokalen Nachrichten erreicht werden.²⁵

Die große Zahl an Spartenkanälen über Kabel und Satellit erlaubt es den Wahlkampfstrategen, relativ gezielt eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe zu erreichen.

Bevor die systematische Sammlung und Auswertung von Daten begonnen hatte, war die Nachrichtensendung der lokalen Fernsehsender der hauptsächliche Ausstrahlungsort US-amerikanischer Wahlwerbung. Durch die Verteilung unterschiedlicher Werbespots auf unterschiedliche Programme und Formate hat die Zahl der Spots erheblich zugenommen. Die Kosten der Wahlkampfteams sind dadurch

23 | Nielsen, Fn. 21, 175.

24 | Vega, Fn. 11.

25 | Travis N. Ridout, Michael Franz, Kenneth M. Goldstein und William J. Feltus, „Separation by Television Program: Understanding the Targeting of Political Advertising in Presidential Elections“, *Political Communication*, 2012, 29:1, 1-23.

gestiegen, die Effizienz dürfte sich aber gesteigert haben. Eine ganzseitige Porschewerbung in der *Bild*-Zeitung zum Beispiel erreicht mehr Leser als dieselbe Anzeige im Yacht- oder Jagd-Magazin. Jedoch ist der Streuverlust geringer, denn unter den *Bild*-Lesern gibt es einen geringeren Anteil potenzieller Käufer als unter den Lesern der beiden Magazine. Nach demselben Prinzip ist es effizienter, verschiedene Wählergruppen mit unterschiedlichen Botschaften in den Werbepausen unterschiedlicher Fernsehsendungen anzusprechen als sämtliche Wähler mit demselben Spot in den Hauptnachrichten. Bei aller Effizienz stellt sich jedoch ein demokratietheoretisches Problem: Werden nur noch diejenigen Wähler angesprochen, die ohnehin schon festgelegt sind, erfährt der politisch Interessierte keine abweichenden Meinungen mehr. Die Kampagnenmanager haben sich vorher entschieden: nicht für Ausgleich und Ansprechen aller Wählergruppen, sondern für Zuspitzung und ausschließliche Mobilisierung der eigenen Klientel.

Zu diesem Zweck setzen die US-Wahlkampagnen in großem Umfang auf das so genannte Negative Campaigning, also Spots, deren Funktion es ist, den politischen Gegner schlecht dastehen zu lassen. Bis Ende September 2012 hatte sich die Fernsehwerbung für Obama und Romney fast ausschließlich auf Fehleinschätzungen und Verfehlungen des Gegenkandidaten und seines Umfelds bezogen. Lediglich acht Prozent der Spots hatten die Vorzüge des eigenen Kandidaten gelobt.²⁶ Die Jugend kam mit dieser Form der Wahlwerbung intensiv in Berührung: In den jüngsten Präsidentschaftswahlen haben beide Kampagnen das Internet genutzt, um die Wirkung ihrer negativen Botschaften und Angriffe zu testen, berichtet der Politikwissenschaftler Mark Hauptmann, der in den USA über negative Wahlwerbung geforscht hat.²⁷ „Da Jugendliche stärker soziale Medien nutzen als andere Gruppen, kommen sie mit Negative Campaigning stärker in Berührung und verbreiten diese Botschaften auch schneller.“

26 | „The ads take aim“, *The Economist*, 27.10.2012.

27 | Vgl. Mark Hauptmann und Daniel Schmücking, „Vorsicht vor dem Bumerang“, *politik & kommunikation*, 03/2012, 56-58, http://www.lib.uni-jena.de/download/Negative_Campaigning.pdf [08.05.2013].

ÜBERTRAGBARKEIT VON DEN USA AUF DEUTSCHLAND

„Die Kampagnenmacher sind technologisch beim Sammeln von Daten und Geld sowie bei der Zielgruppenidentifizierung und -ansprache in Sphären vorgedrungen, die wir in Deutschland sicherlich nicht erreichen können. Nachahmung zwecklos!“ schreibt Ralf Gülden-zopf, Experte für US-Wahlen. „Das heißt jedoch nicht, dass man nichts mehr lernen kann. Im Gegenteil: Die USA sind immer wieder ein Best Case für Strategien und Ziele politischer Kommunikation.“²⁸ Welche Strategien und Methoden sind also auf den deutschen Wahlkampf übertragbar? Hier gibt es nicht nur personelle und finanzielle Hürden, sondern auch rechtliche Beschränkungen und wohlverständliche Selbstbeschränkungen der Parteien, die sich der demografischen Zusammensetzung und der Bedenken ihrer Wählerschaft sehr bewusst sind.

Welche Strategien und Methoden sind auf den deutschen Wahlkampf übertragbar? Hier gibt es nicht nur personelle und finanzielle Hürden, sondern auch rechtliche Beschränkungen.

Der Journalist und Politikwissenschaftler Jan Philipp Burgard berichtet, wie er am ersten Präsidentschaftswahlkampf Obamas teilgenommen hatte: Er rief potenzielle Wähler an und versuchte, sie von Obamas Qualitäten zu überzeugen und sie zu motivieren, ihrerseits in ihrem Umfeld für den Kandidaten zu werben. Eine ältere Dame antwortete ihm, sie könne nicht von Haus zu Haus gehen, da sie bettlägerig sei. Sie sei jedoch gern bereit zu einer Spende. Burgard notierte nun nicht nur die Spendenbereitschaft. In die Wahlkampfdatenbank floss auch der Gesundheitszustand der Dame ein. Dass deutsche Parteien solche Daten sammelten – und nutzen! – würde die deutsche Öffentlichkeit kaum akzeptieren. Überhaupt sind die Deutschen nicht angetan davon, am Telefon kontaktiert zu werden. Das im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb geregelte Verbot so genannter Cold Calls ist denn auch wesentlich strenger, als es die entsprechende EU-Richtlinie formuliert hatte: Kommerzielle Anbieter müssen mit einer Strafe bis zu 50.000 Euro rechnen, wenn sie mit einem Menschen telefonisch Kontakt aufnehmen, der zuvor nicht ausdrücklich zugestimmt hat. Ob dieses Verbot auch für Parteien gilt, ist umstritten. Schließlich

28 | Ralf Gülden-zopf, „It's the Data, stupid!“, *politik & kommunikation*, 08/2012, http://politik-kommunikation.de/artikel/its_the_data_stupid [29.04.2013].

Aus Sorge vor negativer Presse als Folge einer Telefonkampagne und möglicher Beschwerden schrecken die deutschen Parteien vor diesem Instrument zurück.

unterbreiten sie kein kommerzielles Angebot. Für einen anderen nicht-gewerblichen Akteur – Meinungsforschungsinstitute, die anonymisierte Umfragen durchführen – gilt das Verbot ausdrücklich nicht. Doch aus Sorge vor negativer Presse als Folge einer Telefonkampagne und möglicher Beschwerden schrecken die Parteien vor diesem Instrument zurück. „Die Chance wurde vertan, die Frage vor der Bundestagswahl juristisch zu klären,“ sagt Wahlkampfexperte Güldenpof. Hätte es aufgrund des Einsatzes von Telefonwerbung etwa bei einer Kommunalwahl eine Klage und ein juristisches Verfahren gegeben, sei die Frage heute entschieden. Aus verständlichen Gründen wollte jedoch kein kommunaler Kandidat seinen Wahlkampf mit einem Gerichtsverfahren belasten.

Dabei verfügen die Parteien durchaus über Daten, mit denen sich arbeiten ließe. Die CDU zum Beispiel arbeitet seit 2005 mit dem Customer Relations Management (CRM), von Microsoft, das auch große und mittelständische Unternehmen für ihre Kundenbeziehungen einsetzen. Im Geschäftsbericht 2011 des Konrad-Adenauer-Hauses berichtet der Bundesgeschäftsführer davon, dass „seit fast vier Jahren eine Schnittstelle zwischen CRM und Zentraler Mitgliederdatei (ZMD)“ besteht. „Auf diesem Weg leistet das CRM-System einen entscheidenden Beitrag dazu, die Datenbasis für künftige Kampagnen weiter zu verbessern sowie moderne Kommunikation zu gewährleisten. Für anstehende Wahlkämpfe steht mit dem CRM ein wertvolles Instrument zur Verfügung.“²⁹

Es ist jedoch davon auszugehen, dass die im Bundestag vertretenen Parteien von der Nutzung von „Big Data“ mit Blick auf die im Bezug auf persönliche Daten äußerst vorsichtige deutsche Öffentlichkeit nur spärlich Gebrauch machen werden. Es würden auch die finanziellen Mittel fehlen, mit Hilfe dieser Daten auf kleine Segmente der potenziellen Wählerschaft zugeschnittene Werbespots und Onlinekampagnen zu produzieren. Dieses verstärkte und stärker personalisierte Engagement im Internet wäre jedoch nötig, wenn es den Parteien darum ginge, die Jugend für

29 | Bericht der Bundesgeschäftsstelle, Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, CDU, 2011, http://kas.de/upload/ACDP/CDU/Bundesparteitage/2011-11-13-15_Bericht_24.Parteitag_Leipzig.pdf [28.04.2013].

sich zu gewinnen. Doch anders als in den USA liegt darauf in Deutschland nicht die Priorität. Das hat demografische Gründe.

Bei den US-Wahlen 2008 waren erstmals nach 20 Jahren mehr 18- bis 29-Jährige wahlberechtigt als Über-65-Jährige.³⁰ Obama profitierte davon mehr als sein republikanischer Gegenkandidat John McCain: Er ge-

Der Trend zur Jugend setzte sich bei der US-Präsidentenwahl 2012 fort. 19 Prozent der Wähler waren unter 30 Jahre. In Deutschland dagegen waren 2009 lediglich 16,4 Prozent jünger als 30.

wann 66 Prozent der Stimmen in dieser Altersgruppe. Der Trend zur Jugend setzte sich bei der Präsidentenwahl 2012 fort. 19 Prozent der Wähler waren unter 30 Jahre, ein Prozent mehr als vier Jahre zuvor. In Deutschland dagegen waren bei den Bundestagswahlen 2009 lediglich 16,4 Prozent jünger als 30, und aufgrund der unterschiedlichen demografischen Entwicklung ist die Tendenz hier fallend.³¹ Fast die Hälfte der deutschen Wähler, 49,8 Prozent, war dagegen über 50. Darüber hinaus sind die älteren Wahlberechtigten in Deutschland auch leichter mobilisierungsfähig als die jüngeren: 80 Prozent der Wahlberechtigten im Alter zwischen 60 und 70 gingen 2009 zur Wahl. Dagegen war der Schnitt bei den 20- bis 25-Jährigen am geringsten. Er lag bei 59,1 Prozent.

Zwei führende Nachwuchspolitiker der beiden großen Volksparteien bestätigten diesen Befund in einer Podiumsdiskussion in Berlin im Jahr 2012: „Vergesst die Jungen“ – diesen Rat erhielten die Wahlkampfstrategen in den Partezentralen, wann immer sie externe Demoskopen zu Gast hätten. Mit ihnen sei keine Wahl zu gewinnen. In Deutschland mit seiner deutlich stärker alternden Gesellschaft läuft eine Partei, die im Wahlkampf prioritär auf das Internet setzt, sogar Gefahr, die älteren Wähler abzuschrecken. Dies zeigte sich am Unmut, dem SPD-Parteichef Sigmar Gabriel im vergangenen Jahr begegnete. Unter dem Eindruck des Erfolgs der auf Transparenz und Beteiligung setzenden Piratenpartei hatte Gabriel angeregt, den Kanzlerkandidaten der SPD nicht von den Delegierten oder, wie im Fall der Spitzenkandidaten der Grünen, von allen Mitgliedern bestimmen zu lassen, sondern alle Bürger an

30 | Jungherr und Schoen, Fn. 2, 103.

31 | Der Bundeswahlleiter, „Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen seit 1983“, http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/veroeffentlichungen/repraesentative [28.04.2013].

dieser Frage zu beteiligen. Sein Vorschlag war nicht zuletzt an den mehrheitlich älteren Mitgliedern der Partei gescheitert. Diese hätten sich gefragt, weshalb sie seit Jahren an Versammlungen teilnehmen, Veranstaltungen organisieren und Mitgliedsbeiträge zahlen, wenn die Stimmen von außen, zumal von Menschen, die der SPD nicht notwendigerweise nahestünden, ebensoviel zählten, berichtet der sozialdemokratische Nachwuchspolitiker. Der junge CDU-Politiker lässt keinen Zweifel daran, dass auch die Basis seiner Partei eine solche Öffnung nicht gutgeheißen hätte.



Big Data statt Plakate: Wahlkampfberater Chris Kofinis im Interview mit dem Autor. | Quelle: KAS.

FAZIT UND AUSBLICK: GETRENNTE WELTEN

„Lassen Sie die Plakate sein“, riet Chris Kofinis im Oktober 2012 den versammelten Kommunikationsexperten und Wahlkampfmanagern in Berlin.³² Der ehemalige Professor an der California State University betreut Wahlkampagnen der Demokraten. In den Vereinigten Staaten spielten die *billboards* keine Rolle mehr, da sie sich als unnützlich erwiesen hätten. „Es ist doch unrealistisch“, sagte Kofinis, „dass ich am Morgen mit dem Auto zur Arbeit fahre und sehe einen Politiker auf einem Plakat und entscheide spontan: Oh ja, den wähle ich.“ Als Wahlkampfstrategie müsse er den Politikern, die sich selbst gern auf Plakaten sähen, noch

32 | Er sprach im Rahmen der 10. Internationalen Konferenz für Politische Kommunikation in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, vgl. „Kampagnen-Trends 2012“, KAS-Veranstaltungsbeiträge, Berlin, 16.10.2012, <http://kas.de/wf/de/33.32414> [21.03.2012].

immer erklären, weswegen die Kampagne nicht auf dieses altmodische Methode setzen sollte. Unter Experten dagegen sei offensichtlich, dass die Zeit der Plakate vorbei ist.

Die deutsche Öffentlichkeit wird in diesem Jahr einen Wahlkampf erleben, wie es ihn in den USA seit einiger Zeit nicht mehr gibt. Es wird natürlich Plakate geben, darauf wird kein Kandidat verzichten. „Negative Campaigning“, eine Stütze des US-Wahlkampfes, werden die deutschen Parteien in weit geringerem Umfang einsetzen, weil die Wähler es nicht mögen. Stattdessen wird es Fernsehwerbung geben, streng reglementiert im Bezug auf Häufigkeit, Länge und Sendeplatz, dazu Anzeigen in den Zeitungen, Postwurfsendungen und Wahlkampfstände. Wahlkampf von Haus zu Haus mit einer Vielzahl von Freiwilligen und auf die regionalen und soziodemografischen Gegebenheiten angepassten Wahlkampfbotschaften werden dagegen die Ausnahme bleiben. Der Grund dafür liegt auch in den Parteien selbst begründet: Wenn sie ihre Wahlkampfkommunikation in diesem Maß freigäben, verlören sie ein Stück Kontrolle.³³ Das gilt einerseits für das Ground Game, zumal sich hier selbst dann, wenn die nötigen finanziellen Mittel vorhanden wären, die Mobilisierungsfrage stellt. Das gilt andererseits aber auch für die Nutzung des Web 2.0, denn hier würde ein höheres Maß an Interaktion die Glaubwürdigkeit der Kampagne erhöhen, sie aber auch weniger kontrollierbar machen. „Dynamik, Vielfalt, Paradoxien und polyphone Kritik“³⁴ – in diesen Eigenschaften des Web 2.0 sehen deutsche Parteien, anders als die Parteien in den USA, eher die Risiken als die Chancen. Ein wenig Kontrolle abzugeben dürfte sich aber für die deutschen Parteien durchaus lohnen. Auf diese Weise können junge Wähler gewonnen werden. Im Gegensatz zu den USA wird die Jugend dennoch in Deutschland auf absehbare Zeit keinen entscheidenden Unterschied machen. Deshalb tun die Parteien gut daran, ihre begrenzten Ressourcen ausgewogen einzusetzen.

33 | Vgl. Nathalie Knuth-Hahndorf, *Online-Campaigning dargestellt an den Wahlen zum deutschen Bundestag 1998-2009 im Vergleich zum US-amerikanischen Online-Campaigning im Rahmen der Präsidentschaftswahlen 2000-2008*, Dissertation, Universität Heidelberg, 2010, 353.

34 | Ingo Caesar, *Social Web – politische und gesellschaftliche Partizipation im Netz. Beobachtungen und Prognosen*, Berlin, 2012, 55.



Dr. Angelika Klein ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Uganda und Südsudan in Kampala.

UGANDAS JUGEND

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN IM ZWEITJÜNGSTEN LAND DER WELT

Angelika Klein

Nach Niger hat Uganda die jüngste Bevölkerung der Welt: 78 Prozent sind unter 30 und 56 Prozent unter 18 Jahre alt.¹ Mit einer Geburtenrate von durchschnittlich 6,2 Kindern pro Frau und einer Wachstumsrate von 3,3 Prozent ist die ugandische Bevölkerung eine der am schnellsten wachsenden überhaupt.² Diese demografische Entwicklung bringt Herausforderungen mit sich, denen begegnet werden muss: vor allem auf dem Arbeitsmarkt sowie dem Bildungs- und Gesundheitssektor. Die Politik ist dringend gefordert, Lösungskonzepte zu entwickeln, denn schon heute finden Vorgänge statt, die folgenreich und teilweise irreversibel sind. Die massive Landflucht ist nur eines der Beispiele: Eine immer größere Zahl junger, ungelerner Arbeitskräfte strömt aus den ländlichen in die urbanen Gebiete, auf der Flucht vor der zunehmenden Ernährungsunsicherheit auf dem Land, häuslicher Gewalt, Verwahrlosung oder Verwaisung. Ihre Suche nach Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten, gesundheitlicher Versorgung, Sozialleistungen und Infrastruktur führt in den Städten zu einer wachsenden Zahl der Arbeitslosen sowie zunehmender Slumbildung und Kriminalität. Vor dem Hintergrund einer ohnehin desolaten wirtschaftlichen Situation und eines

1 | USAid, „Navigating Challenges: Charting Hope: A Cross-Sector Situational Analysis on Youth in Uganda“, 2011, <http://uganda.usaid.gov/sites/default/files/YouthMap%20Uganda%20Exec%20Version.pdf>, 2 [12.04.2013]; vgl. auch Republik Uganda, Ministry of Finance, Planning and Economic Development, „Key Facts on Ugandas Population“, 2012, http://popsec.org/key_facts.php [12.04.2013]. Laut Stiftung Weltbevölkerung sind 48 Prozent Kinder, also unter 15 Jahren alt: Stiftung Weltbevölkerung, „Länderdatenbank“, <http://weltbevoelkerung.de/oberes-menue/publikationen-downloads/zu-unseren-themen/laenderdatenbank.html> [12.04.2013].

2 | Republik Uganda, Ministry of Finance, Planning and Economic Development, Fn. 1.

Pro-Kopf-Einkommens von 1.300 US-Dollar im Jahr 2011 ist dies eine verheerende Entwicklung. Uganda kann damit exemplarisch für die meisten anderen Länder im subsaharischen Afrika gelten.

Welches sind die Gefahren, aber auch die Chancen, die das Bevölkerungswachstum mit sich bringt? Welche Perspektiven haben die Scharen von Jugendlichen, deren Zahl beständig wächst?

VOM „WEISSEN“ ZUM „BLAUEN“ KRAGEN: MEHR „AUS-BILDUNG“ STATT „BILDUNG“

1994 führte Malawi als erstes afrikanisches Land die kostenlose Schulbildung ein, drei Jahre später zog Uganda nach: 1997 wurde die „freie Grundschulbildung“ (Universal Primary Education, UPE) verkündet. Die Gebühr für öffentliche Schulen wurde für bis zu vier Kinder pro Haushalt abgeschafft und der Präsident sprach sich persönlich dafür aus, dass der Zugang zur Grundschule nicht nur frei, sondern auch verpflichtend sein sollte. Yoweri Kaguta Museveni machte das Thema zum Kernanliegen seines Wahlkampfes 2006. Seine Drohung, zuwiderhandelnde Eltern verhaften zu lassen, wurde oft zitiert. Zwar stieg die Anzahl der Einschulungen dadurch erheblich an, doch ein gesetzliches Regelwerk, das den Schulzugang nicht nur kostenlos, sondern auch obligatorisch macht, steht bis heute aus. Die anfängliche Euphorie wich Ernüchterung, denn bestimmte Faktoren wurden nicht mitbedacht. So konnte etwa dem gestiegenen Bedarf an Klassenräumen, an Lehr- und Lernmaterial sowie vor allem an Lehrkräften nicht nachgekommen werden. Überfüllte Klassenräume mit rund achtzig Schülern, die ohne Stift und Papier auf dem Boden sitzen, sind bis heute keine Seltenheit. Auch die unzulängliche Ausbildung, die enormen fachlichen Schwächen und die miserable Bezahlung der Lehrer trug und trägt weiterhin zur mangelnden Qualität des Unterrichts und sinkenden Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder zur Schule zu schicken, bei. Letztere ist gerade auf dem Land ohnehin nicht sonderlich hoch – viele Eltern sehen eine schulische Ausbildung als Zeitverschwendung an und setzen ihre Kinder stattdessen, vermeintlich gewinnbringender, als Arbeitskräfte auf den heimischen Feldern ein.

Die unzulängliche Ausbildung und miserable Bezahlung der Lehrer trug zur mangelnden Qualität des Unterrichts und sinkenden Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder zur Schule zu schicken, bei.

Außerdem können sie sich die Kosten für Schuluniformen und Mittagessen nicht leisten, und diejenigen, die es können, ziehen Privatschulen vor. Schulen, die verfallen, weil sie seit Jahrzehnten nicht mehr renoviert wurden, weite Fußwege und – jüngerer Schlagzeilen zufolge – das Fehlen von Toiletten, was vor allem die Mädchen vom Schulbesuch abhält, lässt die Frustration von Eltern und Schülern, aber auch auf Seiten der Lehrer, deren Disziplin erschreckend gesunken ist, weiter ansteigen. Selbst Vergewaltigungen kommen immer wieder vor. Die Zahl der Schulabbrecher ist bestürzend hoch, und nur wenig mehr als die Hälfte der ugandischen Bevölkerung kann den Abschluss der Grundschule nachweisen. Die Folge ist eine nur rudimentär alphabetisierte und ausgebildete Bevölkerung – für die Jugendlichen ein denkbar schlechter Start.



Schulkinder bei einer „democracy fare“ der KAS: Mangelhafte Schulausbildung ist verantwortlich für eine nur rudimentär alphabetisierte und ausgebildete Bevölkerung. | Quelle: KAS Uganda, Acfode.

Wer es trotzdem schafft, höhere Bildungswege einzuschlagen, muss nicht nur verhältnismäßig tief in die Tasche greifen, sondern kommt auch meist zu der Erkenntnis, dass das erworbene Wissen auf der Suche nach Arbeit und im späteren Arbeitsleben nur wenig hilft: zu groß ist die Kluft zwischen dem Curriculum und den tatsächlichen Anforderungen, zwischen Theorie und Praxis. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass sich Ugandas Schul- und Bildungswesen immer noch an den 1950er Jahren orientiert, als das

Land seine Unabhängigkeit von Großbritannien erlangte. Mit dem Abzug der britischen Beamten war eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt entstanden, die dringend gefüllt werden musste. So wurde die höhere Schulbildung primär darauf abgestimmt, Verwalter, Buchhalter und Angestellte hervorzubringen, wie sie der öffentliche Dienst erforderte.³

Bis heute sind so genannte „white-collar-Jobs“ (in der öffentlichen Verwaltung und Büros, in NROs unter anderem) „anerkannter“ und prestigeträchtiger als die meist gewinnbringendere handwerkliche und gewerbeorientierte Ausbildung. Die noch aus der Kolonialzeit stammende Geringerschätzung von körperlicher und handwerklicher Arbeit hat dazu geführt, dass Fachwissen und praktisches Können (*skills*) Mangelware sind. Berufsschulen und Fachschulen sind nur unzureichend etabliert und werden mit Geringerschätzung betrachtet – obwohl es genau diese sind, die die Probleme des ugandischen Bildungs- und Arbeitsmarktes zumindest teilweise lösen könnten. Der bestürzende Fachkräftemangel wird oft von indischen und anderen asiatischen Arbeitskräften ausgeglichen, während die ugandische Bevölkerung meist nur über Bastler und Improvisateure oder ungelernete Hilfskräfte verfügt. Und obwohl viele Ugander diese Entwicklung kritisch betrachten, wird „Bildung“ weiterhin großgeschrieben und bewundert, „Aus-Bildung“ hingegen belächelt und gering geschätzt.

So strebt jeder, dem der Weg offen steht, an die Universität, die mit „Pomp and Circumstances“ ein (verflossenes) britisches Akademiewesen nachahmt und Bildungstitel wie Bachelor oder Master inflationär vergibt. Die realen Chancen, mit diesen Abschlüssen eine Beschäftigung zu finden, sind verschwindend gering, Angebot und Nachfrage klaffen weit auseinander. Auch ist die Qualität der höheren Bildungseinrichtungen immer weniger überzeugend – für Lehre und Forschung fehlt das Geld. Vorbei sind die Zeiten, als die Makerere-

Die Qualität der höheren Bildungseinrichtungen ist immer weniger überzeugend. Vorbei sind die Zeiten, als die Makerere-Universität in Kampala nicht nur die älteste, sondern auch die zu Recht renommierteste Universität in Ostafrika war.

3 | Derzeit hat sich das „National Curriculum Development Center“ der Reform angenommen – die Curricula sollen bis 2014 revidiert werden – und nimmt dabei Bezug auf ein von der KAS Uganda erarbeitetes Grundsatzpapier mit Empfehlungen zur Bildungspolitik: KAS Büro Uganda, „Young Leaders Think Thank Presents Education Policy Alternatives“, 26.09.2012, <http://kas.de/uganda/en/publications/32537> [12.04.2013].

Universität in Kampala nicht nur die älteste, sondern auch die zu Recht renommierteste Universität in Ostafrika war. So entlassen die Hochschulen jährlich circa 400.000 Jugendliche auf den Arbeitsmarkt, doch nur 9.000 entsprechende Stellen stehen zur Verfügung. Der Prozentsatz der Arbeitslosen ist unter jungen Akademikern besonders hoch.

„JUNG, MÄNNLICH – ARBEITSLOS“: BESCHÄFTIGUNGSPERSPEKTIVEN IN UGANDA

Von den Bildungsperspektiven zu den Arbeitsperspektiven: In Uganda liegt die Jugendarbeitslosigkeit je nach Schätzung zwischen 70 und 83 Prozent – etwa 80 Prozent der Arbeitslosen sind unter 30 Jahre alt.⁴ „Jung, männlich – mittellos“ trifft auf „jung, gebildet – arbeitslos“ – die Sprengkraft dieser jeweiligen Mischung ist nicht zu unterschätzen. Die Regierung hat die Gefahr erkannt: Mit dem Programm Skilling Uganda will sie gegensteuern und dem Arbeitsmarkt das bieten, was er verlangt. Ebenso soll der Nationale Entwicklungsplan (National Development Plan 2010/2011 bis 2014/2015) Abhilfe schaffen. Und auch der BTVET-Akt (Business, Technical and Vocational Education and Training Act) von 2008 soll gezielt für diejenigen Arbeitsplätze ausbilden, die im Überfluss vorhanden sind. Leider wird das Programm aus Kostengründen kaum angenommen und ist – aus Mangel an Ressourcen und einer unzulänglichen Abstimmung mit dem privaten Sektor – auch wenig erfolgreich.

Dabei bietet der Arbeitsmarkt vielerlei Chancen: Vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Telekommunikation und IT sowie im Tourismus ist ein beachtlicher Aufschwung zu beobachten. Der größte Sektor ist dabei immer noch die Landwirtschaft – mit über 75 Prozent sind hier die meisten Arbeitsplätze zu verzeichnen. Von den 80 Prozent der Ugander, die in der Landwirtschaft arbeiten, sind 60 Prozent Jugendliche.⁵ Möglichkeiten, deren Betätigung hier produktiver und lukrativer zu gestalten, gäbe es viele, doch fehlt es an fortschrittlichen Techniken und am Grundsätzlichen: unklare Besitzverhältnisse und eine kaum vorhandene Infrastruktur (der Mangel an Straßen und Verkehrsmitteln

4 | USAid, Fn. 1, 8 ff.

5 | Ebd.

zwingt die Farmer oftmals, ihre Ware an Mittelsmänner zu „Dumpingpreisen“ zu verkaufen) lassen den Agrarsektor in der Subsistenzwirtschaft verharren.

Auch in anderen Bereichen hat die Regierung eine Reihe von Programmen aufgelegt, um den Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen, doch lässt die Umsetzung zu wünschen übrig. Die Bevölkerung ist über die Zugangsmöglichkeiten und Vergabekriterien meist wenig informiert, von Nepotismus und einer ausufernden Bürokratie oft abgeschreckt oder hat in Regierungsprogramme von Anfang an nur wenig Vertrauen. Viele der Mittel verschwinden zudem in intransparenten Kanälen und Korruption. Nepotismus ist auch im Einstellungsbereich ein weitverbreitetes Problem in Uganda: Überwiegend wird mehr nach ethnischer Zugehörigkeit und Verwandtschaftskriterien eingestellt als nach Qualifikation und Fähigkeiten.

Aus all diesen Gründen wird eine große Zahl der Arbeitswilligen vom informellen Sektor absorbiert. Wie in den meisten afrikanischen Ländern ist dieser Bereich derjenige, der am meisten „boomt“: Motorradtaxi, Hauspersonal, Gelegenheitsarbeiter (besonders im Baubereich), Kleinhändler bestimmen unter anderem das Bild. Schätzungen zufolge gibt es in Uganda mehr als 800.000 Kleinstunternehmen mit anderthalb Millionen Beschäftigten – das sind mehr als 90 Prozent der nicht in der Landwirtschaft oder im Privatsektor Beschäftigten. Dabei macht Handel ca. 72 Prozent des informellen Sektors aus.⁶ Der Grund für den Eintritt in diese höchst unsicheren Arbeitsverhältnisse sind Überlebenskampf und existenzielle Not – und weniger prosperierende Geschäftsgründungen oder das Streben nach wirtschaftlichem Wachstum. Der Einstieg gelingt schnell, der Aufstieg nur schwer und der Ausstieg ist mit keinerlei sozialer Absicherung verbunden. Ein weiteres Kennzeichen: Der informelle Sektor in Uganda besteht zu 92 Prozent aus Frauen.⁷

Schätzungen zufolge gibt es in Uganda mehr als 800.000 Kleinstunternehmen mit anderthalb Millionen Beschäftigten – das sind mehr als 90 Prozent der nicht in der Landwirtschaft oder im Privatsektor Beschäftigten.

6 | Weltbank, „Urban Informal Sector in Uganda. Presenting during the Key Labour Market Issues Course“, 04-05/2005, http://info.worldbank.org/etools/docs/library/211247/Uganda_Urban%20Informal%20Sector.pdf [12.04.2013].

7 | Ebd.

JUNG UND DYNAMISCH? JUNG – UND GEFÄHRDET

Anders als in der westlichen Welt, wo sich die Herausforderungen im Gesundheitssektor mit den Folgeerscheinungen einer alternden Gesellschaft verbinden, ist es in Uganda die Jugend, deren Gesundheit die Hauptsorgen bereitet. Damit ist Uganda keine Ausnahme auf einem Kontinent, auf dem die Lebenserwartung bei etwa 50 Jahren liegt. Die Gefährdung junger Menschen ist dabei altersbezogen – es ist der sexuelle und reproduktive Bereich, der die höchsten Risiken enthält. Ein Hauptfaktor hierbei ist nach wie vor die Geißel HIV/Aids, die Uganda in besonders heftiger Weise zu spüren bekam. Uganda war eines der am meisten von

Trotz einer der fortschrittlichsten Aufklärungskampagnen auf dem Kontinent und einer Vervielfachung des Spendenaufkommens sind die Erfolge in Sachen „Aidsbekämpfung“ inzwischen teilweise ins Gegenteil verkehrt.

Aids gebeutelten Länder Afrikas, konnte sich jedoch durch eine gezielte Aufklärungs- und Gesundheitspolitik aus dem Würgegriff befreien. Die Neuinfektionsrate, die 1992 noch bei 15, in manchen Gegenden sogar bei 30 Prozent lag, sank 2001 auf fünf Prozent.⁸

Doch trotz einer der fortschrittlichsten Aufklärungskampagnen auf dem Kontinent und einer Vervielfachung des Spendenaufkommens haben sich die Erfolge des ehemaligen Musterschülers in Sachen „Aidsbekämpfung“ inzwischen teilweise ins Gegenteil verkehrt – derzeit liegt die Neuinfektionsrate wieder bei sechs bis sieben Prozent.⁹ Dafür gibt es verschiedene Gründe: Wie in vielen (nicht nur afrikanischen) Ländern zeichnet sich eine gewisse „Nachlässigkeit“ und „Gewöhnung“ ab, die der Zugang zu wirksamer Behandlung und die verlängerte Lebenserwartung mit sich bringt. Der Hauptgrund wird jedoch darin gesehen, dass das so genannte ABC-Programm (*abstinence, be faithful, condoms*) sich mit zunehmendem Einfluss evangelikaler Gruppen immer mehr zur Betonung der ersten beiden Aspekte verschiebt, während Kondome zum Teil offen abgelehnt werden.

8 | Uganda AIDS Commission, „National HIV&Aids Strategic Plan 2011/12-2014/15“, 12/2011, 22 ff., <http://aidsuganda.org/images/stories/Publications/NSP.pdf> [30.04.2013].

9 | Flavia Lanyero, „Return to Abstinence, Museveni Tells Youth“, Daily Monitor, 03.12.2013, <http://www.monitor.co.ug/News/National/Return-to-abstinence--Museveni-tells-youth/-/688334/1635174/-/4nhsagz/-> [12.04.2013]; vgl. auch VN, *Global Report. UNAIDS Report on the Global AIDS Epidemic*, Joint United Nations Programme on HIV/AIDS, 2010, 28, http://unaids.org/documents/20101123_globalreport_em.pdf [12.04.2013].

Aids bleibt einer der großen Hemmschuhe in der Entwicklung, da die Krankheit meist Jugendliche in den „besten Jahren“ ihrer Produktivität und Arbeitskraft betrifft. Schätzungen zufolge leben derzeit 1,2 Millionen HIV-Infizierte in Uganda, darunter 150.000 Kinder.¹⁰ Beinahe zwei Millionen – etwa 20 Prozent aller ugandischen Kinder – sind Aids-Waisen. Auf dem gesamten Kontinent sind es bereits um die 15 Millionen Kinder, die ihre Mutter, ihren Vater oder auch beide verloren haben.¹¹



Die Regierung von Präsident Museveni, hier auf einer Konferenz zum Thema Familienplanung in London, hat rückläufigen Erfolg im Bemühen um Aidsbekämpfung. | Quelle: Russell Watkins, UK Department for International Development (CC BY-SA).

Positive Entwicklungen zeichnen sich auf dem zweiten „Sorgegebiet“, der Mütter- und Säuglingssterblichkeit, ab: Im Vergleich zu 2001 sank die Müttersterblichkeit im Jahr 2011 in Uganda von 550 auf 438 pro 100.000 Lebendgeburten.¹² Im gleichen Zeitraum fiel die Säuglingssterblichkeit von 88 auf 54 pro 1.000 Lebendgeburten,¹³ womit Uganda einen besseren Wert als der afrikanische Durchschnitt (67) aufweist. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass in 59 Prozent

10 | Avert, „HIV and Aids in Uganda“, <http://avert.org/aids-uganda.htm> [12.04.2013]; VN, Fn. 9, 186.

11 | Ebd.

12 | Uganda Bureau of Statistics, „Uganda Demographic and Health Survey 2011“, 08/2012, 239, <http://ubos.org/onlinefiles/uploads/ubos/UDHS/UDHS2011.pdf> [12.04.2013].

13 | Ebd., 79.

der Fälle inzwischen medizinisches Fachpersonal die Kinder zur Welt bringt, während es im Jahr 2006 nur 42 Prozent waren.¹⁴ Dennoch sterben immer noch erschreckend viele Frauen während oder nach der Geburt – und zwar meist an Umständen, die behoben werden könnten: heruntergewirtschaftete, schwer erreichbare Gesundheitszentren, Mangel an Transportmöglichkeiten, an Medikamenten und Ausstattung, ungeschultes Personal, Stromausfälle. Aus Verzweiflung zogen Mitte Juni 2012 hunderte Frauen vor das Oberste Gericht in Kampala, um die Regierung anzuzeigen und sie mit Verweis auf das „Menschenrecht auf Gesundheit“ und per Gerichtsbeschluss zu zwingen, bessere Bedingungen zu schaffen. Die Klage wurde abgewiesen, das Gericht wolle sich nicht in „politische Angelegenheiten“ einmischen.

Und eben damit ist der wunde Punkt genannt: Der politische Wille, hier Prioritäten zu setzen, scheint zu fehlen. Zumal es Bereiche gibt, denen es an finanzieller Ausstattung nicht zu mangeln scheint. Und dennoch darf die Gesundheit gerade der Jugend nicht vernachlässigt werden, muss die Jugend als Entwicklungsfaktor ernst genommen, ihr Potenzial genutzt werden: Jugendliche spielen eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche, nachhaltige, soziale und gesellschaftliche Entwicklung.

JUGEND ALS POLITISCHER FAKTOR: MOTIVIERT, ENGAGIERT – FRUSTRIERT

Die Politik hat inzwischen erkannt, dass die Jugend als entwicklungsrelevanter und politischer Faktor ernst genommen werden muss. Auch abgesehen von ihrem enormen Wählerpotenzial – in den letzten Wahlen in Uganda 2011 machten Jugendliche unter 30 mehr als die Hälfte der Wähler aus¹⁵ – ist das Veränderungspotenzial durch Jugendliche beachtlich. Der gesellschaftliche und politische Einfluss, der Jugendlichen zukommen sollte, macht sie zur wichtigsten Zielgruppe für politische Bildung überhaupt. Das Potenzial ist da – und es muss sinnvoll genutzt und kanalisiert werden, wenn es sich nicht, wie zuletzt im „Arabischen Frühling“ gesehen, von selbst Bahn brechen soll. Die Bedeutung, Jugendliche in politische und gesellschaftliche

14 | Ebd., 105.

15 | VN, Fn. 9, 17.

Entscheidungsprozesse einzubinden, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ebenso wenig sind die Gefahren zu unterschätzen, die sich aus ihrer Beeinflussbarkeit ergeben.

Trotz aller genannten Probleme: Die Aussichten sind besser als es scheint, Chancen gibt es durchaus viele und die Impulse kommen häufig von den Jugendlichen selbst. Den jungen Menschen wird ihre Mehrheitssituation – und damit ihre potenzielle Macht – inzwischen immer mehr bewusst. Die Jugend in Uganda will, wie in den meisten Ländern Subsahara-Afrikas, raus aus der Statistenrolle, will nicht länger nur über sich, sondern mit sich reden lassen. Sie will ihr Potenzial erkannt und gefördert wissen, als *problem-solvers* und nicht länger als *problems to be solved* gesehen werden. Sie will mitbestimmen, Verantwortung übernehmen. Die Jugendlichen wollen, kurzum, mehr Beteiligung und klagen diese auch immer vehementer ein. Noch sind es die Themen Arbeitslosigkeit, Bildung und Gesundheit, die die ugandische Jugend umtreiben, doch zunehmend erobern auch Zukunftsthemen wie Umweltschutz, Klimawandel und Generationengerechtigkeit das Bewusstsein – Themen von morgen, die die Jugend von heute umso stärker betreffen.

Die Jugend in Uganda will ihr Potenzial erkannt und gefördert wissen, als *problem-solvers* und nicht länger als *problems to be solved* gesehen werden. Sie will mitbestimmen, Verantwortung übernehmen.

Die ugandische Jugend ist zunehmend motiviert, aber auch frustriert, da ihr Engagement sich nicht immer zielgerichtet entfalten kann oder nicht die erhoffte Wirkung erzielt. „Engaged but unempowered“ lautet der Vorwurf – „engagiert, aber machtlos“. Und doch wird von der Politik inzwischen einiges getan, um die Befähigung von Jugendlichen zu verbessern, werden zahlreiche Programme aufgelegt, um Jugendliche in ihrem Zugang zu Entscheidungen, in ihrer Ermächtigung und ihren Kompetenz zu stärken.

ZIELGRUPPE JUGEND

Schon 2001 wurde eine Nationale Jugendstrategie (The National Youth Policy, NYP) ins Leben gerufen, um die „Ressource“ Jugend zu mobilisieren und ihre Einbindung in nationale Entwicklungsprozesse zu gewährleisten. So widmet sich die NYP hauptsächlich den Themen Beteiligung der Jugend und Stärkung künftigen Führungspotenzials

in Zivilgesellschaft und Regierung. Die NYP – bisher ein Lippenbekenntnis mit wenig konkreten Maßnahmen oder erkennbaren Strategien – wird derzeit überarbeitet. Der neue Entwurf sieht unter anderem mehr Interaktion und eine verstärkte Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen vor und beschreibt konkrete Schritte, um den Sinn für *ownership* und *capacity building* unter den Jugendlichen zu stärken. Eine andere nationale Einrichtung, die die Interessen der Jugendlichen vertreten soll, ist der so genannte National Youth Council. Er wurde bereits 1993 mit dem Ziel gegründet, die verschiedenen Jugendverbände unter einem Dachverband zusammenzubringen und mit einer Stimme sprechen zu lassen.

In der Politik stellen sogar Quoten die Beteiligung Jugendlicher sicher: Im Parlament sind neben Quoten für Frauen, Behinderte und Soldaten Sitze für Jugendvertreter vorgesehen, von denen mindestens einer an eine Frau vergeben werden muss. Bei einer Anzahl von etwa vierhundert Abgeordneten haben die jungen Parlamentsmitglieder jedoch nur einen sehr geringen bis gar keinen Einfluss, so dass diese ansonsten bemerkenswerte Maßnahme praktisch wirkungslos bleibt.

Der Local Government Act von 1997 sieht für alle Verwaltungsebenen, vom Distrikt bis zur Gemeinde, jeweils eine männliche und eine weibliche Jugendvertretung vor.

Auch auf kommunaler und lokaler Ebene wird Jugendvertretern per Quote der Zugang zu politischen Entscheidungsgremien eröffnet:

Der so genannte Local Government Act von 1997 sieht für alle Verwaltungsebenen, vom Distrikt bis zur Gemeinde, jeweils eine männliche und eine weibliche Jugendvertretung vor. Doch aufgrund der hohen, selbst zu tragenden Nominierungsgebühren (*nomination fees*), die auch im Parlament erhoben werden, bleibt den Jugendlichen der Zugang zu höheren Ämtern meist erschwert.

In dem noch jungen Mehrparteiensystem, das in Uganda 2006 eingeführt wurde, besteht für Jugendliche auch die Möglichkeit, sich parteipolitisch zu engagieren. Die wichtigsten politischen Parteien in Uganda haben eine jeweilige Jugendorganisation, die die Interessen der Jugendlichen innerhalb ihrer politischen Partei vertreten soll. Als zusätzliche Stimme im demokratischen Zusammenspiel erhofft man sich von den jungen Mitgliedern frischen Wind und neue Impulse für die Politikgestaltung. Doch fehlt es

der Parteijugend an Training, Durchsetzungskraft und Führungsqualitäten – und so findet sie in den Parteivorständen kaum Gehör.

Es ist nicht so, dass die Politik nicht reagiert. Zählt man die weiteren Beteiligungsmöglichkeiten, Jugendverbände und -initiativen hinzu und bedenkt man zudem noch die vielen Projekte und Förderprogramme internationaler Organisationen und NROs, ergibt sich ein lebendiges

Bild vielfacher Anstrengungen, den Bedürfnissen der Jugend Rechnung zu tragen und sie in ihrer jeweiligen Rolle zu stärken. Auch in der Zivilgesellschaft wird für die Jugend in Uganda theoretisch viel getan. Dennoch scheinen die Bemühungen (noch) nicht genügend Früchte zu tragen oder scheitern an einer unzulänglichen und ineffektiven Implementierung. Nach wie vor haben Jugendliche in der noch jungen Mehrparteiendemokratie nicht den Einfluss, der ihnen zukommen könnte, sie fühlen sich marginalisiert und von wesentlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Hierfür gibt es viele Gründe. Einer mag in der ugandischen – und in ganz Afrika verbreiteten – Tradition liegen, die den Älteren, den so genannten *elders*, uneingeschränkten Respekt zollt. Die Erfahrung und Lebensweisheit des Alters ist ein entscheidender Faktor in der afrikanischen Gesellschaft und eine wesentliche Voraussetzung für Anerkennung und Macht. Die Haltung, das Ansehen oder die Meinung der Älteren niemals in Frage zu stellen, wird von frühester Kindheit anerzogen und ist in den Denkmustern tief verankert. Die traditionelle afrikanische Gesellschaft weist Kindern und Jugendlichen lediglich eine Zuhörer- und Schülerrolle zu. Hiervon kann sich die Jugend – bei allem Selbstbewusstsein, das sie, sobald unter sich, äußert – nur schwer lösen. Ebenso fällt es den Älteren nicht immer leicht, die Jugendlichen ernst zu nehmen, ihr Potenzial und ihren Innovationsgeist anzuerkennen, ihre Kreativität wertzuschätzen und sie ihren Beitrag leisten zu lassen.

In der Zivilgesellschaft wird für die Jugend in Uganda theoretisch viel getan. Dennoch scheinen die Bemühungen (noch) nicht genügend Früchte zu tragen oder scheitern an einer unzulänglichen und ineffektiven Implementierung.

Ein weiterer Grund für die Marginalisierung von jungen Leuten und deren erschwerten Zugang zu politischen Ämtern und Schlüsselfunktionen ist die Rolle des Geldes in der Politik. Die jungen Menschen haben meist nicht die Mittel, Wahlkämpfe zu organisieren bzw. es mit den älteren

Kandidaten aufzunehmen, deren finanzielle Ausstattung altersgemäß meist besser ist. Des Weiteren stellt oft bereits die Kandidatur für ein politisches Amt Jugendliche vor beinahe unüberwindbare Hürden, obwohl die Gesetzgebung deren Mitgliedschaft in politischen Gremien vorsieht. Sowohl die Nominierungsgebühren als auch die Sammlung von Unterschriften von Unterstützern sind für ältere und bereits erfahrene Kandidaten leichter zu bewerkstelligen als für jüngere Bewerber. Schließlich ist auch in der Politik – wie auf dem Arbeitsmarkt – die Rolle von Patronage und Nepotismus nicht zu unterschätzen. Weniger die Qualifikation eines Jugendlichen als vielmehr seine Beziehungen zu älteren Partei- oder Gremiumsmitgliedern sind entscheidend für die Teilhabe an Entscheidungsprozessen.

Es ist häufig der Fall, dass Jugendliche Führungspositionen anstreben, ohne über die notwendige Ausbildung oder Qualifizierung zu verfügen. Daher gelingt es ihnen nicht, Entscheidungsprozesse in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Neben diesen Hindernissen sind auch auf Seiten der ugandischen Jugend Gründe dafür zu finden, warum sie nur schlecht in politische Entscheidungsprozesse integriert ist. Häufig verfügt sie nur über unzureichende Führungs- und Lobbyingfähigkeiten und ist

in sich entlang von Partei- und ethnischen Linien gespalten. Vor allem Letzteres trägt dazu bei, dass die Jugendlichen das Potenzial ihrer zahlenmäßigen Übermacht nicht ausnutzen können. Weiterhin ist es häufig der Fall, dass Jugendliche Führungspositionen anstreben, ohne über die notwendige Ausbildung oder Qualifizierung zu verfügen. Daher gelingt es ihnen nicht, Entscheidungsprozesse in ihrem Sinne zu beeinflussen und zur Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Landschaft Ugandas aktiv beizutragen.

So hat die Jugend in Uganda ein ambivalentes Verhältnis zur Politik: Einerseits ist ihre Triebfeder für ein Engagement in der Politik häufig der Wunsch nach Verbesserungen – die Jugend möchte teilhaben und etwas bewegen. Sie hat längst erkannt, dass Politik und nicht Gewalt der Schlüssel zu nachhaltiger Veränderung ist. Jugendliche sind auf vielerlei Weise Teil des Politikprozesses geworden – sowohl als Kandidaten als auch als Wahlhelfer und Wahlkämpfer. Auch ihre Wahlbeteiligung ist sehr hoch.¹⁶

16 | VN, Fn. 9, 17.

Andererseits haben viele junge Menschen den Eindruck, dass ihre Stimmen wenig zählen und noch weniger bewirken.¹⁷ Ein Faktor, der dazu führt, dass Jugendliche mehr und mehr frustriert sind mit der Rolle, die sie in der Politik spielen können, sind die Versuche von Politikern, Jugendliche zu korrumpieren und ihre Stimmen zu kaufen. Viele ugandische Jugendliche sind außerdem in der Gefahr, Opfer von Manipulation zu werden, da ihre häufig verzweifelte Lage sie zur leichten Beute leerer Versprechungen macht. Schließlich begegnet die Jugend Regierungsprogrammen und Politikern häufig mit Abwehr und Zynismus angesichts des hohen Maßes an Korruption und Bestechung, das in der ugandischen Politik immer wieder zutage tritt. Es gilt daher, erstere Tendenz zu stärken und letztere zu schwächen, damit die Motivation der Jugend genährt und gesteigert werden kann.

Die Jugend in Uganda ist nicht „rebellisch“. Sie will sich innerhalb des bestehenden Systems engagieren, stößt dabei aber immer wieder an Hindernisse und Grenzen, die ihr unüberwindbar erscheinen. Doch trotz der Frustrationen, die das teilweise mit sich bringt, ist ein „ugandischer Frühling“ eher nicht zu erwarten. Dazu ist die Jugend insgesamt noch zu „unorganisiert“ und entlang ethnischer und sozialer Linien gespalten.

Trotz der Frustrationen ist ein „ugandischer Frühling“ eher nicht zu erwarten. Protestaktionen beschränken sich meist auf die Hauptstadt und sind häufig von keiner eigenständigen Agenda geprägt.

Für die Jugend gilt dasselbe wie für die Opposition: Auf die Straße gehen viele, aber von einer „Bewegung“ lässt sich nicht sprechen. Protestaktionen beschränken sich meist auf die Hauptstadt und sind häufig von keiner eigenständigen Agenda geprägt. Letztere erschöpft sich meist in dem kleinsten gemeinsamen Nenner, der sowohl die Jugend, als auch die Opposition vereint und sich mit „Dagegenhaltung“ beschreiben lässt. Auch mangelt es an Lösungsansätzen und Alternativvorschlägen. Dies ist eines der Hauptprobleme, das verhindert, dass die Jugend ihr Potenzial sinnvoll nutzt, um Uganda in eine Richtung zu lenken, von der sie in der Zukunft profitieren kann.

AFRIKA MACHT MOBIL? „NO AIRTIME!“

Auch fehlt die mobilisierende Kraft neuer und sozialer Medien. Befragungen zufolge hatten über 70 Prozent der Jugendlichen in Uganda noch nie Zugang zum Internet, die Zahl der regelmäßigen Nutzer ist in der Hauptstadt konzentriert und beträgt nicht mehr als fünf bis zehn Prozent.¹⁸ Ein Mobiltelefon – mindestens eines – hat zwar inzwischen jeder (96 Prozent), die Mittel aber, seine Telefonate auch zu bezahlen, jedoch kaum einer. So wird der Mangel an *airtime* zum „Dauer-Mantra“, und stattdessen wird fleißig „gebeepet“ oder gelegentlich eine Textnachricht versendet. Schwache Netze und häufig zusammenbrechende Verbindungen machen zudem weder das Telefonieren noch das „Surfen“ zu einem effektiven und ertragreichen Unterfangen. Die Voraussetzungen für die Nutzung neuer Medien oder sozialer Netzwerke sind schon technisch nur in bescheidenem Maße gegeben – in ländlichen Gegenden gar nicht, in der Stadt in geringem Umfang. Da macht es kaum einen Unterschied, ob Mobiltelefone internetfähig sind oder nicht. Und selbst dort, wo sie es sind, wird das damit verbundene Potenzial nicht erkannt oder nicht genutzt: So werden Twitter, Facebook und Co. eher für „Klatsch und Tratsch“ und Austausch von Befindlichkeiten verwendet denn als gesellschaftliche Kommunikationsplattform oder als Möglichkeit zum substanziellen Meinungsaustausch über politische und soziale Themen gesehen. Das Hauptinformationsmittel ist immer noch das Radio.

Doch mit der wachsenden Anzahl von Jugendlichen und der Verbesserung der technischen Voraussetzungen ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich die Jugend auch in Subsahara-Afrika vernetzt und organisiert. Die Jugend ist – zumindest in Uganda – insgesamt politischer, engagierter geworden. Sie hat erkannt, dass es ihre Zukunft ist, um die es geht, und sie möchte diese Zukunft mitgestalten. Es gilt, diesem Phänomen international mehr Beachtung zu schenken und die Länder südlich der Sahara dabei zu unterstützen, der Jugend Perspektiven zu schaffen. Der demografische Wandel in dieser Region bietet Herausforderungen, aber auch zahlreiche Chancen, die es zu erkennen und zu fördern gilt.

18 | Fünf Prozent der Jugendlichen in Uganda haben täglich, und etwa zehn Prozent gelegentlich (ein bis drei Mal wöchentlich) Zugang zum Internet: USAid, Fn. 1, 18.

DIE JUNGE GARDE DER PRÄSIDENTIN

KIRCHNERISTISCHE NACHWUCHSORGANISATION LA CÁMPORA
KREMPELT STILL UND HEIMLICH ARGENTINIEN UM

Kristin Wesemann

León Cristalli klang, als wäre Ernesto „Che“ Guevara in ihn gefahren: „Wir sind gekommen, um den revolutionären Prozess des Kommandanten zu unterstützen“,¹ rief der militante Anhänger von Argentiniens Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, als er mit Gleichgesinnten vor der venezolanischen Botschaft in Buenos Aires stand. Es war, an diesem Januartag, bloß ein Krankenbesuch ohne Kontakt zum Patienten, weil sich Hugo Chávez in Havanna behandeln ließ. Die Demonstration zeigte aber, welche Wertschätzung der verstorbene Autokrat aus Caracas bei Kirchners treuester Truppe, der Cámpora, genossen hat.

Argentinien und Venezuela sind heute eng verflochten – ökonomisch, ideologisch und persönlich. 2003 hatte die ökonomische Republik im Norden dem wirtschaftlich taumelnden Riesen im Süden Staatsanleihen abgekauft und ihn damit finanziell gewissermaßen wiederbelebt. Seitdem versuchen sich die beiden Länder an einem „neuen politischen Modell“, das sich nicht mehr am Westen orientiert, sondern wieder auf den starken Staat setzt. Chávez soll Kirchner einst kofferweise und illegal Bargeld für den Wahlkampf geschickt haben;² sie hat ihm 2012 Zutritt zur Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur verschafft: Paraguay hatte die 2006 vereinbarte Aufnahme nie ratifiziert – Trick 17, um



Dr. Kristin Wesemann ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Argentinien.

1 | „Marcha de organizaciones kirchneristas en Buenos Aires“, *La Nación*, 09.01.2013, <http://lanacion.com.ar/1544077> [20.01.2013].

2 | Claudia Zilla, „Eine ‚Chavezierung‘ Argentiniens?“, *SWP-Aktuell*, Nr. 31, 06/2009, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 3, http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009Akt31_zll_ks.pdf [15.01.2013].

multinationale Beschlüsse nachträglich aufzuhalten – und war dafür schließlich suspendiert worden. Offiziell berief sich die argentinische Seite auf die so genannte Demokratie-Klausel und mahnte, dass in Paraguay nach der Absetzung von Präsident Fernando Lugo erst wieder die Volkssouveränität hergestellt werden müsse.³ Chávez ließ in Caracas argentinische Journalisten ohne Grund festhalten und verhören.⁴ Kirchner schickte ihm ihre wichtigsten Unterstützer für den Wahlkampf: junge Leute der Cámpora.

In Argentinien braucht jeder Politiker, der landesweite Ambitionen hat, eigene, vornehmlich junge militante Anhänger. Militanz ist dabei nicht unbedingt gleichbedeutend mit Gewalt. Vielmehr steht sie für die absolute Loyalität, die die Mitglieder ihren politischen Anführern versprechen. Kaum

Würde man alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien vereinigen, entstünde eine Gruppierung, die an die Vielfalt des Peronismus ungefähr heranreichen würde.

eine Bewegung in Südamerika schöpft ihre Kraft und Dominanz so sehr aus diesem Modell wie der Peronismus. Dessen Heimat, gewissermaßen die ladungsfähige Anschrift, ist die Gerechtigkeitspartei,⁵ doch dessen ver-

schiedenen Strömungen gehen ideologisch bisweilen stark auseinander. Würde man alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien vereinigen, entstünde eine Gruppierung, die an die Vielfalt des Peronismus ungefähr heranreichen würde. Eine Antwort auf die Frage, wie zusammenhält, was nicht zusammenpasst, findet sich in „La Marcha Peronista“, der Hymne dieser Bewegung, die mit Inbrunst und Tränen in den Augen gesungen wird. Dort heißt es: „Dieser große Führer wusste, wie man die große Masse des Volkes erobert und das Kapital besiegt. Wir rufen von Herzen ‚¡Viva Perón!’“⁶ Was sind dagegen schon Programme?

Seit Juan Domingo Perón (1895-1974) und der Nationalheiligen Evita (1919-1952) ist eine nachgewiesene politische Militanz die Eintrittskarte zu den Orten, an denen Macht, Staatsämter und Posten verteilt werden. Militanz

3 | „Mercosur Suspends Paraguay over Lugo Impeachment“, *BBC News*, 29.06.2012, <http://bbc.co.uk/news/world-latin-america-18636201> [19.04.2013].

4 | Kristin Wesemann, „Das nächste Feindbild“, KAS-Länderbericht, 12/2012, 7, http://kas.de/wf/doc/kas_33158-1522-1-30.pdf [05.01.2013].

5 | Partido Justicialista (PJ).

6 | „La marcha peronista“, *El Sitio Peronista*, <http://www.elsitio-peronista.com.ar/marcha.htm> [20.01.2013].

ist Hingabe an die Bewegung, Unterordnung unter einen Führer, auch Rauflust, die in Argentinien viele Gesichter hat: Straßenblockaden, Fabrikbesetzungen, Überfälle. Bei Boxern, die nach ein paar Treffern umkippen und liegen bleiben, spricht man vom Glaskinn. Bei politisch Militanten der obersten Kategorie haben Kinn und Herz aus Stahl zu sein. Man steckt Beleidigungen und bisweilen auch echte Schläge ein.

DIE JUGEND ALS ERBE DES NATIONALEN MODELLS

In Südamerika wird früh, oft direkt nach Amtsantritt, die Zeit nach dem Abtritt geplant. Man denkt schon in der Gegenwart an die Zukunft, die eigene wohlgerne, weil man sich an die Vergangenheit anderer allzu gut erinnert. Man hat oft genug frühere Präsidenden im Flugzeug davoneilen sehen, weil der Nachfolger im Wahlkampf versprochen hatte, ordentlich auszumisten. Andere landeten im Gefängnis. Argentinien war hier meist zivilisierter. Cristina Kirchner, die extrem polarisiert, das Land umkrepelt, mit Traditionen bricht und auch unter den Peronisten längst viele Feinde hat, dürfte dennoch wissen, dass sie aufpassen muss. Irgendwann wird auch sie aus der Casa Rosada, dem rosafarbenen Regierungspalast, ausziehen. Sollte sie nicht im Zenit ihrer Macht zurücktreten, sondern abgewählt werden, wird ihr Nachfolger gezwungen sein, sich von ihr abzusetzen. Es sei denn, er kann das gar nicht und ist zur Loyalität gezwungen. Darum geht es, wenn Cristina Kirchner sagt: „Die Jungen sind die wichtigste Stütze der Regierung, sie sind die Garantie dafür, dass dieses Projekt vorangeht und sich weiter verankert.“⁷ Das argentinische Innenministerium und das Instituto Nacional de Capacitación Política haben zur Planerfüllung sogar ein „Handbuch der politischen Befähigung“ erarbeitet: „Wir wollen, dass das Nationale und Populäre Modell, zu dem wir so viel beigetragen haben, bestehen bleibt“, heißt es da. „Uns leitet unsere Berufung als Militante.“⁸

Irgendwann wird auch Cristina Kirchner aus der Casa Rosada ausziehen. Sollte sie nicht im Zenit ihrer Macht zurücktreten, sondern abgewählt werden, wird ihr Nachfolger gezwungen sein, sich von ihr abzusetzen.

7 | „Fuerte impulso de la Presidenta a la militancia juvenil“, *La Nación*, 23.02.2011, <http://lanacion.com.ar/1352203> [20.01.2013].

8 | Ministerio del Interior, Presidencia de la Nación und Formación Política Instituto Nacional de Capacitación Política, „Manual de Formación Política“, Buenos Aires, 2012, 9, http://mininterior.gov.ar/asuntos_politicos_y_eleccionales/incap/publicaciones/Manual_FP.pdf [20.01.2013].

Argentinien ist ein sehr junges Land. Das Durchschnittsalter liegt bei 30,5 Jahren. (Die Deutschen sind im Schnitt 43 Jahre alt.) Als im Oktober 2011 Cristina Kirchner im Amt bestätigt wurde, war jeder zweite Wähler jünger als 35. Und dieser Anteil soll in Zukunft noch steigen. Zu diesem Zweck hat die zum Peronismus gehörende Präsidentinnenpartei Frente para la Victoria im Herbst vergangenen Jahres in einer ihrer Über-Nacht-Aktionen das gesetzliche Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt. Zu den 25,2 Millionen wahlpflichtigen Argentinern zwischen 18 und 70 Jahren kommen von 2013 an 1,4 Millionen Jugendliche hinzu, die ihre Stimme in nationalen Wahlen abgeben dürfen. Eine Pflicht ist dies noch nicht.

Die Hauptstadtperonisten klebten massenweise Plakate: „Bestien!! Jetzt greifen sie schon nach den Sechzehnjährigen! Die kennen keine Gnade.“

Durch die Bank kritisierte die Opposition das Ansinnen der Präsidentin. Die Hauptstadtperonisten klebten massenweise Plakate: „Bestien!! Jetzt greifen sie schon nach den

Sechzehnjährigen! Die kennen keine Gnade.“ Der Vorwurf: Cristina Kirchner wolle bei der Parlamentswahl 2013 sichergehen, dass ihre Leute eine Zweidrittelmehrheit erreichen. Denn nur so kann sie die Verfassung ändern und 2015 ein drittes Mal antreten. Die Diskussion der so genannten Re-Re-Elección erscheint in diesen Wochen angesichts einbrechender Umfragewerte für die Präsidentin zwar etwas skurril, aber vom Tisch ist sie deshalb noch lange nicht.

Die „Re-Re“ und das Jugendwahlrecht sind vor allem eine Idee der Cámpora. Als die Abgeordneten Ende Oktober 2012 das neue Wahlrecht diskutierten, saßen hunderte Militante im großen Saal. Und als es beschlossen war, entrollten sie über den Köpfen der Parlamentarier eine gigantische Flagge mit Cristinas Konterfei und feierten ihren Triumph.

Wenn in Argentinien über die Cámpora geredet wird, ist das immer auch etwas schaurig. Es funktioniert ein bisschen wie bei Gruselfilmen: Nicht das spritzende Blut verbreitet Angst und kitzelt die Nerven, sondern das Unklare, die geheimnisvolle Figur, die durch den Nebel schleicht und sich einem Haus nähert, dessen Bewohner friedlich schlafen. Und so rätselt man, wie die bekannteste der militanten Unterstützerguppen der Präsidentin funktioniert und aufgebaut ist.



Buchcover der Publikation „La Campora. Die geheime Geschichte der Erben von Néstor und Cristina Kirchner“. | Quelle: © KAS Argentinien.

DER HEILIGE ALLER MILITANTEN: PERON

Im vergangenen Jahr hat die Journalistin Laura Di Marco versucht, Licht ins Dunkel zu bringen. Ihr Enthüllungsbuch *La Campora. Die geheime Geschichte der Erben von Néstor und Cristina Kirchner*⁹ verkaufte sich rasend schnell. Aber, und das macht die Lektüre schnell klar, auch dieses Werk lebt oft von Vermutungen und vom Hörensagen. Die Geschichte der Organisation, die erzählt wird, ist dennoch faszinierend, was auch an den Tragödien liegt, die mancher heute gefürchtete Camporist zu bieten hat.

Da ist beispielsweise „Wado“, der eigentlich Eduardo de Pedro heißt und ein Kind von *desaparecidos* ist, den „Verschwundenen“ der Militärdiktatur (1976-1983), von denen viele nie wieder aufgetaucht sind. Man hat sie gefoltert, betäubt aus dem Flugzeug geworfen oder anderweitig ermordet. Menschenrechtler schätzen die Zahl der Opfer auf 30.000. Offizielle Stellen sprechen von mehr als 11.000. „Wados“ Eltern waren als Studenten den Montoneros

9 | Laura Di Marco, *La Campora, Historia secreta de los herederos de Néstor y Cristina Kirchner*, Sudamericana, Buenos Aires, 2012.

beigetreten, einer Art peronistischer Stadtguerilla, die sich 1970 gegründet hatte. Die Mitglieder, sowohl links als auch national gesinnt, überzogen das Land im Kampf gegen alle anderen politischen Strömungen mit spektakulären Überfällen, Entführungen, Erpressungen und Mord. Sie hofften auf die Rückkehr Peróns aus dem Madrider Exil und wollten mit ihm ein sozialistisches Argentinien aufbauen. Als der General am 20. Juni 1973 nach 18 Jahren in seine Heimat zurückkehrte, sah er, wie gespalten seine Anhänger waren, die doch eigentlich in seinem Namen, im Namen des Peronismus, für ein besseres Land kämpfen sollten.

Um zu ermitteln, welche Strahlkraft Perón noch bei seiner Rückkehr hatte, genügt eine Zahl: Drei Millionen Landsleute erwarteten ihn. Aus allen 23 Provinzen und der Hauptstadt Buenos Aires waren sie angereist, manche wochenlang zu Fuß oder auf dem Pferd. Doch diese Masse war keine Einheit mehr. Linke und rechte militante Peronisten standen sich bei der Willkommensfeier unversöhnlich gegenüber. Noch während Peróns Flugzeug in der Luft war, brachten sich seine Anhänger gegenseitig um. 13 Menschen fanden den Tod, es gab mehr als 100 Verletzte. Das „Massaker von Ezeiza“ besiegelte die Spaltung der Peronisten.

Perón stellte sich gegen die Montoneros und schloss sie aus der Partei aus. Er nannte sie „Dummköpfe“, die ihm „nicht auf die Eier gehen“ sollen.¹⁰ In Argentinien dürfen, nein, sollen Präsidenten so reden. Die Montoneros waren jetzt „Infiltrierte, die uns von innen heraus verraten“, „gefährlicher als unsere äußeren Feinde“.¹¹ Die Militärdiktatur, die im März 1976 dem Tod Peróns und der unglücklichen Präsidentschaft der Witwe Isabel Martínez folgte, vernichtete die Montoneros. Eduardo de Pedros Eltern wurden 1977 gefasst; die Mutter war im neunten Monat schwanger. „Wado“, ein Jahr alt, wurde entführt, ausgesetzt und von Angehörigen gefunden. In den 1990er Jahren begann er, nach seinen Eltern und dem Geschwisterkind zu suchen.

Präsident Néstor Kirchner hatte sich von Anfang an für eine zweite Aufarbeitung der Militärdiktatur eingesetzt. Unter dem ersten Präsidenten nach der Rückkehr zur

10 | Ingo Malcher, *Tango Argentino. Porträt eines Landes*, Becksche Reihe, München, 2008, 53.

11 | Ebd.

Demokratie, dem Radikalen Raul Alfonsín (1983-1989), hatte Argentinien begonnen, die Verbrechen der Offiziere und Generale aufzuklären. Der peronistische Präsident Carlos Menem (1989-1999) beendete diese Phase, indem er Amnestiegesetze erließ. Er

versuchte damit die Politik und das Volk zu beruhigen und weitere Militäraufstände zu verhindern. Denn diese hatten das Land während der Regierungszeit von Raúl Alfonsín immer wieder destabilisiert. Die Erlasse wurden erst 2003 unter Kirchner wieder aufgehoben. So wurde der Weg frei für neue Prozesse und Urteile – bis heute. Für den Mord an „Wados“ Eltern und seinem Geschwisterkind erhielten die Verantwortlichen der berüchtigten Geheimdienst Einheit „Batallón 601“ Ende 2010 Haftstrafen zwischen 25 Jahren und lebenslänglich. Bei allem, was den Kirchners in anderen Bereichen, etwa der wirtschaftlichen Ausrichtung, vorzuwerfen ist: Um die Aufarbeitung haben sie sich sehr verdient gemacht. Argentinien ist hier weiter als seine Nachbarn, die ebenfalls brutale Diktaturen erlebt haben.

Bei allem, was den Kirchners in anderen Bereichen, etwa der wirtschaftlichen Ausrichtung, vorzuwerfen ist: Um die Aufarbeitung haben sie sich sehr verdient gemacht. Argentinien ist hier weiter als seine Nachbarn.

Cristina Kirchner hatte sich für den „601“-Prozess sehr eingesetzt und darüber „Wado“ kennengelernt. Der wiederum, so erzählt es die Cámpora-Forscherin Di Marco, „begann zu glauben, dass Néstor und Cristina das Projekt weiterführen würden, für das seine Eltern gekämpft hatten“.¹² Und so landete er bei der kirchnerischen Nachwuchsorganisation. Anführer ist der Präsidentensohn Máximo Kirchner. Neben Eduardo de Pedro hat die Gruppe fünf weitere herausgehobene Mitglieder: Andrés „El Cuervo“ (der Rabe) Larroque, Juan Cabandié, ebenfalls Sohn „Verschwundener“, Mariano Recalde, José María Ottavis Arias und Mayra Mendoza, die einzige Frau. Benannt ist die Gruppe nach Héctor José Cámpora, der im Frühsommer 1973 für 49 Tage Präsident war, ehe ihn Perón zum Rücktritt zwang. Cámpora hat heute den Ruf, Perón besonders ergeben gewesen zu sein. Der Chronist Martínez zeichnet ihn als Bückling, tapsig und gänzlich frei von Selbstachtung. Eine Antwort, die er Perón auf die Frage nach der Uhrzeit gegeben haben soll, hat seinen Tod überdauert: „Es ist immer so spät, wie Sie wollen, Herr Präsident.“¹³

12 | Di Marco, Fn. 9, 206.

13 | „Nicht einen Tag“, *Der Spiegel*, 19.03.1973, 110, <http://spiegel.de/spiegel/print/d-42645370.html> [25.04.2013].

Di Marco sucht nach Parallelen zwischen der Cámpora und den Montoneros und findet sie im Selbstverständnis beider Gruppen als „Subjekte des Wandels“. Tatsächlich sind die meisten Camporisten der ersten Generation Kinder der argentinischen Staatskrise von 2001/2002. Damals waren Wirtschaft und Währung zusammengebrochen, viele Argentinier hatten Großteile ihrer Ersparnisse und vor allem jegliches Vertrauen in die Politik verloren. Überall im Land gab es Straßenkämpfe, blutige Proteste und Plünderungen – und überall mischte die Jugend mit. Heute hat die Führungsschicht der Cámpora drei Säulen: die Söhne und Töchter von „Verschwundenen“ der Militärdiktatur, einstige Studenten, die sich nach dem Staatsbankrott im linken politischen Spektrum der Universitäten zusammenfanden, und Aktivisten aus sozialen Bewegungen. „Der Rabe“ Larroque etwa ist über die Jugendarbeit zur Cámpora gestoßen.

Die Frage ist, wie aus der lockeren Verbindung politisch Neugieriger jener undurchsichtige Machtkreis werden konnte, dem die Präsidentin vertraut und der große Teile des Staates lenkt.

Zunächst hatten sich bis 2005 fast alle jugendlichen Peronisten hinter Néstor Kirchner versammelt. Aber die Cámpora gab sich besonders jugendlich. Sie organisierte sich über

das Internet, ihre Logos werden als Kunstwerke bewundert. Die Frage ist, wie aus dieser lockeren Verbindung politisch Neugieriger jener undurchsichtige Machtkreis werden konnte, dem die Präsidentin vertraut und der große Teile des Staates lenkt. Belegt ist, dass Cristina Kirchner ihr überragendes Wiederwahlergebnis am 23. Oktober 2011 in kleinster Runde, nur mit ihrem Sohn Máximo und dessen Freunden, in der Präsidentenresidenz in Olivos feierte. Ihr, der Witwe des großen Vereinigers Néstor, waren kaum Freunde geblieben. Sie hatte immer die Politik ihres Mannes gelebt. Und auch dieser hatte nicht jedem vertraut, sondern sich lieber auf seine langjährigen Getreuen verlassen, die „Pinguine“ aus der Heimatprovinz Santa Cruz. Doch die Camporisten haben die meisten älteren „Pinguine“ längst verdrängt. „Die Geheimniskrämerei und das Misstrauen“, schreibt die Journalistin Di Marco, seien das „Kennzeichen“ der Cámpora.¹⁴ Und tatsächlich steht namentlich nur der Führungszirkel um Máximo fest. Der Sohn spielt dabei eine Doppelrolle: Er hat den Vater als politischen Ideengeber ersetzt – und als Mann an der Seite der Präsidentin. Cristina Kirchner, die dem Bad in der Menge

14 | Di Marco, Fn. 9, 206.

sichtlich abgeneigt ist, lässt sich von ihm schützen. Er und seine Vertrauten fangen die Leidenschaftsbekundungen der Anhänger ab. Und jeder im Umkreis der Präsidentin weiß, dass der heute 36-jährige Máximo eine Art Anrecht auf das politische Erbe der Kirchners hat. Aníbal Fernández, Innenminister unter Néstor, Kabinettschef unter Cristina und heute freudig austeilender Senator, bescheinigte Máximo schon früh Thronfolgerqualitäten: „Er hat die Fähigkeit, an die Macht zu gelangen, viel mehr als andere, die schon seit Jahren in der Politik sind.“¹⁵ Direkter wurde da nur der väterliche Freund aus Caracas. Hugo Chávez trug dem jungen Mann bei der Trauerfeier für Néstor Kirchner eine gewaltige Aufgabe auf: „Du musst den Weg deines Vaters weitergehen.“¹⁶

ARBEITSVERMITTLUNG MIT SEGEN DER PRÄSIDENTIN

Der Weg zur Präsidentin führt mithin über Máximo, und sein Auswahlgremium ist die Cámpora. Sie steht ebenso wie die Präsidentin für ein Staats- und Wirtschaftsverständnis, das als „Das Modell“ bezeichnet wird. Eine Definition hat niemand parat. Aber es finden sich zwei Grundlinien, auf die sich derzeit fast die gesamte nationale Politik des Landes zurückführen lässt. Erstens: Die Politik lenkt die Wirtschaft. Zweitens: Die Wirtschaft ist ein Instrument, mit dem die Situation der unteren Einkommensklassen zu verbessern ist. So erklären sich die berühmten Programme „para todos“ („für alle“). „Carne para todos“ oder „Fútbol para todos“ sollen sicherstellen, dass preiswertes Fleisch und öffentlich ausgestrahlte Ligaspiele jedermann zugänglich sind. Längst wird die Parole veralbert. Wenn sich etwa die Freunde der harten, schnellen und lauten Gitarrenmusik zum Festival treffen, gibt es „Metal para todos“.

„Carne para todos“ oder „Fútbol para todos“ sollen sicherstellen, dass preiswertes Fleisch und öffentlich ausgestrahlte Ligaspiele jedermann zugänglich sind.

Oft sind die Sozialprogramme so konstruiert, dass gerade die Mittelklasse nicht in ihren Genuss kommt, obwohl sie es doch ist, die mit ihren Steuern alles bezahlt. Wegen der

15 | Juana Libedinsky, „Heredarás mi Reino“, *Vanity Fair*, 12/2012, <http://www.revistavanityfair.es/articulos/heredaras-mi-reino/10916/page/4> [08.01.2013].

16 | Juan Cruz Sanz, „Dar el salto, un desafío para Máximo K“, *Clarín*, 30.10.2010. http://clarin.com/gobierno/_0_363563646.html [10.01.2013].

galoppierenden Inflationen von mehr als 20 Prozent haben die Einkommen an Wert verloren – aber Kindergeld, etwa 50 Euro, erhalten nur Familien, die im Monat weniger haben als das Mindestgehalt (2.670 Peso, knapp 400 Euro). Das Modell soll vor allem eines niemals sein: „neoliberal“. Die 1990er Jahre unter Präsident Menem, die Institutionen von Bretton Woods, die Europäische Union, die Vereinigten Staaten – sie alle geißelt Cristina Kirchner als Verlierer ihres eigenen unzulänglichen Systems. Ihr Argentinien kämpfe sich frei von diesem kapitalistischen Imperialismus. Und es ist genau dieser Punkt, an dem sich die Handschrift der Cámpora wiederfindet. Die Gruppe ist erst unter Cristina Kirchner mächtig geworden, und zwar in dem Augenblick, als ihr Mann Néstor 2010 gestorben war und ihre Anführer dafür sorgten, dass sich Straßen und Plätze des Landes mit Menschen füllten.



Cámpora-Büro in der Hauptstadt Buenos Aires. | Quelle: © KAS Argentinien.

Denn Macht und Persönlichkeit, so sagt ein ungeschriebenes Gesetz in Argentinien, findet man, wo die Masse ist: Wer schlecht mobilisiert, der regiert auch schlecht. Bis vor Kurzem war die Präsidentin noch eine Meisterin der Mobilisierung. Doch die Organisation von Massenaufmärschen wird schwieriger. Der Volksmund nennt die Cámpora inzwischen gern „Agencia de Colocación“, also Arbeitsvermittlung. Die Posten in der Regierung, in staatlichen Organisationen oder den verstaatlichten Privatunternehmen, die sie heute besetzen, haben die jungen Militanten wohlhabend gemacht – und weniger beliebt. „Blinder Gehorsam

und fehlende Berufserfahrung charakterisieren die militante kirchneristische Elite, die sich den Staat eingeheimst hat“, schrieb die gemäßigte Traditionszeitung *La Nación*, um anschließend die lange Liste der „eingenommenen“ Staatsapparate zu nennen.¹⁷ Die lukrativen Posten werden unter der Hand und ohne jede Kontrolle oder öffentliche Beratung verteilt, so dass häufig Namen erst bekannt werden, wenn alles längst entschieden ist. Erst dann können Rechercheure ans Werk gehen und die Verbindungen zur *Cámpora* aufdecken.

Lukrative Posten werden unter der Hand und ohne jede Kontrolle oder öffentliche Beratung verteilt, so dass häufig Namen erst bekannt werden, wenn alles längst entschieden ist.

Ans Tageslicht kommt es dennoch irgendwann. Denn wo es Gewinner gibt, sind in der Regel auch Verlierer. Und der Chefsessel, auf den sich ein *Camporist* setzt, ist vom Vorgänger meist noch ganz warm. Jüngst hat es Jorge Argüello erwischt, den argentinischen Botschafter in den Vereinigten Staaten: abberufen nach nur einem Jahr und gen Lissabon verschoben. Seine Nachfolgerin Cecilia Nahón, Ende 30, hatte die *Cámpora* schon länger für eine Karriere im traditionsreichen Außenministerium vorgesehen. Nur wenige Monate nach der Wiederwahl hatte Paula Ferraris, die junge Chefin des strategisch wichtigen Sekretariats für internationale Koordination und Kooperation, einem guten Dutzend altgedienter Botschafter im fünften Stock des Palacio San Martín ihr Karriereende erklärt: „Die Diplomaten, die älter sind als 50 Jahre, sind nicht mehr haltbar. Wir müssen die Posten mit solchen militanten Mitstreitern besetzen, die es uns erlauben, eine Außenpolitik zu betreiben, die den Prozess des Wandels dieser neuen Etappe widerspiegelt.“¹⁸ Also wurde im großen Stil pensioniert – und schon war wieder Platz für treue Unterstützer der Präsidentin.

Auch die neue Botschafterin in den USA hat gute Kontakte nach ganz oben: Cecilia Nahón ist eine wichtige Vertraute von Vizewirtschaftsminister Axel Kicillof, der wiederum zu den wichtigsten Vertrauten der Präsidentin gehört. Die *Junge Welt* verehrt ihn als „neue[n] starken Mann der argentinischen Politik“ und „leidenschaftlichen Verteidiger

17 | „El avance de la *Cámpora*“, *La Nación*, 04.03.2012, <http://lanacion.com.ar/1453557> [21.01.2013].

18 | Rodrigo Lloret, „Purga en Cancillería para hacer lugar a los militantes“, *Perfil*, 23.03.2012, http://perfil.com/ediciones/2012/3/edicion_661/contenidos/noticia_0031.html [22.01.2013].

der Planwirtschaft“.¹⁹ Vor den Bürgern muss er sich allerdings zunehmend in Acht nehmen. Erst kürzlich, Anfang Februar, flüchtete er auf der Fähre von Montevideo nach Buenos Aires in die Kabine des Kapitäns. Mitreisende hatten ihn kräftig für seine Politik beschimpft und ihm mit den Fäusten gedroht.

Seinen offenkundig sehr besonderen Draht zur obersten Argentinierin verdankt er Máximo Kirchner. Kennengelernt haben sich die beiden an der Universität von Buenos Aires, wo Kicillof zur TNT und zur Bewegung 501 gehörte. TNT lässt sich wahlweise mit dem gleichnamigen Sprengstoff oder dem Spruch „Tontos Pero No Tanto“ (dumm, aber nicht so dumm) übersetzen. 501 steht für den Überdruß an der politischen Klasse um die Jahrtausendwende. Nur wer mehr als 500 Kilometer vom Wohnort und damit von der Urne entfernt ist, braucht in Argentinien nicht wählen zu gehen. So umgingen auch die Mitglieder von 501 der Wahlpflicht für alle. Sie versammelten sich und fuhrten gemeinsam die 501 Kilometer. Die Bewegung, eine Art Spaßguerilla auf argentinisch, zog junge Leute unterschiedlicher Couleur an. Nur Menemisten waren nicht willkommen. Aber Carlos Menem, der Präsident der 1990er Jahre, galt und gilt mit seiner als neoliberal gebrandmarkten Politik auch als Verantwortlicher des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Jahre 2001 und 2002. Ein Leitsatz aus dem 501-Statut lautete: „Die Politik kommt nicht von den Politikern, weil diese sie gekidnappt und geknebelt haben.“²⁰ Immer ging es darum, außerhalb des so genannten Systems zu bleiben. Bis heute sind die Namen der meisten Mitglieder unbekannt.

Kicillof führte TNT gemeinsam mit der Generalsekretärin Nahón. Als Vizewirtschaftsminister ist aus dem Theoretiker der Marxistischen Ökonomie ein Praktiker geworden – und ein Arbeitsvermittler. Nahóns früheren Posten im Außenministerium hat Augusto Costa bekommen, Kicillofs Vertrauter im Wirtschaftsministerium. Diesen wiederum ersetzt Mariana Laura González, seine Kollegin aus dem Centro de Estudios para el Desarrollo Argentino (Cenda), jenem Think Tank, der die Wirtschaftspolitik des Landes prägt. Frau

19 | Fernando Krakowiak, „Marxist mit Einfluss“, *junge Welt*, 19.11.2012, 9, <http://jungewelt.de/2012/11-19/021.php> [22.01.2013].

20 | Zitiert nach: „Kicillof: Los primeros años“, *7 Miradas*, 12.12.2012, <http://7miradas.com/?p=10260> [21.01.2013].

Kirchner entscheidet solche Personalien per Präsidentendekret.²¹ Oft geht es um strategisch wichtige und mit großen Budgets ausgestattete Posten, wie den des Generaldirektors für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Regierung, der vor einigen Monaten an Hernán Reibel Maier, einen Jugendfreund Máximos, ging. Die Präsidentin hatte auch diesen jungen Anhänger per Dekret ernannt, zum Missfallen der kritischen Presse. *Clarín*, die größte Tageszeitung des Landes, schrieb: „Jetzt verfügt Hernán Reibel Maier über den gigantischen Haushalt der offiziellen Propaganda, mit dem die Regierung getreue Medien protegert und sich dem unabhängigen und kritischen Journalismus verweigert, und zwar mit dem Ziel, ihn zu ersticken.“²² Wie Kicillof und viele andere Camporisten – der bekannteste ist Anführer und Gründungsmitglied Mariano Recalde – begann auch Reibel Maier seine Karriere bei dem 2008 verstaatlichten Unternehmen Aerolíneas Argentinas. Seither nehmen die Skandale kein Ende. Und natürlich gilt auch hier die alte Weisheit, die einst Woodward und Bernstein, die Reporter der *Washington Post* und Aufdecker der Watergate-Affäre, von ihrer Quelle „Deep Throat“ hörten: „Follow the Money!“ Der Staatsfirma geht es schlecht, sie macht millionenschwere Verluste. Doch sie war immer eine Art Berufsausbildungszentrum für Regierungsanhänger mit Ambitionen auf einen guten Posten. Kritische Beobachter beschreiben die Strategie so: Die Cámpora setzt Gefolgsleute an strategisch wichtige Stellen. Dann werden nach und nach weitere Getreue nachgeholt. Beim Generaldirektor Reibel Maier waren innerhalb kurzer Zeit 40 weitere Aktive unter Vertrag.

Der Staatsfirma Aerolíneas Argentinas geht es schlecht, sie macht millionenschwere Verluste. Doch sie war immer eine Art Berufsausbildungszentrum für Regierungsanhänger mit Ambitionen auf einen guten Posten.

DER POLITISCHE SPAGAT DER RIVALEN

Doch auch politisch mischt die Gruppe mit. Für die Parlamentswahl im Oktober – der Kongress erneuert alle zwei Jahre ein Drittel der Abgeordneten und Senatoren – stellt sich nicht die Frage, ob die Präsidentin und ihre Gefolgsleute die Kandidatenlisten der Partei selbst bestimmen

21 | „Un hombre de Kicillof ocupará el puesto de Cecilia Nahón en Cancillería“, *Infobae*, 28.01.2013, <http://infobae.com/notas/693556-.html> [02.02.2013].

22 | Leonardo Mindez, „Ahora La Cámpora tomó el control de la millonaria publicidad oficial“, *Clarín*, 21.02.2012, http://clarin.com/politica/_0_650334992.html [21.01.2013].

wollen. Ungewiss ist allein, wie viel Erfolg sie damit haben werden. Denn die Gouverneure werden unruhig. Die Kontrolle der Casa Rosada bereitet selbst Daniel Scioli Kopfzerbrechen, dem mächtigen Gouverneur der wichtigsten Provinz Buenos Aires. Nach seiner Wiederwahl im vergangenen Jahr hatte Cristina Kirchner ihm den Cámpora-Freund Gabriel Mariotto als Vizegouverneur ans Herz gelegt. Der hatte schon Karriere gemacht – zuerst als Journalist und Filmemacher, dann als Universitätsdozent und später als Chef der Medienbehörde. Dabei war er stets ein loyaler Kirchnerist geblieben. Mariotto hat mit Attacken auf seinen Chef Scioli längst landesweite Berühmtheit erlangt und somit das Vertrauen der Staatschefin zurückgezahlt. Einerseits blockieren er und seine Vertrauten, darunter der Cámpora-Mitbegründer José Ottavis, im Provinzparlament Gesetzesinitiativen. Andererseits sticheln sie öffentlich so sehr gegen Scioli und sein Team, dass es oft an Beleidigung grenzt. Als sich aus dem Senat der Provinz heraus Peronisten zusammenfanden, um mit der Organisation La Juan Perón eine Antwort auf die Cámpora zu finden, sagte Mariotto, es handele sich bei ihnen nur um Leute der Vergangenheit, die nicht verstanden hätten, dass sich 2003 mit dem Amtsantritt Néstor Kirchners „die Geschichte geändert“ habe.²³ Ottavis bückte sich noch ein bisschen tiefer. „Wenn es etwas gibt, das Néstor Kirchner und Cristina Fernández gelungen ist“, sagte der führende Camporist, „so ist es, die Ideologie in die Politik zurückzubringen.“²⁴

Unterstützt wird Scioli von einer Riege jüngerer Politiker, darunter Minister seines Provinzkabinetts. Die Gruppe DOS tritt allerdings, vermutlich auf Wunsch des Hoffnungsträgers, bislang kaum öffentlich in Erscheinung.

Scioli, der als Kandidat gilt, auf den sich die gespaltenen Peronisten für die nächste Präsidentenwahl 2015 einigen könnten, ignoriert die Angriffe. Unterstützt wird er von einer Riege jüngerer Politiker, darunter Minister seines Provinzkabinetts. Die Gruppe DOS – abgeleitet von den Initialen Daniel Osvaldo Sciolis – tritt allerdings, vermutlich auf Wunsch des Hoffnungsträgers, bislang kaum öffentlich in Erscheinung. Der Gouverneur steckt viel ein, ohne sich zu wehren – auch, aber nicht allein, weil seine Provinz Finanzhilfen der Nationalregierung zum Überleben braucht.

23 | „Mariotto y La Cámpora embisten contra ‚La Juan Domingo‘ de Scioli“, *Perfil*, 07.05.2012, http://perfil.com/contenidos/2012/05/07/noticia_0013.html [20.01.2013].

24 | Ebd.

Andere Gouverneure wie Daniel Peralta (Provinz Santa Cruz) und Juan Manuel De La Sota (Provinz Córdoba) haben mit Cristina Kirchner gebrochen und machen daraus auch kein Geheimnis. Scioli weiß, dass er am Ende, sollte er so weit kommen, nur als Mann des Ausgleichs die peronistischen Reihen hinter sich schließen kann. Er wird auch die Stimme der langjährigen Kirchnerwähler brauchen – und die werden keinen Rebellen unterstützen, der ihrer Cristina das Leben schwer gemacht hat. Oder, wie es der kirchneristische Kongressabgeordnete Edgardo Depetri formulierte: „Wer sich gegen Cristina stellt, verliert.“ Entweder werde sie 2015 noch einmal Präsidentin oder es werde „derjenige, für den sie sich entscheidet“.²⁵

Ein Weg zu noch mehr Macht ist die argentinische Sozialversicherung. Die Administración Nacional de la Seguridad Social, kurz Anses, ist seit 2008 wieder vollständig in staatlicher Hand. Sie zahlt Renten, Arbeitslosen- und Kindergeld, verteilt Baukredite, Laptops und Schulbeihilfen. Für Cristina Kirchner und die Cámpora ist sie aber wohl vor allem „das wichtigste politische Instrument dieser Regierung“.²⁶ Anses-Chef und Cámpora-Intimus Diego Bossio spielt es virtuos. Er hat Hunderte von Camporisten eingestellt und Hunderte von Anses-Büros in den Provinzen eröffnen lassen. Seinem Personal hat er aufgetragen, das soziale „Märchen weiterzuerzählen“, und zwar „von Haus zu Haus“.²⁷ In den vielen neuen Büros im ganzen Land gibt es auch Seminare für junge Leute. Dort sollen sie etwa lernen, Formulare richtig auszufüllen – in der Tat eine Herausforderung im überbürokratisierten Argentinien, in dem der Staat mehr und mehr wissen will. Bekannt werden aber zumeist andere Details der Fortbildungen. „Ihr könnt dem Staat von großer Nützlichkeit dabei sein, seine Sozialpolitik zu verbreiten“, hören die jungen Leute von ihren Lehrern.²⁸

Die argentinische Sozialversicherung zahlt Renten, Arbeitslosen- und Kindergeld, verteilt Baukredite, Laptops und Schulbeihilfen. Für Cristina Kirchner und die Cámpora ist sie „das wichtigste politische Instrument dieser Regierung“.

25 | Jesús A. Cornjeo, „Mariotto dijo que el reclamo de Scioli es ‚electoralista‘“, *La Nación*, 30.01.2013, 7.

26 | María Jastreblansky, „La Cámpora hace una ‚revolución‘ en la Anses“, *La Nación*, 05.10.2012, <http://lanacion.com.ar/1411557> [20.01.2013].

27 | Ebd.

28 | Ebd.

Und das geschieht nicht einmal heimlich. Auftritte von Anses-Chef Bossio sind stets gut inszeniert. Eingerahmt von Camporisten und anderen Fußtruppen der Präsidentin, oft in Begleitung bekannter Minister und von Cristina Kirchner selbst, verteilt er Wohltaten oder erklärt neue Richtlinien. Man stelle sich vor, der Chef einer deutschen Sozialbehörde würde, begleitet von der Bundeskanzlerin oder der Sozialministerin, an einem Wahlkampfstand Wohngeld an einzelne Bürger verteilen und sich dabei von der Jugendorganisation der Partei feiern lassen. Und das öffentlich-rechtliche Fernsehen übertrüge auf all seinen Kanälen mindestens eine Stunde lang live. Doch in Argentinien regt sich kaum jemand noch darüber auf. Denn die Cámpora sorgt schon lange für „politische Bildung“ in Grundschulen und Gymnasien. Die Direktion zur Stärkung der Demokratie, die dem Kabinettschef untersteht und deren Chef der Camporist Franco Vitali ist, hat sich das Spiel „Held der Gemeinschaft“ ausgedacht. Mit ihren Fahnen und Parteiensymbolen besuchen Camporisten die Schulen. Es tritt auf der „Eternaut“, militanter Camporist mit dem Gesicht von Néstor Kirchner. Eine Fünftklässlerin erinnert sich: „Das Ergebnis vom Spiel war, dass alles gut wird, wenn wir alle denselben Weg gehen, und zwar den der Regierung.“²⁹

DIE CÁMPORA MACHT SCHULE

Dabei ist politisches Engagement durchaus erwünscht und gesellschaftlich anerkannt. Die politische Jugend in Argentinien ist aktiv, es gibt weit mehr als 700 registrierte Parteien. Vor allem Universitäten sind stark politisiert. Die Wahlen der Studentenvertretungen finden fast ebenso viel mediale Aufmerksamkeit wie die der nationalen Parlamente. Die Militanz steht als Synonym für das, was in Deutschland als Ochsentour bezeichnet wird: das Hochkämpfen als Mischung aus Verantwortung für die Partei und Eigennutz, ein Mitgliederleben zwischen Plakatekleben, Wahlkampfstand im Regen, Versammlungen nach Feierabend und politischem Engagement im Kreistag. Der Peronismus ist, stärker als jede deutsche Partei, an Personen orientiert. Selbst Gouverneur Juan Manuel De La Sota hat nachgelegt und in Córdoba die junge Garde La Militante gründen lassen, und zwar von einer ganz engen

29 | Laura Serra, „La Cámpora realiza talleres políticos en escuelas públicas“, *La Nación*, 12.08.2012, <http://lanacion.com.ar/1498643> [20.01.2013].

Vertrauten: Adriana Nazario, seiner Gattin. La Militante managt die Jugendagentur in Córdoba, hat die Nationalheilige Evita Perón im Logo und bekennt sich zu „Einheit, Solidarität und Föderalismus“. Entscheidender als der Dreiklang aus Schlagwörtern ist der Anti-Kirchnerismus. Wer den nicht garantieren kann, hat in La Militante nichts zu suchen und wird schlimmstenfalls ausgeschlossen, wie Anfang 2012 die junge Provinzabgeordnete Marisa Gamaggio. Sie war den Mitgliedern mit guten Kontakten in die Nationalregierung unangenehm aufgefallen.

Andere Gruppen bekennen sich freilich nach wie vor zu Cristina Kirchner. Das *Movimiento Evita*, angeführt vom ehemaligen Arbeitslosenführer Emilio Pérsico, ist „ultra-kirchneristisch“ und gerät deshalb oft mit der C mpora aneinander. Man streitet um die Gunst der Präsidentin. Das *Movimiento* arbeitet vor allem in den Gemeinden und hat viel Einfluss bei der Verteilung von Sozialprojekten. Vor allem aber können P rsico und seine Leute etwa 70.000 Leute mobilisieren.³⁰ Für die Präsidentin ist dies nicht unerheblich. Hinzu kommt eine Reihe weiterer Organisationen, die sich durch die absolute Gefolgschaft zu Cristina Kirchner auszeichnen: Kolina, 2010 gegründet, untersteht den Ministerinnen D bora Giorgi (Industrie) und Alicia Kirchner (Soziales). Die Schwägerin der Präsidentin ist Herrin über das fünf Milliarden Peso schwere Programm Argentina trabaja (Argentinien arbeitet), das öffentlich finanzierte Jobs vergibt – 80 Prozent davon in der Provinz Buenos Aires. Kolina, mittlerweile als kirchneristische Partei zugelassen, soll so den kritischen Peronisten in der bevölkerungsreichsten Region des Landes (fast 14 Millionen Einwohner) die Listenplätze streitig machen, was angesichts der vielen guten Taten durchaus gelingen kann. Eine alte Weisheit lautet: Wer die Stimmen der Provinz gewinnt, gewinnt die Wahlen. Kritiker sagen, die Ministerin und ihre neue Partei sollten den Weg für die Aktivisten der C mpora freimachen.³¹

Eine alte Weisheit lautet: Wer die Stimmen der Provinz gewinnt, gewinnt die Wahlen. Kritiker sagen, die Ministerin und ihre neue Partei sollten den Weg für die Aktivisten der C mpora freimachen.

30 | Gabriel Sued, „El Movimiento Evita, otro polo de poder en el kirchnerismo“, *La Naci n*, 17.01.2012, <http://lanacion.com.ar/1441126> [21.01.2013].

31 | Ezequiel Spillman und Mariano Confalonieri, „Apuestan a Alicia para disputar contra el sciolismo“, *Perfil*, 20.05.2012, http://perfil.com/ediciones/2012/5/edicion_678/contenidos/noticia_0077.html [21.01.2013].

Nach dem Motto „Viel hilft viel“ gibt es zusätzlich noch *Nuevo Encuentro*, die kirchneristische Partei von Martín Sabbatella. Er ist Chef der umstrittenen Medienaufsichtsbehörde und zuletzt kurz vor Weihnachten aufgefallen – den meisten Argentinern unangenehm, der Präsidentin aber wohl angenehm. Es ging einmal wieder um das Mediengesetz, in dem Befürworter einen Beitrag zur Pressevielfalt sehen und Gegner einen Angriff auf den Clarín-Medienkonzern und den kritischen Journalismus. Gerade hatte das zuständige Gericht entschieden, die Umsetzung des Gesetzes weiter aufzuschieben. Sabbatella trat vor die Mikrofone, nannte das Urteil „eine Schande“ und sagte, die argentinische Justiz sei „kolonisiert von den Konzernen“.³² Sabbatella ist eine politische Größe in der Provinz Buenos Aires, er war jahrelang Kommunalpolitiker und saß als Abgeordneter im Kongress. Für die Präsidentin ist er ein wichtiger Wadenbeißer in der inoffiziellen Schlacht gegen Scioli und eine Art Testpilot für besondere Manöver. Denn nachdem Sabbatella die Richter attackiert hatte, entschied Cristina Kirchner, nun auch die Justiz „demokratisieren“ zu wollen.

Die Liste der mehrheitlich jugendlichen Unterstützerorganisationen lässt sich fast beliebig verlängern. Doch ein großer und gemischter Chor an Organisationen ist sinnvoll, wenn das regierungsschmeichelnde Konzert vielstimmig klingen soll. Allerdings wollen die jungen Kirchneristen im Kampf um das eigene Modell lieber als Einheit auftreten und haben deshalb im Herbst 2012 *Unidos y Organizados* (Vereint und Organisiert) gegründet, eine Art Dachorganisation, die die Politik der Präsidentin erklären und den Wahlkampf organisieren soll.

So groß die Angst vor der *Cámpora* auch ist, ganz gleich wie viel Einfluss ihr von Gegnern unterstellt wird – allein kann sie die notwendigen Massen nicht mobilisieren. Und so versucht sie, wenigstens die Richtung vorzugeben.

Denn so groß die Angst vor der *Cámpora* auch ist, ganz gleich wie viel Einfluss ihr von Gegnern unterstellt wird – allein kann sie die notwendigen Massen nicht mobilisieren. Und so versucht sie, wenigstens die Richtung vorzugeben. Als sich *Unidos y Organizados* zum ersten Mal im Kongress im neuen „Néstor-Kirchner-Saal der Jugend“ trafen, waren die Vorkämpfer der *Cámpora* tonangebend. Der korruptionsgeplagte Vizepräsident Amado Boudou war dabei, Julián Domínguez, der Präsident des Abgeordnetenhauses,

32 | Sebastian Abrevaya, „El fallo de la Cámara es una vergüenza“, *Página 12*, 07.12.2012, <http://pagina12.com.ar/diario/elpais/1-209410-2012-12-07> [20.01.2013].

Agustín Rossi, der Chef des Block K im Abgeordnetenhaus, Kabinettschef Juan Manuel Abal Medina, Innenminister Florencio Randazzo sowie die Cámpora-Mitbegründer Andrés Larroque und Eduardo de Pedro. So ganz jugendlich sind die Männer zwar allesamt nicht mehr (allenfalls berufsjugendlich wie einst die SED-Genossen im blauen FDJ-Hemd), dafür aber gerade ungemein mächtig. Und wenn es nach ihnen geht, bleibt das auch eine Weile noch so. „Damit sich niemand wundert“, sagte Larroque in dieser Runde: „Die Führerin ist Cristina, und wenn es ein Unterkommando gibt, dann ist das die Militanz.“³³ Und militant ist für einen Camporisten nur: die Cámpora.

33 | Mariano Confalonieri und Emilia Defino, „Lanzaron orgánicamente el cristinismo puro, fuera del PJ“, *Perfil*, 16.09.2012, http://perfil.com/ediciones/2012/9/edicion_711/contenidos/noticia_0048.html [21.01.2013].



Winfried Weck ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ecuador.

WAHLEN IN ECUADOR

PRÄSIDENT CORREAS WAHLSIEG ERMÖGLICHT UNGEBREMTE FORTSETZUNG DER „BÜRGERREVOLUTION“

Winfried Weck

Der amtierende Präsident Ecuadors, Rafael Correa, hat bei den Präsidentschaftswahlen vom 17. Februar 2013 mit 57,17 Prozent bereits im ersten Wahlgang ohne Probleme die absolute Mehrheit erreicht und sich damit klar gegen seine sieben Mitbewerber durchgesetzt. Zugleich errang seine Bewegung Alianza PAÍS sogar die Zwei-Drittel-Mehrheit in der Asamblea Nacional, dem nationalen Parlament Ecuadors.

So gut wie niemand in und um Ecuador zweifelte daran, dass Rafael Correa erneut zum Präsidenten gewählt werden würde. Die Frage war nur: Wie hoch würde sein Sieg ausfallen, würde ein zweiter Wahlgang notwendig werden und wie würden sich die Mehrheitsverhältnisse im ebenfalls neu zu wählenden Parlament gestalten? Obwohl das amtliche Endergebnis der Präsidentschaftswahlen erst am 8. März von der Nationalen Wahlkommission (Consejo Nacional Electoral, CNE) veröffentlicht wurde, hatten sich die ersten Hochrechnungen des Wahlabends allein schon aufgrund der Deutlichkeit des Ergebnisses bestätigt: Rafael Correa und sein Vizepräsidentenwahlkandidat Jorge Glas gingen mit 57,17 Prozent als klare Sieger aus dem ersten Wahlgang hervor. Der bürgerliche Kandidat Guillermo Lasso, der erstmals mit seiner neuen politischen Bewegung CREO zur Wahl angetreten war, folgte als Zweitplatzierter und erzielte 22,68 Prozent. Das sind einerseits dramatische 34 Prozentpunkte weniger als Correas Traumresultat, andererseits aber konnte Lasso sich mit diesem Ergebnis deutlich von den anderen Kandidaten absetzen. So erreichte der ehemalige Präsident Lucio Gutiérrez mit nur 6,73 Prozent den dritten Platz, gefolgt vom zweiten bürgerlichen Kandidaten Mauricio Rodas mit 3,90 Prozent, dem Bananenmagnaten

Álvaro Noboa mit 3,72 Prozent, dem sozialistischen Gemeinschaftskandidaten Alberto Acosta mit 3,26 Prozent, dem Sozialdemokraten Norman Wray mit 1,31 Prozent und schließlich dem Pastor Nelson Zavala mit 1,23 Prozent.

Tabelle 1

Ergebnisse der Parlamentswahlen in Ecuador 2013

Kandidat	Stimmen	in Prozent	davon Männer	in Prozent	davon Frauen	in Prozent
Rafael Correa Delgado	4.918.482	57,17	2.390.913	56,54	2.527.569	57,79
Guillermo Lasso	1.951.102	22,68	977.474	23,12	973.628	22,26
Lucio Gutiérrez	578.875	6,73	308.806	7,30	270.069	6,17
Mauricio Esteban Rodas Espinel	335.532	3,90	144.358	3,41	191.174	4,37
Álvaro Noboa	319.956	3,72	166.202	3,93	153.754	3,52
Alberto Acosta	280.539	3,26	139.505	3,30	141.034	3,22
Norman Wray	112.525	1,31	51.818	1,23	60.707	1,39
Nelson Zavala	105.592	1,23	49.656	1,17	55.936	1,28

Quelle: CNE Ecuador.

In ersten Verlautbarungen verkündete Rafael Correa, er werte dieses Wählervotum als Auftrag, den bisher eingeschlagenen Wirtschaftskurs seiner Regierung fortzusetzen. Zugleich überraschte er die Hörschaft des kolumbianischen Radiosenders *LaFM*, dem er als erstem ausländischen Sender ein Interview gab, mit der Erklärung, er werde sich im Jahr 2017 nicht erneut um die Präsidentschaft bewerben, da die ecuadorianische Verfassung keine dritte Amtsperiode in Folge zulasse. Mit dieser Äußerung ausgerechnet gegenüber einem nicht-ecuadorianischen Sender wandte sich Correa offensichtlich gegen die vor allem in internationalen Kreisen diskutierte Vermutung, dass er im Falle eines erneuten Wahlsieges 2013 die Verfassung ändern werde, um 2017 erneut kandidieren zu können.¹

1 | Zugleich kann es als politisches Signal gutnachbarschaftlicher Beziehungen gewertet werden, dass er gerade einem kolumbianischen Sender das erste Interview gewährte und nicht etwa einem venezolanischen oder kubanischen Radio. Im gleichen Interview ging Correa auf die ecuadorianisch-kolumbianischen Beziehungen ein, die sich „trotz aller ideologischen >

Guillermo Lasso, der sich als zweiter Sieger des Wahltages präsentierte, will die Oppositionsführung übernehmen. In dieser Rolle sieht sich aber auch der zweite Kandidat der bürgerlichen Opposition, Mauricio Rodas.

Die andere wichtige Pressemeldung kam bereits am Wahlabend vom Zweitplatzierten Guillermo Lasso, der seine Pressekonferenz in der größten Stadt des Landes, Guayaquil, gab. „Wir sind bei Null gestartet und zur

zweiten politischen Kraft in Ecuador aufgestiegen“, sagte Lasso, der sich als zweiter Sieger des Wahltages präsentierte. Er selbst wolle die Oppositionsführung übernehmen. In dieser Rolle sieht sich aber auch der zweite Kandidat der bürgerlichen Opposition, der junge Rechtsanwalt Mauricio Rodas. Die knappen vier Prozent der Wählerstimmen, die er auf sich vereinen konnte, betrachtet er als großen Erfolg und Ansporn, sein politisches Projekt SUMA fortzusetzen und landesweit auszubauen.

SICHERE ZWEI-DRITTEL-MEHRHEIT DER REGIERUNG IM PARLAMENT

Die künftige Zusammensetzung der Asamblea Nacional ist nicht nur eine Folge des klaren Sieges der Präsidentenbewegung Alianza PAÍS, die insgesamt etwa 52 Prozent der Stimmen erhalten hat,² sondern auch das Ergebnis einer Kombination aus dem neuen Wahlsystem nach Landes- und Provinzlisten und dem neu eingeführten Zählverfahren nach D’Hont für die Zuteilung der meisten Abgeordnetensitze, das in der Regel größere Parteien bevorzugt. Aufgrund dieser Wahlordnung werden der Alianza PAÍS 100

Differenzen“ zwischen seiner Regierung und der des kolumbianischen Präsidenten Santos in einem „außergewöhnlichen Momentum“ befänden (*El Comercio*, 19.02.2013). Möglicherweise stellt das Interview ein weiteres Indiz dafür dar, dass es nicht im zentralen Interesse Correas liegt, künftig die Führungsrolle der lateinamerikanischen neuen Linken und der ALBA zu übernehmen. Gegen derartige Ansinnen sprechen nicht nur mehrere öffentliche Äußerungen seinerseits, sondern auch sein von Nationalismen geprägter politischer Diskurs, in dem der Begriff Sozialismus so gut wie nie vorkommt.

2 | Aufgrund des Wahlrechts, das eine andere Auszählformel für die 15 über nationale Listen gewählten Abgeordneten vorsieht (Webster) als für die 103 über Provinzlisten (D’Hont), hat der CNE auch kein Gesamtergebnis für die Parlamentswahlen in Prozent veröffentlicht. Bei den Wahlen der 15 Abgeordneten auf nationaler Ebene entfielen auf Alianza PAÍS 53,17 Prozent, CREO 11,56 Prozent, PSC 9,35 Prozent, PRE 4,98, PSP 4,97 Prozent, die Vereinigte Linke 4,71 Prozent, SUMA 3,34 Prozent, Avanza 2,88 Prozent, PRIAN 2,73 Prozent, Ruptura 2,51 Prozent und die Sozialistische Partei 0,73 Prozent.

der 137 Abgeordnetensitze (72 Prozent) zu-
fallen. Sie hat damit eine Zwei-Drittel-Mehr-
heit und könnte auch ohne Koalitionspartner
Verfassungsänderungen verabschieden. Die

**Die Alianza PAÍS hat eine Zwei-Drittel-
Mehrheit und könnte auch ohne Koa-
litionspartner Verfassungsänderungen
verabschieden.**

Wahlbehörde CNE nahm sich für die Auszählung viel Zeit. Sie wollte die fatalen Fehler, die ihr während des Registrierungsprozesses der politischen Parteien und Bewegungen als Voraussetzung zur Teilnahme an den Wahlen unterlaufen waren und wochenlange harsche und zynische Kritik hervorriefen, unbedingt vermeiden.³ Erst am 27. März, also 38 Tage nach den Wahlen am 17. Februar, wurden das amtliche Endergebnis und gleichzeitig die Liste aller in die Asamblea Nacional einziehenden Parlamentarier veröffentlicht. Dennoch nahm auch hier die Hochrechnung, die die Nichtregierungsorganisation Participación Ciudadana (Bürgerbeteiligung), ein Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung, bereits 30 Stunden nach Schließung der Wahllokale vorlegte, das Endergebnis (zumindest in seiner Höhe und Auswirkung) vorweg.

Die neue bürgerliche Bewegung CREO (Lasso) erringt demnach elf Sitze, gefolgt von der Partido Social Cristiano (PSC, die schon vor den Wahlen eine Koalition mit CREO eingegangen ist, diese aber im Parlament wohl nicht fortsetzen wird) mit sechs Mandaten und der populistischen Partei PSP des ehemaligen Staatspräsidenten Gutiérrez mit fünf Sitzen. Ebenfalls fünf Sitze erhalten die sozialistisch orientierte politische Vertretung der indigenen Bevölkerung namens Pachakutik (als Teil der Vereinigten Linken) sowie die ebenfalls im linken Spektrum zu verortende und Rafael Correa unterstützende neue Bewegung Avanza. Je einen Sitz nehmen die traditionelle PRE des ehemaligen Präsidenten Bucaram und die ebenfalls neue Zentrumsbewegung SUMA des Präsidentschaftskandidaten Mauricio Rodas ein. Die restlichen drei Sitze verteilen sich auf regionale Bewegungen.

3 | Der Vorsitzende des CNE, Domingo Paredes, hatte bereits am Tag nach den Wahlen verkündet, dass die nationale Wahlbehörde keine Zwischenergebnisse oder gar Hochrechnungen hinsichtlich der Parlamentswahlen herausgeben werde, bevor nicht 100 Prozent aller Stimmen ausgezählt und alle gewählten Abgeordneten bestätigt seien, was noch mehrere Tage in Anspruch nehmen werde.

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN VOR DEN WAHLEN

Ecuadors Präsidiāldemokratie hat sich unter der Ägide von Raffael Correa zu einer Präsidiālautokratie entwickelt. Was sich mit der Absetzung des Parlaments und der Ausarbeitung der neuen Verfassung im Jahr 2007 abzeichnete, hat sich seitdem in immer stärkerem Maße verfestigt: die Konzentration der staatlichen Macht auf die Person des Präsidenten. Zum einen ist dies auf seine Persönlichkeitsstruktur zurückzuführen, zum anderen auf sein politisches Handeln. Correas Selbstdefinition erfolgt nicht durch eigene politische Profilbildung, sondern durch die Bekämpfung jeglicher Form von Kritik an seiner Amtsführung als

Correas Politik hat zur Anwendung von Verfassungsregelungen *al gusto*, zur Ausschaltung der organisierten Zivilgesellschaft als kritische Masse und zu erheblichen Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit geführt.

Angriff auf seine persönliche Ehre und die vom ihm proklamierte *revoluci3n ciudadana* (Bürgerrevolution), dem Motto seines politischen Programms. Seine Form der Politikgestaltung hat mittlerweile zu einer politischen Neutralisierung des Ein-Kammer-Parlaments, zur Gleichschaltung des Justizapparats und

damit einhergehend zur Anwendung von Verfassungsregelungen *al gusto*, zur Ausschaltung der organisierten Zivilgesellschaft als kritische Masse und zu erheblichen Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit geführt. Von einer Teilung der fünf Gewalten kann keine Rede mehr sein – neben Exekutive, Legislative und Judikative hat die ecuadorianische Verfassung von 2008 zwei zusätzliche staatliche Gewalten eingeführt, die Nationale Wahlbehörde („elektorale“ Gewalt) und verschiedene Institutionen für Transparenz und soziale Kontrolle (womit die Zivilgesellschaft Verfassungscharakter erhalten hat). Die exekutive und legislative Macht in Ecuador konzentriert sich heute auf die Person Rafael Correas, und auch die Unabhängigkeit der Judikative muss infrage gestellt werden.

Das nationale Parlament – in der Verfassung von 2008 erstmals Asamblea Nacional genannt – ist politisch de facto bedeutungslos, und dies aus drei Gründen: Erstens regiert der Präsident in Form von Dekreten mit Gesetzescharakter, die von der bisherigen Mehrheit der Regierungskoalition (Correas Bewegung Alianza PAÍS sowie zwei weitere Linksparteien) stets mitgetragen worden sind, und mit der Ausrufung von Ausnahmezuständen. Zwar erkennt die ecuadorianische Verfassung nur die klassischen Gründe

wie Kriegsfall oder Naturkatastrophen als Grund für die Ausrufung eines Ausnahmezustandes an, doch nutzt der Präsident dieses Instrumentarium intensiv und in allen politischen Bereichen bis hin zum Sport und zum Parlament selbst. Bislang wurde bereits über 180 Mal der Ausnahmezustand ausgerufen, obwohl die Verfassungslogik nur *eine* nationale Notstandsituation vorsieht. Im Geltungszeitraum des Ausnahmezustands gehen sowohl die Haushaltshoheit als auch die Finanzkontrolle vom Parlament auf den Präsidenten über. Das Parlament ist derzeit somit von jeglicher politischer wie haushalterischer Beteiligung an über 180 Politikbereichen ausgeschlossen. Die parlamentarische Regierungsmehrheit blockierte alle Versuche der Opposition, dieses Vorgehen auch nur in Frage zu stellen. Dies leitet zu einem zweiten Grund für die Machtlosigkeit des Parlaments über: Mit dem kritikfreien Agieren der Regierungskoalition und wegen der völligen Uneinigkeit der Oppositionsfraktionen, vor allem aufgrund der Priorisierung persönlicher Interessenlagen der einzelnen Parlamentarier, sind die Abgeordneten, ihre Fraktionen und letztendlich die gesamte Asamblea in den Augen der Öffentlichkeit desavouiert.

Wegen der völligen Uneinigkeit der Oppositionsfraktionen sind die Abgeordneten, ihre Fraktionen und letztendlich die gesamte Asamblea in den Augen der Öffentlichkeit desavouiert.

Die Geschehnisse um die Urteilsfindung im Prozess des Staatsbürgers Rafael Correa gegen die Eigentümer und den Herausgeber der Tageszeitung *El Universo* im September 2011 demonstrierten zudem in anschaulicher Weise, wie es mittlerweile um die Freiheit der Medien sowie um Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit in Ecuador bestellt ist.⁴

4 | Nachdem der Herausgeber der größten ecuadorianischen Tageszeitung *Universo* in einem Meinungsartikel den Präsidenten mehrfach als Diktator bezeichnet hatte, leitete dieser gerichtliche Schritte gegen ihn und die drei Eigentümer der Zeitung ein und forderte 80 Millionen US-Dollar Schmerzensgeld. Nach Abschluss der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft im Juli 2011 benötigte der zuständige Richter erstaunlicherweise nur zwei Tage für die Sichtung der 6.000 Seiten Untersuchungsakten und für die Verurteilung der *Universo*-Angeklagten zu 40 Millionen US-Dollar Strafe und drei Jahren Haft. Noch pikanter wurde dieser Sachverhalt, als der *Universo*-Anwalt herausfand, dass der Urteilstext nicht auf der Festplatte des Richters abgelegt, sondern extern via USB übertragen worden war, und zwar auf einer Software (Chucky Seven), die nicht vom Gericht verwendet wird, dafür aber von Correas Anwälten. Ungeachtet dessen wurde die Verurteilung zwei Monate später von einem Richterergremium mit zwei gegen eine Stimme bestätigt.



Rafael Correa in einem Interview zu Julian Assange: Der Wikileaks-Gründer war in die Botschaft Ecuadors in London geflüchtet, um einer Auslieferung nach Schweden zu entgehen. | Quelle: © Santiago Armas, Presidencia Ecuador, dpa.

Medienfreiheit im Sinne eines europäisch-nordamerikanischen Demokratieverständnisses gibt es heute in Ecuador nicht mehr. Im Jahr sieben des *correísmo* ist eine kritische Berichterstattung ohne Regierungsintervention sehr schwierig geworden. Journalisten, die sich kritisch zur Politik des Präsidenten äußern, sind offiziellen Anfeindungen und Bedrohungen des Präsidenten selbst oder seiner Administration ausgesetzt. Der Fall *Universo* ist das krassste und auch international bekannteste Beispiel für diese Entwicklung, aber eben kein Einzelfall. Kritische TV- und Radiosender oder Zeitungen wurden geschlossen oder von der Regierung konfisziert, kritische Chefredakteure mit Morddrohungen konfrontiert. Der Medienapparat der Regierung, der sich zu Beginn der Amtszeit Correas auf einen einzigen Radiosender (*Radio Nacional de Ecuador*) beschränkte, umfasst heute auf nationaler Ebene fünf TV- und vier Radiosender sowie drei Tageszeitungen, vier Magazine und eine Nachrichtenagentur. Zudem werden alle Rundfunkmedien regelmäßig verpflichtet, offizielle Verlautbarungen des Präsidenten zeitgleich auf allen Kanälen zu übertragen. Zwischen Januar 2007 und Mai 2011 wurden insgesamt 1.025 dieser *cadena*s mit einer Sendezeit von mehr als 150 Stunden übertragen. Die *cadena*s, die ursprünglich zur Verbreitung wichtiger Meldungen in Notstandssituationen dienten, werden heute als Medium der Propaganda und Konfrontation genutzt. Umso durchsichtiger und offensichtlicher war

der Publicity-Rummel um die skurrile politische Romanze zwischen Rafael Correa und Julian Assange im Sommer 2012. Der Wikileaks-Gründer war in die Botschaft Ecuadors in London geflüchtet, um einer Auslieferung nach Schweden zu entgehen, wo er sich wegen sexueller Vorwürfe vor Gericht verantworten muss. In diesem selbstgewählten Exil befindet er sich bis heute. Ein ecuadorianischer Journalist brachte diese Farce auf einen einfachen Nenner: Wäre Assange Ecuadorianer, säße er schon längst im Gefängnis.

In Gefahr ist aber nicht nur die Pressefreiheit, sondern es geht sogar um den Erhalt der Meinungsfreiheit. Denn derzeit stehen nahezu 200 Personen indigener Herkunft – die meisten davon Verbandsfunktionäre – unter Terrorismus-Anklage wegen kritischer Äußerungen zur Regierungspolitik. Eine öffentliche, regierungskritische Meinungsäußerung kann im heutigen Ecuador durchaus mit Gefängnis sanktioniert werden. Der Protest des Bürgers wird kriminalisiert. Und der Protest der organisierten Zivilgesellschaft gegen diese Entwicklungen bleibt aus. Nicht-Regierungsorganisationen finden sich zwar auf allen staatlichen Ebenen (Gemeinde-, Provinz- und Landesebene), sie haben aber in der täglichen Praxis keinen Einfluss auf die Politikgestaltung. Die Gründe hierfür sind vielschichtig: Zum Einen hat es in Ecuador bisher nie ein funktionsfähiges, effizientes System der Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft am politischen Willensbildungsprozess im Sinne einer pluralistischen Demokratie gegeben, weil es bisher sowohl den Legislativen als auch den Interessenvertretungen selbst an diesbezüglichem Problembewusstsein und an den Kenntnissen über die Organisation pluralistischer Meinungsbildungsprozesse gemangelt hat. Zugleich teilen Verbände das Schicksal des *caudillismo* mit den traditionellen Parteien: Häufig genug steht und fällt eine NRO mit ihrer Gründungspersönlichkeit und/oder dem jahrzehntelangen Vorsitzenden und dessen individueller Interessenlage. Innerverbandliche Demokratie existiert nicht, und die Selektion, Aggregation und Artikulation von Partikularinteressen findet nicht statt. Das Aufblühen und Erstarken der Indígena-Bewegung in den 1990er und frühen 2000er Jahren konnte über diese strukturellen Defizite nur zeitweise hinwegtäuschen. Zum anderen wirkt der polarisierende

Der Protest des Bürgers wird kriminalisiert. Und der Protest der organisierten Zivilgesellschaft gegen diese Entwicklungen bleibt aus. Nicht-Regierungsorganisationen haben in der täglichen Praxis keinen Einfluss auf die Politikgestaltung.

Effekt des Präsidenten tief in die Verbände hinein und hat erheblich dazu beigetragen, dass viele, insbesondere auf der nationalen Ebene aktive Interessensvertretungen aufgrund interner Zwistigkeiten heute politisch marginalisiert sind. Ein Beispiel dafür sind die Indigenenverbände. Viele kritische Ecuadorianer glauben ohnehin, dass die Ausschaltung der Zivilgesellschaft von Anfang an im politischen Kalkül des Präsidenten lag und damit begann, dass er die organisierte Zivilgesellschaft in der Verfassung von 2008 zur fünften staatlichen Gewalt machte und sie damit ihrer wesentlichen Eigenschaft, eben „Nicht-Regierung“ zu sein, beraubte.

Das traditionelle Parteiensystem Ecuadors ist mit dem Niedergang und dem Ausscheiden der christdemokratischen Partei aus dem politischen Leben Ecuadors (ca. 2002 bis 2007), dem Aufbau und der flächendeckenden Präsenz der populistischen Partido Sociedad Patriótica (PSP) des ehemaligen Präsidenten Lucio Gutiérrez (2003-2005), dem plötzlichen Erscheinen der links-orientierten Bewegung Alianza PAÍS als der politischen Kraft hinter Staatspräsident Correa (seit 2007) und der damit einhergegangenen Schwächung der traditionellen Linksparteien einem rudimentären Wandel unterworfen worden. Dieser fand erst mit dem umstrittenen Einschreibungsprozedere aller bereits existierenden sowie neugegründeten Parteien und Bewegungen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen einen vorläufigen Abschluss.

In Sachen Wohlstandssteigerung hat die Regierung Correa einerseits wichtige Maßnahmen umgesetzt. Andererseits profitiert sie von der Einführung des US-Dollars und vom hohen Erdölpreis.

Die letzte Dekade war von einer spürbaren Wohlstandssteigerung für praktisch alle sozialen Schichten geprägt, die im Alltag zu spüren ist. Hier hat die Regierung Correa einerseits wichtige und angesichts der Geschichte

Ecuadors durchaus revolutionäre Maßnahmen umgesetzt, etwa im Bereich des Arbeitnehmerschutzes, der Steuererhebung, des Sozialsystems oder im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen. Andererseits profitiert die Regierung bis heute von den stabilisierenden Effekten der Einführung des US-Dollars als nationale Währung im Jahr 2000 und vom hohen Erdölpreis der letzten Jahre. Praktisch alle Ecuadorianer ziehen einen hohen Nutzen aus den sozialen Innovationen, den umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen und der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die

Kehrseite zeigt sich in einem erheblichen Anstieg der Auslandsverschuldung und dem Vorverkauf der Erdölförderung (vor allem an China) über Jahre hinaus zur Finanzierung dieser *revolución ciudadana* genannten Politik sowie der immens aufgeblähten staatlichen Administration. Zudem beunruhigen viele Endverbraucher sowie Teile der Wirtschaft die immer höheren Importzölle auch für Güter, die in Ecuador nicht hergestellt werden.

WAS VORHER PASSIERTE: DRAMATURGIE EINER WAHLVORBEREITUNG

Nahezu das gesamte politische Jahr 2012 drehte sich direkt oder indirekt um die für den 17. Februar 2013 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Dabei stand der im April eröffnete und bis Anfang November andauernde Prozess der Formierung alter und neuer politischer Kräfte und Allianzen im Zentrum der politischen Diskussion und des öffentlichen Interesses.

Der Skandal um die Legalisierung der politischen Akteure

Am 6. Februar 2012 trat das als Código de la Democracia (Demokratie-Kodex) bekannte Gesetz über Wahlen und politische Organisationen in Ecuador (Ley orgánica electoral y de organizaciones políticas del Ecuador) in Kraft. Dieses Gesetz, das von der Regierungsmehrheit im Parlament verabschiedet und dann nochmals vom Präsidenten selbst modifiziert wurde, regelte die zeitlichen Fristen und die Durchführung des Wahlprozesses (Einführung von D'Hont für die Wertung der Provinzlisten bei den Parlamentswahlen) sowie die (erhöhten) Zuständigkeiten der Wahlbehörde CNE, beinhaltete deutliche Einschränkungen der Medienfreiheit in der Vorwahlzeit und definierte die Voraussetzungen und das Prozedere für die Registrierung von politischen Parteien und Bewegungen: Bis zum 18. Juli 2012 mussten politische Organisationen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene dem CNE die gültigen Unterschriften von mindestens 1,5 Prozent aller Wahlberechtigten (des Wahljahres 2009) der jeweiligen staatlichen Ebene als Mitglieder (im Falle von Parteien) oder Sympathisanten (im Falle

Der Demokratie-Kodex beinhaltete deutliche Einschränkungen der Medienfreiheit in der Vorwahlzeit und definierte die Voraussetzungen und das Prozedere für die Registrierung von politischen Parteien und Bewegungen.

politischer Bewegungen) vorlegen, um registriert zu werden und damit als Rechtspersonen mit Präsidentschafts- und Parlamentskandidaten an den Wahlen teilnehmen zu können (auf nationaler Ebene bedeutete dies die Vorlage von 157.984 gültigen Unterschriften). Gemäß der ersten offiziellen Veröffentlichung des CNE am 19. Juli gaben 43 Parteien und Bewegungen 3.036.808 Unterschriften ab (dies entspricht knapp 30 Prozent aller Wahlberechtigten). Die Voraussetzungen für die Registrierung erfüllten erwartungsgemäß die Regierungsbewegung Alianza PAÍS sowie vier weitere Bewegungen und sechs Parteien auf nationaler Ebene.

Der Skandal um die Einschreibung nahm erst in dem Moment seinen Anfang, als der CNE am 27. Juli einen Weblink veröffentlichte, der jedem Bürger die Möglichkeit gab, alle von den politischen Parteien und Bewegungen eingereichten Unterschriftenlisten einzusehen. Schon am ersten Tag meldeten sich 293 Bürgerinnen und Bürger, die ihre Unterschrift auf Listen wiederfanden, die sie nie gezeichnet hatten. Zudem bestand ein Großteil dieser ersten Gruppe aus Mitarbeitern aller Arbeitsebenen des CNE und seiner verschiedenen Provinzrepräsentationen, die sich laut Demokratie-Kodex nicht an den Registrierungen beteiligen durften und daher ein enormes Eigeninteresse hatten, an die Öffentlichkeit zu gehen und sich so von jeglichem Verdacht freizusprechen. Diese erste Welle falscher oder gar gefälschter Unterschriften löste einen Anfrageboom auf die CNE-Webseite⁵ aus. Innerhalb weniger Tage liefen bei der Staatsanwaltschaft 43.533 Klagen wegen Unterschriftenfälschung ein.⁶ Einige Fälle, insbesondere von höchsten Regierungsmitgliedern und nationalen Abgeordneten bis hin zum Parlamentspräsidenten, die ihre Unterschriften auf Listen von politischen Gegnern wiederfanden, waren in der Tat so skurril und unwahrscheinlich, dass es sich nicht nur um Unterschriftenfälschung handeln konnte.

Als einer der ersten meldete sich Staatspräsident Correa zu Wort, der diese Vorfälle als eine der größten Betrügereien der *partidocracia* („Parteiokratie“) verurteilte. In einer

5 | Consejo Nacional Electoral, offizielle Website, <http://cne.gob.ec> [30.04.2013].

6 | Anfang September betrug die Zahl der Klagen über 73.000. „La Fiscalía dice que tiene indicios de responsables de firmas falsas“, *El Comercio*, 15.08.2012.

Verlautbarung vom 28. Juli sprach er von Unternehmen, die Unterschriften raubten und an skrupellose Politiker verkauften.⁷ Zugleich stellte er fest, dass seine Bewegung Alianza PAÍS es nicht nötig habe, Unterschriften zu fälschen, und dies auch nie tun würde.⁸ Im selben Kommuniké sprach er auch den CNE von jeglicher Schuld frei. Die Vertreter der Oppositionsparteien wiesen alle Schuld von sich und bezichtigten wiederum den CNE des Betrugs und der Manipulation der Ergebnisse. In der Tat ist laut Artikel 320 des Demokratie-Kodex die Wahlbehörde

CNE für die Überprüfung der Unterschriften zuständig, und es ist auch richtig, dass alle fünf im November 2011 ernannten Räte des CNE aus dem Umfeld der Regierung Correa

Die von mehreren Parteien und Bewegungen genutzte Praxis, Unterschriftensammler einzustellen und diesen für jede Unterschrift 40 Cent zu bezahlen, lud nachgerade zur Fälschung ein.

stammen. Doch hatte der gesamte Unterschriftenskandal mehrere Ursachen: Zum einen florierte der Handel mit Daten, in den auch Mitarbeiter des CNE verstrickt gewesen sein sollen. Zum anderen lud die von mehreren Parteien und Bewegungen genutzte Praxis, Unterschriftensammler einzustellen und diesen für jede Unterschrift 40 Cent zu bezahlen, nachgerade zur Fälschung ein – wie im Übrigen das System der Registrierung von politischen Organisation durch die Sammlung Tausender Unterschriften per se zum Betrug einlädt, wie sich in vielen Ländern gezeigt hat.

Hauptverantwortlich für den Unterschriftenskandal scheint aber das vom CNE bereits 2009 benutzte und mittlerweile völlig veraltete Software-Programm gewesen zu sein, das aufgrund defekter Sicherheitsfilter der Manipulation Tür und Tor geöffnet haben soll. Anders ist auch das Ausmaß der aufgedeckten Fälschungen von insgesamt 34 Prozent aller abgegebenen Unterschriften (bis heute)⁹ kaum erklärbar: Die von ihrem Chef Correa bereits vorab von aller Schuld freigesprochene Alianza PAÍS gab insgesamt 1.047.808 Unterschriften ab, wovon sich nach der ersten Revision von zehn Prozent aller abgegebenen Listen hochrechnen ließ, dass davon über 356.000 ungültig waren. Damit erreichte die Alianza PAÍS mit knapp 700.000 gültigen Unterschriften auf Anhieb und ohne Probleme, aber

7 | „Rafael advierte que falsificación dejaría afuera a grupos inscritos“, *El Universo*, 29.07.2012.

8 | Ebd.

9 | „Alianza País, sola en la papeleta electoral?“, *El Comercio*, 08.08.2012.

fatalerweise als einzige politische Organisation, die Registrierung. Allen anderen Parteien und Bewegungen, die zunächst vom CNE als registriert deklariert worden waren, da sie zwischen 157.984 und 185.958 Unterschriften abgegeben hatten, fehlten nun zwischen 35.215 und 53.678 Unterschriften.¹⁰ Daraufhin blieb dem CNE nichts anderes übrig, als am 6. August zu entscheiden, dass alle politischen Kräfte die Möglichkeit erhielten, bis zum 24. September Unterschriften nachzuliefern, alle bereits abgegebenen Unterschriften manuell nachgeprüft werden und alle politischen Organisationen Zugang zu diesem Verfahren erhalten sollten.

Dass sich der Beginn des manuellen Prüfprozesses dann bis Anfang September hinzog und sechsmal verschoben werden musste, erklärte der CNE-Vorsitzende Domingo Paredes mit technischen Problemen, was die These von der fehlerhaften Software nur noch erhärtete. Zumindest schritt dann der Prüfprozess dank 2.400 kurzfristig eingestellter Mitarbeiter zügig voran, sodass bis zum 10. Oktober nahezu alle Parteien und Bewegungen, die bereits im Juli die voreilige Registrierungszusage erhalten hatten, verifiziert werden konnten.¹¹ Einzig die in der politischen Mitte angesiedelte neue Bewegung Concertación verfehlte dieses Ziel um etwa 3.000 Unterschriften. Insgesamt erreichten 73 von 166 politische Organisationen (davon elf nationale Parteien und Bewegungen) die Registrierung als juristische Personen, 93 qualifizierten sich nicht. Am 18. Oktober rief der CNE offiziell für den 17. Februar die Wahlen zur ecuadorianischen Präsidentschaft, zur Asamblea Nacional und zum Andenparlament¹² aus. 11.558.237 Ecuadorianer waren zur Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten sowie von 137 nationalen und fünf andinen Abgeordneten

10 | Ebd.

11 | Im Endergebnis zeigte sich beispielsweise bei der Alianza PAÍS, dass insgesamt sogar 1.534.264 Unterschriften abgegeben worden waren, von denen 302.134 von der Bewegung selbst annulliert wurden, sodass insgesamt 826.812 Unterschriften oder 53,88 Prozent als gültig anerkannt wurden, was im Umkehrschluss eine Rate von 46,12 Prozent ungültiger Unterschriften bedeutete. Vgl. „A. País, inscrito con la mitad de sus firmas“, *El Comercio*, 05.09.2012.

12 | Das Andenparlament mit Sitz in Bogotá ist das parlamentarische Beratungs- und Kontrollorgan der Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru), allerdings ohne legislative Rechte. Jedes Mitgliedsland stellt fünf Abgeordnete.

aufgerufen.¹³ Am 15. November endete die Einschreibungsfrist für alle Kandidaten (und Listen) der drei anstehenden Wahlen. Der öffentliche Wahlkampf wurde auf den Zeitraum vom 4. Januar bis zum 14. Februar befristet. 48 Stunden vor den Wahlen durfte auch keine Berichterstattung in den Medien mehr erfolgen sowie kein Alkohol mehr verkauft oder ausgedient werden.

Nach dem Abschluss des Registrierungsprozesses am 10. Oktober verfielen sämtliche politischen Kräfte in hektische Aktivitäten. Es galt, einerseits Allianzen (nicht zuletzt auch mit den 37 registrierten regionalen Gruppierungen) zu schmieden und andererseits Kandidaten für die Wahlen zum nationalen Parlament auf Wahlkreislisten zu nominieren. Schon im Vorfeld hatte sich bei

vielen Akteuren der Opposition das Bewusstsein der Notwendigkeit eines gemeinsamen Kandidaten herausgebildet. Doch bereits im Juli 2012 lehnte die aus sechs Parteien bestehende Vereinigte Linke (Izquierda Unida)

Die aus sechs Parteien bestehende Vereinigte Linke lehnte eine große Oppositionslösung nach venezolanischem Vorbild kategorisch ab und kürte bereits Anfang September Alberto Acosta zu ihrem gemeinsamen Kandidaten.

eine große Oppositionslösung nach venezolanischem Vorbild kategorisch ab und kürte bereits Anfang September Alberto Acosta zu ihrem gemeinsamen Kandidaten. Für die bürgerliche Opposition standen damit folgende Fragen im Vordergrund: Sollte man sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen? Wenn ja, sollte dieser durch *primarias* (Vorwahlen) ermittelt werden? Wer sollte daran teilnehmen dürfen, nur Parteimitglieder oder alle Wahlberechtigten? Und würden sich die unterlegenen Kandidaten diesem Votum unterordnen? Angesichts der unüberbrückbaren Schwierigkeiten und vor allem der Einzelinteressen der Akteure zeigte sich aber frühzeitig, dass es auch die bürgerliche Opposition nicht schaffen würde, zu einer Einigung zu kommen.

Folgende Allianzen stellten sich mit Präsidentschaftskandidaten zur Wahl:

Vereinigte Linke: Die aus sechs verschiedenen sozialistischen Gruppierung bestehende Allianz, zu der auch Pachakutik, der politische Flügel der Indigenen-Organisation CONAIE, sowie die kommunistische Lehrerbewegung MPD

13 | Das Wahlrecht in Ecuador beginnt mit dem 16. Lebensjahr und schließt Angehörige des Militärs und der Polizei ein.

gehören (beide konnten sich registrieren), einigte sich Anfang September 2012 in einem aufwändigen landesweiten Verfahren auf den gemeinsamen Kandidaten Alberto Acosta. Dieser gilt als der eigentliche Gründer der Alianza PAÍS und ehemals enger Weggefährte Correas. Allerdings entzweiten sich die beiden schon während der Verfassungsgebenden Versammlung von Montecristi im Jahr 2007/2008, der Acosta als Präsident vorstand, da dieser Correas Dauereinmischung nicht akzeptieren wollte. Seine Kandidatin um das Vizepräsidentenamt war Marcia Caicedo, ehemalige Rätin des CNE und zusammen mit Dennis Cevallos (PRE) Repräsentantin der afro-ecuadorianischen Bevölkerungsgruppe unter den Präsidentschafts- und Vizepräsidentenandidaten.

Alianza PAÍS und Avanza: Präsident Rafael Correa und seine linksorientierte Bewegung erhielten Unterstützung von der neuen Bewegung Avanza, einer Gründung des Vorsitzenden der nationalen Sozialversicherung IESS, Ramiro González, der sich von der sozialdemokratischen Izquierda Democrática ID getrennt hatte. Mit ihm ging der bisherige Minister für strategische Sektoren, Jorge Glas, ins Rennen.

Ruptura 25: Die im Jahr 2004 entstandene linksmoderate Jugendbewegung schaffte die Registrierung und trat erstmals mit einem eigenen und zugleich dem jüngsten Duo an: Norman Wray, ehemaliger Parlamentsabgeordneter sowie Stadtrat von Quito, und Angela Mendoza (Vize) warben um die Präsidentschaft. Im R25-Team war auch der lange als Präsidentschaftskandidat gehandelte ehemalige Bürgermeister von Quito, Paco Moncayo, der als Top-Kandidat für das Parlament ins Rennen ging.

PRE: Die traditionell eher mitte-links orientierte Partei Partido Roldoista Ecuatoriano schaffte erneut ohne größere Probleme die Einschreibung, wohingegen die Präsidentschaftskandidatur ihrer populistischen Führungsfigur Abdala Bucaram und seiner Co-Kandidatin Dennis Cevallos doch mit erheblichen Problemen behaftet war. Gegen Bucaram, der am 6. Februar 1997 nach nur knapp sieben Monaten als Staatspräsident durch eine nicht verfassungsgemäße Amtsenthebung wegen geistiger Instabilität entlassen wurde, aufgrund von Korruptionsanklagen ins Exil nach Panama flüchtete und sich bis heute dort aufhält, liegt

in Ecuador ein gültigen Haftbefehl vor. PRE setzte deswegen auf den evangelikalen Pastor Nelson Zavala, ein politisch unbeschriebenes Blatt, der in seiner ersten Verlautbarung bereits die Wiederaufnahme Gottes in die Verfassung forderte.

SUMA: Die neue Bewegung SUMA des jungen Mauricio Rodas schaffte auf Anhieb die Einschreibung und trat mit ihrem Chef sowie der Umweltaktivistin Inés Manzano als *running mate* für die Präsidentschaft an. SUMA wurde von Teilen der Zentrumsbewegung Concertación unterstützt, die nur knapp die Registrierung verfehlt hatte.



„Für ein anderes Ecuador mit Fortschritt, Gerechtigkeit und Respekt“: Der bürgerliche Kandidat Guillermo Lasso folgte als Zweitplatzierter mit 22,68 Prozent. | Quelle: CREO via Facebook, Screenshot d. Red.

CREO und PSC: Die neue Bewegung CREO trat mit Guillermo Lasso als Präsidentschaftskandidaten an, einem der katholischen Kirche eng verbundenen ehemaligem Bankier, der bereits unter dem letzten christdemokratischen Präsidenten Jamil Mahuad kurzzeitig als Superminister gedient und damals auch die Dollarisierung vorangetrieben hatte. CREO koalierte mit der christsozialen Partei PSC und ihrer Abspaltung Madera de Guerrero unter ihrer charismatischen Führungsfigur Jaime Nebot, Bürgermeister von Guayaquil, der größten Stadt des Landes. Auch die Reste der sozialdemokratischen Izquierda Democrática (ID), Teile der Concertación sowie mehrere registrierte lokale und regionale politische Organisationen stießen zu diesem Bündnis. Diese Allianz hatte als wesentliche Alternative des gesamten Mitte-Mitte/Rechts-Spektrums durchaus gute Erfolgchancen gegenüber der arg zersplitterten Linken. Lassos

Vizepräsidentenskandidat Juan Carlos Solines hat seine Wurzeln in der ecuadorianischen Christdemokratie und war Vorsitzender der Concertación.

PSP: Die flächendeckend präsente, populistische und programmfreie Partei des ehemaligen Staatspräsidenten Lucio Gutiérrez (2003-2005) versuchte lange, eine Allianz mit der ebenfalls populistischen und programmfreien PRIAN, der politischen Partei des Bananenbarons Álvaro Noboa, einzugehen. Dieses Vorhaben scheiterte vor allem daran, dass es eben nur einen Präsidentenposten zu vergeben gibt. Präsidentschaftskandidat Gutiérrez benannte die ehemalige Schönheitskönigin der Küstenprovinz Manabí, Perla Boyes, als Kandidatin um die Vizepräsidentschaft.

PRIAN: Bananenproduzent Álvaro Noboa, der reichste Mann Ecuadors, kandidierte konsequenterweise nach 1998, 2002, 2006 und 2009 erneut für die Präsidentschaft. Damit alles in der Familie blieb, stellte er Ehefrau Anabella Azín als Vizepräsidentschaftskandidatin an seine Seite.

Insgesamt stellten sich aus dem politischen Spektrum von der Mitte nach Links drei Präsidentschaftskandidaten (Acosta, Wray und Bucaram) gegen Correa zur Wahl.

Dieses Szenario zeigt, wie ungeniert egozentrisch sich die oppositionellen Kräfte und ihre Protagonisten auch angesichts des vielfach artikulierten gemeinsamen Ziels, die Beendi-

gung der Ära Correa, gebärdeten. Insgesamt stellten sich aus dem politischen Spektrum von der Mitte nach Links drei Präsidentschaftskandidaten (Acosta, Wray und Bucaram) gegen den ohnehin den Sozialismus des 21. Jahrhunderts propagierenden Präsidenten Correa zur Wahl. Allein wegen der fehlgeschlagenen Einschreibung der Concertación beschränkte sich die Kandidatenzahl des Mitte-bis-Rechts-Spektrums auf zwei (Lasso und Rodas). Hinzu kamen noch die Populisten Gutiérrez und Noboa, die übrigens die Präsidentschaftswahlen 2002 im zweiten Wahlgang noch unter sich ausgemacht hatten.

BEURTEILUNGEN DES WAHLVERLAUFS

Die Hohe Repräsentantin und Leiterin der Wahlbeobachtermission der Union südamerikanischer Staaten UNASUR, María Emma Mejía, erklärte gegenüber dem Vorsitzenden der CNE, dass es nach Auffassung ihrer Mission zu keinen nennenswerten Problemen während des Wahltages

gekommen sei. Der Bericht der Mission brachte klar zum Ausdruck, dass kein Wahlbetrug festgestellt wurde und dass die Ergebnisse auch von sieben der acht Präsidentschaftskandidaten akzeptiert wurden. Nur Álvaro Noboa konnte sich offenbar nicht mit seinem politischen Ausfinden und berief sich auf abweichende Umfrageresultate eines internationalen Instituts.

Die Mehrheit der internationalen Wahlbeobachter bescheinigte dem CNE zudem einen transparenten Wahlverlauf. Die Delegation der OAS fand allerdings auch kritische Worte hinsichtlich der extrem engen Zeitplanung des Wahlprozesses aufgrund der gravierenden Fehler, die dem CNE im Spätsommer und Herbst 2012 während des Registrierungs- und Zulassungsprozesses für politische Parteien und Bewegungen unterlaufen waren. Generell standen die Wahlvorbereitungen und die Wahlkampfführung der Regierungspartei viel mehr im Zentrum der Kritik als die eigentliche Durchführung der Wahlen.

EIN GANZ UND GAR UNAMERIKANISCHER, STILLER WAHLKAMPF

Die Regulierungen zum Wahlverlauf begrenzten den Zeitraum der heißen Wahlkampfphase auf 42 Tage, beginnend mit dem 4. Januar und endend mit dem 14. Februar 2013. Danach durften auch die Medien nicht mehr über wahlrelevante Themen berichten. In der eigentlichen Wahlkampfphase war es den Kandidaten nicht erlaubt, Nutzen aus öffentlichen Ämtern zu ziehen oder sich staatlicher Institutionen oder Einrichtungen zu bedienen.¹⁴

Bewegte man sich im Januar in den beiden Metropolen Quito und Guayaquil, so musste man nach Wahlwerbung geradezu suchen. Dieser für lateinamerikanische Verhältnisse völlig untypische lautlose Wahlkampf hatte zwei Ursachen: Zum einen erließ der Staatspräsident eine präsidiale Verordnung (*ordenanza*), die das Anbringen von Wahlwerbung an öffentlichem Eigentum in den größeren Städten verbot, was die sonst in ganz Lateinamerika beliebte Bepinselung und Plakatierung von nahezu jeglichem innerstädtischen Mauerwerk verhinderte. Zum anderen

14 | Dies war auch der Grund, warum Präsident Correa sich offiziell von seinem Staatsamt beurlaubte.

sahen die Wahlregularien eine deutliche Reduzierung des finanziellen Mitteleinsatzes der Präsidentschaftskandidaten und ihrer *running mates* vor. Waren es 2006 noch 2,74 Millionen US-Dollar, auf die jedes Kandidatenpaar zugreifen konnte, beschränkten sich diese Mittel nun auf 1,74 Millionen US-Dollar. Diese beiden Maßnahmen der Regierung,

Eine Verletzung des Demokratie-Kodex war mit drastischen Strafandrohungen verbunden, was bei vielen Journalisten zu hoher Verunsicherung und zum Verzicht auf Wahlberichterstattung führte. Genau dies war auch beabsichtigt.

die dazu dienen sollten, die Herausforderer mundtot zu machen und einen allzu angeheizten Wahlkampf zu verhindern, wurden flankiert von den drastischen Beschränkungen der Medien, die nur über Wahlkampfaktivitäten berichten, diese jedoch in keiner Weise bewerten durfte. Eine Verletzung des

Demokratie-Kodex war mit Androhungen drastischer Strafen verbunden, was bei vielen Journalisten zu hoher Verunsicherung und zum Verzicht auf Wahlberichterstattung führte. Genau dies war auch beabsichtigt, denn so blieb Kandidat Rafael Correa der einzige Star am Medienhimmel. Nach einem Bericht der NRO Participación Ciudadana (PC) vom 9. Februar wies er die mit Abstand höchste Medienpräsenz aller Bewerber auf.

Die nationale Wahlbehörde CNE als diejenige Institution, die eigentlich gegen diese ungleichen, von der Beobachtermission der OAS kritisierten Verhältnisse vorgehen sollte, kam dieser Aufgabe in keiner Weise nach. Dies verwundert nicht, immerhin gelten alle fünf Vorstandsmitglieder des CNE auf die eine oder andere Weise als regierungsnah. Dies mag zwar die Untätigkeit der Behörde erklären, aber keineswegs rechtfertigen. Beschwerden seitens der anderen Kandidaten wurden vom CNE in der Regel mit faden-scheinigen Erklärungen zugunsten des Präsidenten Correa abgetan.

QUO VADIS, ECUADOR?

Der Wahlsieg Correas wurde zwar allgemein erwartet, doch die unbestrittene Höhe und Deutlichkeit des Ergebnisses sowohl von Rafael Correa als auch seiner Bewegung Alianza PAÍS kam für die meisten Ecuadorianer wie auch für die internationalen Beobachter ziemlich überraschend. Im Vorfeld der Wahlen ging man noch allgemein davon aus, dass Correa weitere Einbußen gegenüber seinem Ergebnis von 45,2 Prozent im Jahr 2009 hinnehmen müsse und auch

gezwungen sein könnte, mit einer Mehrheit der Opposition im Parlament zu regieren. Woher kam dann dieses eindeutige Wählervotum? Die Erklärung scheint weniger darin zu liegen, dass sich die zersplitterte Opposition im Vorfeld nicht auf einen oder zwei Kandidaten einigen konnte (Parallelen zum Wahlergebnis 2012 in Venezuela sind nicht von der Hand zu weisen). Es ist wohl vielmehr der Umstand, dass sich die ecuadorianischen Wähler entscheiden mussten zwischen dem unbestreitbaren sozialen Fortschritt der vergangenen Jahre, der als positiv gewerteten wirtschaftlichen Entwicklung und einer gewissen politischen Stabilität auf der einen Seite und den erheblichen Demokratiedefiziten insbesondere hinsichtlich der bürgerlichen Freiheiten und der Gewaltenteilung auf der anderen. Die Entscheidung fiel deutlich aus. Außerdem wusste der Wähler, was er mit seiner Stimme für Correa bekommen würde, und hier scheinen in der Wählerabwägung die Vorteile die Nachteile überwogen zu haben. Die anderen Kandidaten hingegen bargen als unbeschriebene Blätter durchaus die Gefahr in sich, zum *caudillismo* und Politikstil des vergangenen Jahrhunderts zurückzukehren. Diese Unsicherheit scheint sich in allen sozialen Schichten widergespiegelt zu haben. Die Erklärungsmuster, wonach vor allem die armen und unteren Schichten für Correa gestimmt und die Mittel- und Oberschicht sich der Opposition zugewandt hätten, mögen in ihrer Tendenz richtig sein. Dennoch vereinfachen sie zu sehr, denkt man allein an das Gros der durchaus zufriedenen Unternehmer, die das Fehlen internationaler Konkurrenz aufgrund hoher Importzölle und dem Fehlen jeglicher Investitionsanreize für ausländische Unternehmen zu schätzen gelernt haben.

Der Wähler wusste, was er mit seiner Stimme für Correa bekommen würde. Die anderen Kandidaten bargen als unbeschriebene Blätter die Gefahr in sich, zum *caudillismo* zurückzukehren.

Mehr als diese Fragen beschäftigt die politisch interessierte Öffentlichkeit seit dem Wahlabend, was dieses Ergebnis, insbesondere die Kombination aus klarem Wählervotum in der Präsidentschaftsfrage und einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Regierung im Parlament wohl für die künftige Politikgestaltung in Ecuador bedeuten wird. Und hier driften die Meinungen erheblich auseinander: Es liege wohl auf der Hand, dass Correa nun „durchregieren“ werde, so die eine Position. De facto gäben ihm das Wahlergebnis und die extrem präsidiale Verfassung nun die gesamte Macht in die Hände, da er die Legislative mit verfassungsändernder

Mehrheit hinter sich habe, und auch die Judikative nach der umfangreichen Justizreform der vergangene ein- und einhalb Jahre auf Kurs gebracht worden sei. Und in der Tat: Das Mandat ist eindeutig und lässt viel Spielraum für ein oppositionsfreies Regieren. Sollten es die ökonomischen Entwicklungen zum Beispiel erforderlich machen, heilige Kühe zu schlachten, etwa die Ausbeutung der Rohölreserven unter dem einzigartigen Yasuni-Nationalpark in der ecuadorianischen Amazonasregion, so könnte die Regierung Correa dies tun, ohne großen innenpolitischen Schaden zu nehmen.

Durch derart klare Mehrheitsverhältnisse könnte Correa zu vorsichtigerem Handeln gezwungen werden, weil die geschwächte Opposition möglicherweise ihren Protest vom Parlament auf die Straße verlegen wird.

Es gibt aber auch die gegensätzliche Position, die annimmt, dass das Regieren mit derart eindeutigen Mehrheitsverhältnissen schwieriger wird und Correa zu vorsichtigerem Handeln gezwungen würde. Dies hängt insbe-

sondere mit dem klaren Verlierer dieser Wahlen, der sozialistischen Opposition und deren traditioneller Auffassung von Politikgestaltung, zusammen. Es stehe nämlich zu befürchten, dass Parteien wie die kommunistische MPD, die keinen einzigen Parlamentarier mehr stellt, sondern nur noch indirekt über die Abgeordneten des indigenen Koalitionspartners Pachakutik vertreten sein wird, ihren Protest auf die Straße verlagern werden. Ein „Durchregieren“ Correas würde mit Unruhen und Aufruhr in der Bevölkerung einhergehen, schlussfolgern Vertreter dieser Position.

Die Wahrheit, die sich wahrscheinlich irgendwo in der Mitte dieser beiden Positionen befindet, wird möglicherweise so aussehen, dass Correa zwar nach eigenem Gusto regieren wird (was er auch bislang in großem Stil getan hat), um sein politisches Hauptanliegen, die vertiefte Implementierung seiner „Bürgerrevolution“ voranzutreiben, dass er es aber unterlassen wird, hierzu Maßnahmen zu ergreifen, die zu politischem Aufruhr führen könnten, weil er diese Maßnahmen letztendlich überhaupt nicht nötig hat. Bereits in der heißen Wahlkampfphase hatte er angekündigt, er wolle die *revolución ciudadana* in den kommenden vier Regierungsjahren weiter „radikalisieren“. Die bereits seit 2007 verfolgten Ziele der „ökonomischen, produktiven und Arbeits-Revolution“ (wie es im Jargon der Alianza PAÍS heißt), der sozialen Revolution, der ethischen Revolution, der politischen und konstitutionellen Revolution sowie der

Revolution der Souveränität und der Integration sollen weiter verfolgt und vertieft werden. In der neuen Legislaturperiode würden sie zudem ergänzt um die ökologische Revolution, die urbane Revolution, die Revolution des Wissens und der Fähigkeiten, die Revolution der Justiz, der Sicherheit und des Zusammenlebens und schließlich um die kulturelle Revolution (um nicht den Begriff der „Kulturrevolution“ zu verwenden).

Was sich nun de facto hinter all diesen Begrifflichkeiten an realer Politikgestaltung verbirgt, wird die Zeit zeigen. Die Erfahrung der vergangenen Legislaturperiode hat aber deutlich gemacht, dass genau diese reale Ausgestaltung politischer Ideologie sehr viel Geld kostet. Neben all den neuen Projekten wollen die bisherigen Errungenschaften der Bürgerrevolution, z.B. der aufgeblähte Beamtenapparat, die umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen und die verbesserten Sozialleistungen, auch weiterhin finanziert werden. Im Moment hängen das ökonomische Glück Ecuadors und damit auch die Wirtschaftspolitik der Regierung Correa vom relativ stabilen internationalen Erdölpreis ab. Zudem verfügt Ecuador neben seinen begrenzten Vorkommen minderwertigen Erdöls auch über anderweitige umfangreiche Rohstoffvorkommen, die der Ausbeutung harren. Hierin verbirgt sich aber zugleich das Konfliktpotenzial der Zukunft, denn diese Rohstoffe befinden sich nur allzu häufig in Regionen, die von Indigenen bevölkert und von diesen als Lebensgrundlage betrachtet werden. Die zum Teil völlig ungeklärten Besitzverhältnisse tun ein Übriges, um aus potenziell profitträchtigem Rohstoffabbau politischen und sozialen Sprengstoff werden zu lassen, der Regierungen stürzen kann.

Im Moment hängen das ökonomische Glück Ecuadors und damit auch die Wirtschaftspolitik der Regierung Correa vom relativ stabilen internationalen Erdölpreis ab.

Interessant wird auch die Frage sein, ob die bürgerliche Opposition das ihr erwiesene Vertrauen nahezu eines Viertels der ecuadorianischen Wählerschaft ernst nimmt und sich dem Gestaltungsauftrag verpflichtet fühlt, in den kommenden vier Jahren parallel zu einer wahrscheinlich nicht wahrnehmbaren und daher frustrierenden Oppositionspolitik im Parlament ihre politische Präsenz in der Zivilgesellschaft zu festigen und flächendeckend politisch-organisatorische Strukturen zu schaffen. Nur so kann sie sich bei den nächsten Wahlen im Jahr 2017 als regierungsfähige

Alternative präsentieren. Klar ist schon jetzt, dass Lasso und CREO den bisherigen selbsternannten Oppositionsführer und die Galionsfigur der programmfreien politischen Mitte, Ex-Präsident Lucio Gutiérrez und dessen Partei PSP, aus der politischen Landschaft verdrängt haben, nachdem dieser aus den Wahlen von 2009 noch mit 28 Prozent hervorgegangen war. Denn Gutiérrez ist zusammen mit der sozialistischen Opposition der große Verlierer dieser Wahlen. Das unerwartet schlechte Abschneiden wird ihn und seine PSP – im Gegensatz zur allgegenwärtigen und allen Widerständen trotzens Linken – mittelfristig mit der politischen Überlebensfrage konfrontieren.

Der Artikel wurde am 28. März 2013 abgeschlossen.

ISRAEL UND DER KLIMAWANDEL

Nadine Mensel

Verglichen mit anderen Ressorts hat die Umweltpolitik in Israel keinen leichten Stand. Die Sicherheitslage in der Region, der ungelöste Konflikt mit den Palästinensern, die innergesellschaftlichen Spannungen und sozioökonomischen Herausforderungen verringern die Aufmerksamkeit für scheinbar weichere Politikfelder. Bestätigt wird diese Annahme mit einem Blick auf die öffentlichen Ausgaben: Im Doppelhaushalt 2011/2012 wurden dem Ministerium für Umweltschutz insgesamt knapp sechs Milliarden Israelische Schekel zugeteilt. Diese Summe entspricht nur einem Bruchteil der Mittel des Verteidigungsministeriums, das im selben Zeitraum über fast 100 Milliarden Schekel verfügen konnte. An den staatlichen Gesamtausgaben hatte das Umweltministerium einen Anteil von 0,84 Prozent, während der Anteil des Verteidigungsministeriums bei annähernd 14 Prozent lag.¹



Dr. Nadine Mensel ist Trainee der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel und Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der KAS.

Jedoch sollte dieser Verweis auf die finanziellen Ressourcen nicht zu dem Schluss führen, dass Umwelt- und Naturschutz in Israel gänzlich marginalisiert wären. Denn bei genauerem Hinschauen wird deutlich, dass Politik und Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren in diesem Bereich immer aktiver geworden sind. Ein Bewusstseinswandel in der israelischen Gesellschaft ist längst im Gang. Nicht nur die Einstellung zu allgemeinen Umweltfragen ist kritischer geworden. Genauso erkennbar ist eine Sensibilisierung für die Gefahren der Erderwärmung. Die Einsicht setzt sich durch, dass ein globales Phänomen wie der Klimawandel

1 | Vgl. eigene Berechnungen laut Israel Ministry of Finance, „State Budget. Proposal for Fiscal Years 2011-2012. Major Provisions of the Budget and Multi-Year Budget Plan“, 2010, <http://financeisrael.mof.gov.il/FinanceIsrael/Docs/En/publications/BudgetProposal2011-2012.pdf> [18.01.2013]. Für das Haushaltsjahr 2013 liegt noch kein Haushaltsgesetz vor, was einer der Gründe für die vorgezogenen Neuwahlen in Israel war, die am 22.01.2013 stattfanden.

massive Konsequenzen für das regionale bzw. lokale Ökosystem mit sich bringt. Gewiss wirkte in dieser Hinsicht ein tragisches Ereignis wie der verheerende Waldbrand auf dem Berg Carmel im Dezember 2010 als Katalysator. Jene Katastrophe, durch Brandstiftung verursacht, forderte 44 Menschenleben und vernichtete ein Drittel des Baumbestands des Carmel.²

Die Auseinandersetzung mit der israelischen Umweltpolitik geschieht vorrangig unter dem Aspekt des Klimaschutzes. Gewiss ist der Anteil eines kleinen Landes wie Israel an der weltweiten Klimaveränderung, d.h. der anthropogene Einfluss auf den Treibhauseffekt, gering. Dennoch ist dieser thematische Zuschnitt angezeigt, weil die gesamte Region des Nahen Ostens von den Folgen der Erderwärmung gravierend betroffen sein wird. Von besonderem Interesse ist die Frage, welche Maßnahmen Israel ergreift, um sich einerseits an den Klimawandel anzupassen und andererseits eine weitere Erderwärmung zu vermeiden. Zusätzlich fließen in die Betrachtung der Umwelt- und Klimapolitik sicherheitspolitische Überlegungen ein. Daran wird deutlich, dass die Grenzen zwischen harten und weichen Politikbereichen zusehends verschwimmen, was den Befürwortern einer kohärenteren Umweltpolitik als Argumentationshilfe entgegenkommt.

AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS

Ausgewählte Umweltfaktoren

In geografischer Hinsicht ist Israel primär durch aride und semi-aride Klimazonen geprägt. Im Jahresmittel herrschen Temperaturen von 21,4 Grad Celsius vor, die im Jahresverlauf und je nach Standort unterschiedlich hoch ausfallen. Die Durchschnittstemperatur liegt in Jerusalem bei 17,8 Grad Celsius, während in Eilat sieben Grad mehr gemessen werden. In den Sommermonaten zwischen Juni bis

2 | Vgl. Daniel E. Orenstein, Alon Tal und Char Miller, „Introduction“, in: *Between Ruin and Restoration: An Environmental History of Israel*, Daniel E. Orenstein, Alon Tal und Char Miller (Hrsg.), Pittsburgh, University of Pittsburgh Press, 2013, xi; Ehud Zion Waldoks und Abraham Rabinovich, „Carmel, and its people, prepare to rise from the ashes“, *Jerusalem Post*, 10.12.2010, <http://www.jpost.com/Features/InTheSpotlight/Article.aspx?id=198830> [05.03.2013].

August steigen die Werte auf insgesamt durchschnittlich 27,6 Grad Celsius, hingegen sinken die Temperaturen im Winter zwischen Dezember und Februar auf 14,2 Grad Celsius. Auf diese Monate erstreckt sich im Wesentlichen auch die Regenzeit. Die Niederschläge variieren räumlich stark. Im Süden kann es im Jahresschnitt eine Menge von lediglich 100 Millimetern pro Jahr sein, im Norden bis zu 1.100 Millimeter. Wasser gehört dementsprechend zu den knappen Ressourcen in Israel, dessen Landesfläche zu 45 Prozent aus Wüste besteht. Seit Anfang der 1970er Jahre lässt sich in der Region eine Temperaturveränderung beobachten, die bis zum Jahr 2020 zu einer Erhöhung der Durchschnittstemperatur um 1,5 Grad Celsius führen wird.³ Zurückhaltende Szenarien des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) gehen davon aus, dass bis zum Ende dieses Jahrhunderts die Durchschnittstemperatur in Israel um fünf Grad Celsius höher sein wird als im Vergleichszeitraum 1960 bis 1990.⁴

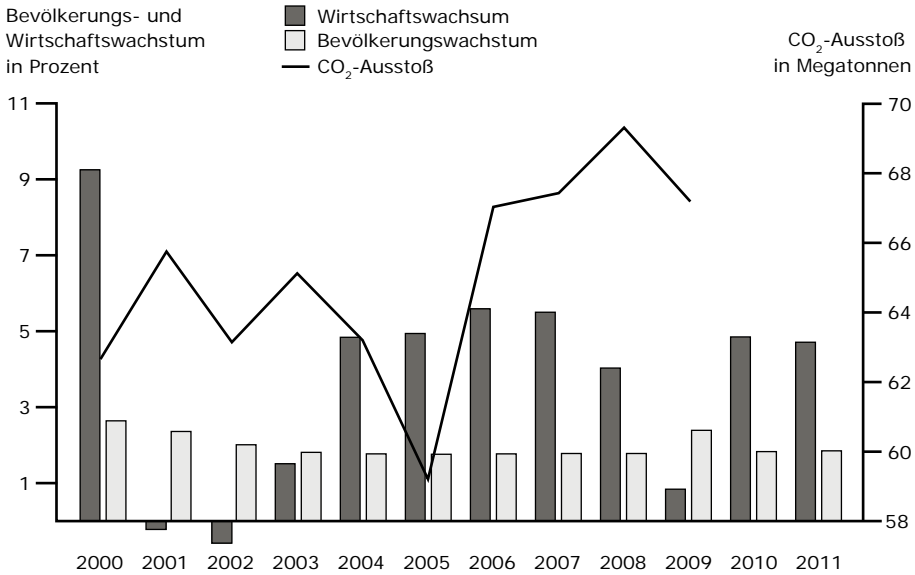
Szenarien des Intergovernmental Panel on Climate Change gehen davon aus, dass bis zum Ende dieses Jahrhunderts die Durchschnittstemperatur in Israel um fünf Grad Celsius höher sein wird als im Vergleichszeitraum 1960 bis 1990.

Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsdynamik beeinflussen die Umweltbedingungen maßgeblich. Für Israel verlaufen beide Faktoren positiv, d.h. sowohl in demografischer als auch ökonomischer Hinsicht sind Zuwachsraten zu verzeichnen (siehe Abb. 1). Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (zu aktuellen Preisen) bezifferte sich im Jahr 2001 auf circa 19.000 US-Dollar, zehn Jahre später standen mehr als 31.000 US-Dollar zu Buche.⁵ Konsequenz ist indes, dass damit größere Belastungen für die Umwelt einhergehen. Betroffen sind davon insbesondere die Verfügbarkeit verwertbaren Wassers, genauso wie der Ausstoß klimaschädlicher Gase, der Flächenverbrauch und der Energiebedarf. Daraus resultieren wiederum Wechselwirkungen in Bezug auf den Klimawandel, die es näher zu betrachten gilt.

- 3 | Vgl. Israel Ministry of Environmental Protection, „Coping with Climate Change. Special Issue. UN Copenhagen Climate Change Conference“, 2009, http://old.sviva.gov.il/Environment/Static/Binaries/ModulKvatzim/P0525_1.pdf [05.03.2013], 6; Lucy Michaels und Pinhas Alpert, „Anthropogenic Climate Change in Israel“, in: Orenstein et al., Fn. 2, 312.
- 4 | Vgl. Israel Ministry of Environmental Protection, Fn. 3, 6.
- 5 | Vgl. Weltbank, „World Development Indicators“, <http://databank.worldbank.org/data/views/reports/tableview.aspx> [09.03.2013].

Abb. 1

Wirtschaftswachstum, Bevölkerungsdynamik und Ausstoß von Kohlendioxid in Israel, 2000 bis 2011



Quelle: Weltbank, Fn. 5.

Ursachen für den Anstieg der Emissionen

Belastbare Zahlen für den Ausstoß von Treibhausgasen in Israel liegen bis zum Jahr 2008 vor. Demnach haben die Emissionen seit der Jahrtausendwende um fünf Prozent zugenommen und sind auf 78 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid-Äquivalente⁶ (MtCO₂äq) gestiegen.⁷ Ein Umkehrtrend ist bislang nicht auszumachen. Vielmehr wird bis zum Jahr 2030 eine Verdopplung des Volumens emittierter Gase erwartet, wenn die Zahlen von 2000 als Vergleichswerte zugrunde liegen (72,4 MtCO₂äq). Laut Berechnungen eines *business-as-usual*-Szenarios (BAU-Szenario) würden

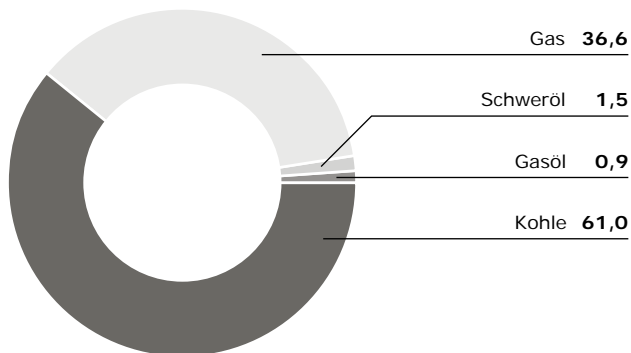
6 | Die Größe Kohlenstoffdioxid-Äquivalente (CO₂äq) ist der Versuch, das Treibhauspotenzial klimaschädlicher Emissionen zu erfassen. Der errechnete Wert gibt Auskunft, wie hoch der Anteil eines klimaschädlichen Gases am Treibhauseffekt ist, wobei das Potenzial von Kohlenstoffdioxid als Referenz herangezogen wird. Ziel ist die Berechnung des durchschnittlichen Erwärmungspotenzials über einen definierten Zeitraum, meist 100 Jahre.

7 | Vgl. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), *OECD Environmental Performance Reviews: Israel, Paris*, OECD Publishing, 2011, 150 und 153.

die Emissionen innerhalb der kommenden zwei Jahrzehnte auf 142 MtCO₂ äq steigen.⁸ Den größten Anteil an klimaschädlichen Gasen hat mit 85 Prozent Kohlendioxid, dessen Ausstoß sich insgesamt auf 67,2 Millionen Tonnen (Stand 2009) beläuft. Israel erreicht damit knapp 9,2 Prozent der Kohlendioxidemissionen, die auf das Konto der Bundesrepublik Deutschland gehen. Im Pro-Kopf-Vergleich jedoch liegen beide Länder mit 8,97 bzw. 8,98 Tonnen nahezu gleich auf.⁹ Hauptemittenten sind die Sektoren Energie und Verkehr (Stromerzeugung bzw. Kraftstoffverbrennung). Elektrizität wird in Israel nahezu ausschließlich aus fossilen Energieträgern gewonnen (Abb. 2).

Abb. 2

Jährliche Stromproduktion des nationalen Stromanbieters Israel Electric Corporation (IEC) nach Brennstoffart, 2010 (in Prozent)



Quelle: IEC, Fn. 10, 4.

Erschwerend kommt hinzu, dass die gesamte Energie- und Stromproduktion innerhalb der Landesgrenzen erfolgen muss, da keine grenzübergreifenden Stromnetzverbindungen existieren – auch nicht zu den Staaten, mit denen Friedensverträge bestehen (Ägypten und Jordanien). Damit

8 | Vgl. Israel Ministry of Environmental Protection, „A Carbon Cost Curve for Israel“, Jerusalem, Israel Ministry of Environmental Protection, 2009, 1; Israel Ministry of Environmental Protection, *Israel's Second National Communication on Climate Change – Submitted under the United Nations Framework Convention*, Moshe Yanai Axelrod und Shoshana Gabbay (Hrsg.), 2010, 20, http://www.environment.gov.il/Environment/Static/Binaries/index_pirsumim/p0578-english_1.pdf [18.01.2013].

9 | Vgl. Fn. 5.

hat diese teilweise sicherheitspolitisch bedingte Insellage Israels klimapolitische Konsequenzen.

Da infolge des Klimawandels die Durchschnittstemperatur steigen wird, spitzt sich die Situation in Sachen Energieversorgung weiter zu. Um nur ein Beispiel zu nennen: In den heißen Sommermonaten Juli und August liegt der Stromverbrauch schon gegenwärtig um 1,04 bis 2,12 Milliarden Kilowattstunden höher als in den Vergleichsmonaten Januar und Februar.¹⁰ Aufgrund eines zu erwartenden Mehrbedarfs beispielsweise an Kühlungsrichtungen und Klimaanlage ist die Erweiterung der Kapazitäten zur Energieerzeugung unausweichlich. Dadurch lastet der Druck auf den Versorgungsbetrieben,¹¹ die Bereitstellung von Elektrizität für Privathaushalte und die Wirtschaft ohne Lieferengpässe zu gewährleisten. Zwischen 2000 und 2010 erhöhte sich der Stromverbrauch in Israel jährlich um 3,2 Prozent. Der Gesamtverbrauch lag 2010 bei nahezu 52 Milliarden Kilowattstunden, bei einer Gesamtproduktion von etwas mehr als 56 Milliarden Kilowattstunden.¹² Zu Spitzenzeiten sind die Kapazitäten der IEC zu mehr als 92 Prozent ausgelastet, was zu einem relativ hohen Risiko einer Unterversorgung respektive von Stromausfällen führt.

Konsequenzen für den Wasserhaushalt

Für Israel bedeutet ein Anstieg des Meeresspiegels um zehn Zentimeter im Verlauf von zehn Jahren einen Flächenverlust von 0,4 bis zwei Quadratkilometern und eine Verschiebung der Küstenlinie um zwei bis zehn Meter.

Die Temperaturzunahme hat ferner zur Folge, dass mit der Eisschmelze an den Polkappen der Meeresspiegel steigt. Für Israel bedeutet ein Anstieg des Meeresspiegels um zehn Zentimeter im Verlauf von zehn Jahren, wie von Wissenschaftlern für den Mittelmeerraum

prognostiziert,¹³ einen Flächenverlust von 0,4 bis zwei Quadratkilometern und eine Verschiebung der Küstenlinie um zwei bis zehn Meter je Dekade.¹⁴ Abgesehen von dieser

10 | Vgl. Israel Electric Corporation (IEC), „Statistical Report Year 2010“, 2011, 26, <http://iec.co.il/EN/IR/Documents/stat2010.pdf> [09.03.2013].

11 | Die IEC versorgt nicht nur den israelischen Markt, sondern liefert auch Strom an die Versorgungsbetriebe in den palästinensischen Gebieten.

12 | Vgl. Fn. 10, 4, 21 und 27.

13 | Vgl. Fengjun Jin, Akio Kitoh und Pinhas Alpert, „Water Cycle Changes over the Mediterranean: a Comparison Study of a Super-high-resolution Global Model with CMIP3“, in: *Philosophical Transactions of the Royal Society*, 368, 2010, 1-13.

14 | Vgl. Israel Ministry of Environmental Protection, Fn. 3, 6 f.

landschaftlichen Überformung sind von einer derartigen Entwicklung auch die unterirdischen Süßwasserspeicher (Aquifere) betroffen, in die zunehmend Salzwasser eindringt.

Des Weiteren gefährdet der erwartete Niederschlagsrückgang eine ausreichende Wasserversorgung. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts wird mit einer Verringerung der Regenfälle um zehn Prozent gerechnet.¹⁵ Bedenkt man, dass drei Viertel der verfügbaren Süßwasserreserven in Israel auf Regenfälle zurückgehen,¹⁶ belasten geringere Niederschläge (in Kombination mit einem erhöhten Verdunstungsgrad infolge des Temperaturanstiegs) den bereits angespannten Wasserhaushalt extrem. Konkret gefährdet ist der See Genezareth. Aus Israels einzigem Süßwassersee stammt ein Viertel des jährlichen Wasserverbrauchs. Wenn im dortigen Gebiet des nördlichen Jordan-Flussbeckens im gleichen Umfang die Niederschlagsmenge sinkt wie die Verdunstung (Evaporation) steigt – in einem Szenario um jeweils 20 Prozent –, dann übersetzt sich dies in einen Verlust an Süßwasser von jährlich 110 Millionen Kubikmeter.¹⁷

Hinzu kommt, dass der See Genezareth über den Jordan das Tote Meer speist, dessen Mineralvorkommen von beachtlicher ökonomischer Relevanz sind (speziell für die chemische Industrie und den Tourismus). Geopolitisch nicht minder signifikant ist der Umstand, dass der Jordan ein Grenzfluss ist. Im Friedensvertrag mit dem Haschemitischen Königreich Jordanien von 1994 haben sich beide Vertragspartner zu einem gemeinsamen Wassermanagement des Jordans und des Yarmuks verpflichtet. Unter anderem vereinbarten Jerusalem und Amman, dass Israel seinem Nachbarn eine festgelegte Wassermenge pro Jahr zur Verfügung stellt.¹⁸ Unbeantwortet ist bislang die Frage,

15 | Vgl. Michaels und Alpert, Fn. 3, 313.

16 | Vgl. Israel Ministry of Environmental Protection, „Climate Change Adaptation in Israel“, 2012, 4, http://old.sviva.gov.il/Environment/Static/Binaries/Modulkvatzim/Brochure-Climate-ChangeAdaptationInIsrael-Nov2012_2.pdf [09.03.2013].

17 | Vgl. Israel Ministry of Environmental Protection, *Israel's Second National Communication on Climate Change*, Fn. 8, 75.

18 | Vgl. Israel Ministry of Foreign Affairs, „Treaty of Peace between the State of Israel and the Hashemite Kingdom of Jordan. Annex II: Water and Related Matters“, 1994, <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace%20Process/Guide%20to%20the%20Peace%20Process/Israel-Jordan%20Peace%20Treaty%20Annex%20II> [10.03.2013].

was geschieht, wenn beide Flüsse klimabedingt dramatisch weniger Wasser führen und der genau quantifizierte Transfer sich nicht allein aus dem natürlichen Vorkommen realisieren lässt. Erneut wird deutlich, wie sehr mittlerweile die Problematik des Klimawandels sicherheitspolitische Bereiche tangiert.

Zu den weiteren Auswirkungen des Klimawandels, mit denen Israel rechnen muss, zählt die Gefahr von Springfluten und Überschwemmungen. Während einerseits die absolute

Durch die klimatischen Veränderungen ist mit der Verdrängung von Pflanzen und Tieren aus ihren Lebensräumen zu rechnen. Bei gleichzeitigem Vordringen nichteinheimischer Arten drohen substanziale Veränderungen der Biodiversität.

Niederschlagsmenge sinkt, erhöht sich andererseits die Wahrscheinlichkeit von Starkregen. Relativ große Niederschlagsmengen in kurzer Zeit übersteigen die Absorptionskapazitäten der Böden und Flussläufe bzw. Wadis, was Überflutungen zur Folge haben kann.¹⁹ Ferner ergeben sich durch die klima-

tischen Veränderungen Wechselwirkungen im Hinblick auf Flora und Fauna, was die Kulturlandschaften einschließt. Durch die Verdrängung von Pflanzen und Tieren aus ihren Lebensräumen, zum Beispiel durch Wüstenbildung und Waldbrände, bei gleichzeitigem Vordringen nichteinheimischer Arten drohen substanziale Veränderungen der Biodiversität.²⁰ Bezogen auf die Landwirtschaft ist von einem erhöhten Pestizideinsatz auszugehen, was Schadstoffbelastungen für die Böden und das Grundwasser nach sich zieht. Darüber hinaus werden die Ernteerträge bestimmter Nutzpflanzen beispielsweise durch klimabedingte Schwankungen in den Vegetationszeiten beeinträchtigt.

UMWELT- UND KLIMAPOLITIK IN DER PRAXIS

Politische Zuständigkeiten

Diese besorgniserregenden Entwicklungen rücken die Frage in den Mittelpunkt, mit welcher Politik der Staat darauf reagiert. Die Umwelt- und Klimapolitik in Israel liegt nicht

19 | Im Winter 2012/2013 waren davon mehrere Dörfer und Städte betroffen, unter anderem Tel Aviv, wo der Fluss Ayalon über die Ufer trat und den Straßen- und Schienenverkehr teilweise zum Erliegen brachte. Vgl. Jonathan Lis, Ilan Lior und Zafrir Rinat, „Biggest Storm in Decade Wreaks Havoc in Israel, Shuts Down Ayalon Highway for 9 Hours“, *Haaretz online*, 09.01.2013, <http://haaretz.com/news/1.492773> [09.03.2013].

20 | Vgl. Fn. 7, 127-133.

einzig in der Verantwortung des Ministeriums für Umweltschutz. Neben dieser Schlüsselbehörde beanspruchen die Ministerien für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung, für Nationale Infrastruktur, für Industrie, Handel und Arbeit, für Bauwesen und Wohnungsbau sowie für Finanzen Entscheidungsbefugnisse in diesem Politikfeld.

Diese Fragmentierung umweltpolitischer Kompetenzen beeinflusst die Politikgestaltung und birgt Zielkonflikte in sich. Hinzu kommt die Notwendigkeit zum Austarieren divergierender Interessen innerhalb der Regierungskoalition. Angesichts dieser Vermengung von Zuständigkeiten besteht ein Koordinierungsbedarf zwischen den genannten Ministerien und Behörden. Vier themenspezifische und ressortübergreifend tätige Ausschüsse nehmen sich dieser Aufgabe an: Der Arbeitsschwerpunkt „Nachhaltige Entwicklung“ liegt hauptverantwortlich beim Umweltschutzministerium, den Bereich „Nationale Infrastruktur“ steuert das Innenministerium in Abstimmung mit sieben Ministerien, lokalen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NROs), für „Grüne Besteuerung“ ist das Finanzministerium federführend zuständig, das ebenso dem Ausschuss zum „Klimawandel“ vorsteht.²¹

Gesetzlicher Rahmen und Regierungshandeln

Zentrale umwelt- und klimarelevante Gesetze reichen zeitlich gesehen noch nicht lange zurück und sind, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bemerkt, bruchstückhaft entstanden.²² Diese Einschätzung teilen israelische Umweltaktivisten und fügen hinzu, dass politische Entscheidungsträger erst in den vergangenen Jahren stärkeres Problembewusstsein und deutlichere Handlungsbereitschaft entwickelt haben. Eine in sich geschlossene Umweltgesetzgebung sei allerdings nach wie vor nicht erkennbar, ebenso fehle es an einer kohärenten Klimastrategie.²³ Als wegweisend gelten das Gesetz zum Schutz der Küstenzo-

Israelische Umweltaktivisten behaupten, dass eine in sich geschlossene Umweltgesetzgebung nach wie vor nicht erkennbar sei. Ebenso fehle es an einer kohärenten Klimastrategie.

21 | Vgl. ebd., 52.

22 | Vgl. ebd., 160.

23 | Gespräch der Verfasserin mit Naor Yerushalmi und Maya Crabtree, Direktor und Vize-Direktorin vom Dachverband für Umweltschutzorganisationen in Israel, Life & Environment, am 12.02.2013 in Jerusalem.

nen (Protection of the Coastal Environment Law, in Kraft seit 2004), das Verursacherprinzipgesetz (Polluter Pays Law, 2008), ferner das Gesetz für Saubere Luft (Clean Air Law), das die Knesset 2008 verabschiedete und das 2011 in Kraft trat, sowie das Verpackungsgesetz (Packaging Law, 2011). Instrumente der Strafverfolgung ergänzen diese gesetzlichen Bestimmungen. Dazu gehören vierzig Umweltinspektoren, die im Auftrag des Umweltschutzministeriums Gesetzesverstößen nachgehen und Strafverfahren vorbereiten. Das Ministerium finanziert zudem eine kleine Umwelteinheit der regulären israelischen Polizei, die mit den Umweltinspektoren zusammenarbeitet.²⁴

Die israelische Regierung hat den Klimaschutz lange Zeit vernachlässigt und wurde relativ spät auf diesem Gebiet aktiv. Ein erster Schritt war 2006 die Einrichtung eines interministeriellen Lenkungs Ausschusses unter Vorsitz des wissenschaftlichen Beraters im Umweltschutzministerium. Ziel war es, die Herausforderungen Israels bei der Anpassung an den Klimawandel zu konkretisieren. In der Folgezeit gewann nicht nur der Klimadiskurs an Tiefe, auch die Politik wurde aktiver. Einen entscheidenden Anteil daran dürfte die Kopenhagener VN-Klimakonferenz, die insgesamt 15. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention (UN Framework Convention on Climate Change, UNFCCC), gehabt haben: „In the run-up to Copenhagen, Israel’s leaders finally began to acknowledge the need to address climate change.“²⁵ Ausdruck dafür war erstens die im November 2009 veröffentlichte McKinsey-Studie zu den Kosten der Verringerung des Treibhausgasausstoßes in Israel und zweitens das Bekenntnis von Präsident Shimon Peres auf der Klimakonferenz im Dezember 2009, die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu reduzieren.

Die Analyse von McKinsey & Company²⁶ ermittelte das Einsparpotenzial beim Ausstoß klimaschädlicher Gase im Vergleich zu einem BAU-Szenario, wonach die Emissionen in

24 | Vgl. Fn. 7, 51.

25 | Michaels und Alpert, Fn. 3, 322.

26 | Vgl. McKinsey & Company, „Greenhouse Gas Abatement Potential in Israel. Israel’s GHG Abatement Cost Curve“, Translated Executive Summary, 2009, http://mckinsey.com/~media/McKinsey/dotcom/client_service/Sustainability/cost%20curve%20PDFs/israel_cost_curve_exec_summary_english.ashx [08.03.2013].

Israels Klimabilanz bis 2030 auf 142 MtCO₂ äq ansteigen würden. Folgt man den Ergebnissen der Studie (siehe Tabelle 1), ließen sich davon 52 MtCO₂ äq durch technische wie auch verhaltensändernde Maßnahmen einsparen. Die höchste Wirkung könnte dabei im Energiesektor erreicht werden: erstens durch einen Umstieg auf Erneuerbare Energien bei der Stromerzeugung und einen größeren Anteil von Erdgas am Energiemix und zweitens durch verbesserte Energieeffizienz beispielsweise von Gebäuden und technischen Geräten.

Tabelle 1

Empfehlungen der McKinsey-Studie zum Einsparpotenzial von Treibhausgasen

1.	Nutzung der Solarthermik zur Stromerzeugung
2.	Nutzung der Photovoltaik zur Stromerzeugung
3.	Verbesserung der Kraftstoffleistung für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren
4.	Steigerung der Energieeffizienz neuer Gebäude
5.	Einsatz effizienter Leuchtsysteme
6.	Renovierung der Wohngebäudesubstanz unter der Maßgabe der Energieeffizienz
7.	Übergang von Erdöl zu Erdgas bei der Kraftstofferzeugung
8.	Nutzung von Deponiegasen zur Stromerzeugung
9.	Investitionen für alternativ betriebene Fahrzeuge und Hybridtechnologien
10.	Nutzung von Windkraftanlagen

Quelle: McKinsey & Company, Fn. 26, 3 f.

Aus diesen Empfehlungen könnte die Politik handfeste Umsetzungsstrategien ableiten, wenn sie die Worte des israelischen Präsidenten in Kopenhagen als Handlungsauftrag begreift. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass Israel zwar seit 1996 zu den Unterzeichnerstaaten der Klimarahmenkonvention gehört und 2004 dem Kyoto-Protokoll beitrug. Doch zählt das Land nicht zum Kreis der Annex-I-Staaten des Protokolls, die sich zur Reduktion ihres Klimagasausstoßes verbindlich verpflichtet haben. Zum Zeitpunkt der Ratifizierung wurde Israel nicht als Industrieland geführt, weshalb Verpflichtungen zur Senkung der

Treibhausgase auf freiwilliger Basis beruhen und nicht wie im Fall der Annex-I-Staaten überprüft werden mussten.²⁷ Allerdings plädierte der damalige Umweltschutzminister Gilad Erdan (Likud) schon vor der Aufnahme Israels in die OECD – und damit in den Kreis der Industrienationen – dafür, sich als industrialisierte Volkswirtschaft zu begreifen und sich dementsprechend für die eigene Ökobilanz verantwortlich zu zeigen.²⁸

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zu dessen Minderung

Die Anstrengungen der israelischen Regierung in Sachen Klimaschutz beziehen sich sowohl auf die Anpassung an den Klimawandel als auch die Eindämmung des Treibhaus-effekts. Voraussetzung für konkrete Maßnahmen in beiden Handlungsfeldern ist eine Vertiefung der wissenschaftlichen Untersuchungen. Zu diesem Zweck hat das Ministerium für Umweltschutz im Juli 2010 ein Register für den Ausstoß von Treibhausgasen eingerichtet. Teilnehmer dieser Initiative, ob öffentliche oder private Einrichtungen und Organisationen, sind aufgerufen, ihre Emissionen freiwillig im Jahresrhythmus zu melden.²⁹ Mit Hilfe einer

Mit der Informationsverbreitung und der wissenschaftlichen Aufbereitung hat der Umweltschutzminister das Israeli Climate Change Information Center beauftragt, das 2011 an der Universität Haifa eröffnet wurde.

solchen Datenbasis sollte es künftig besser möglich sein, Aussagen über die Entwicklung des Treibhausgasausstoßes verlässlicher zu gestalten. Abhängig ist dieses Vorhaben allerdings von der Reichweite des Registers:

Je mehr Einrichtungen sich an der Informationssammlung aktiv beteiligen, desto präziser gestaltet sich die Kartierung der Emissionen. Mit der Informationsverbreitung wie auch der wissenschaftlichen Aufbereitung hat der Umweltschutzminister darüber hinaus das Israeli Climate Change Information Center (ICCIC) beauftragt, das 2011 an der Universität Haifa eröffnet wurde.³⁰

27 | Vgl. Ofira Ayalon et al., „Greenhouse Gas Emission Reductions Action Plan for the State of Israel“, 2011, 1, http://events.awma.org/GHG2011/Abstracts/Session%207/Abstract%20%2316/Extended%20Abstract_16.pdf [18.01.2013].

28 | Vgl. Michaels und Alpert, Fn. 3, 322.

29 | Vgl. Ayalon et al., Fn. 27, 4; Israel Ministry of Environmental Protection, „Climate Change Mitigation in Israel“, 2012, 5, http://old.sviva.gov.il/Environment/Static/Binaries/ModulKvatzim/Brochure-ClimateChangeMitigationInIsrael-Nov2012_3.pdf [09.03.2013].

30 | Vgl. Fn. 16, 2.

Bereits zwei Jahre zuvor erhielt das Ministerium per Regierungsentscheid den Auftrag, ein nationales Programm zur Anpassung an den Klimawandel zu erarbeiten.³¹ Die Arbeit an diesem Programm dauert noch an, wenngleich erste Anregungen von einzelnen Arbeitskreisen bereits vorliegen. Eine Schlüsselfunktion wird zum Beispiel dem Gebäudesektor zuerkannt, der gleichermaßen in Strategien zur Anpassung an den Klimawandel wie zur Minderung des Treibhauseffekts berücksichtigt wird: Zum einen erfordern etwa höhere Außentemperaturen eine intelligente Architektur, um akzeptable Aufenthaltsbedingungen in Gebäuden sowie störungsfreie Arbeits- und Produktionsprozesse zu ermöglichen; zum anderen tragen moderne Bauweisen zu einem sinkenden Energieverbrauch im Gebäudesektor bei, einhergehend mit einem verringerten Kohlendioxidausstoß infolge der Stromerzeugung durch fossile Energieträger.

Grundsätzlich wird dafür geworben, das Prinzip der Nachhaltigkeit stärker bei Neubauten durchzusetzen und entsprechende Renovierungsmaßnahmen bei älteren Gebäuden zu fördern. Die wichtigsten Vorschläge in diesem Bereich zielen auf obligatorische Energieausweise für Gebäude, energiesparende Konstruktionen sowie die Verwendung nachwachsender Rohstoffe im Bauwesen. Dies entspricht dem Maßnahmenkatalog der McKinsey-Studie, die einer „grünen“ Bauwirtschaft hohes Potenzial attestiert, den Treibhauseffekt zu mildern bzw. die Anpassung an den Treibhauseffekt zu vollziehen. Seit 2005 liegt ein Standard zur nachhaltigen Bauweise vor,³² der zwar im Juli 2011 novelliert wurde, den Kritiker dennoch als nach wie vor unzureichend bewerten.³³ Das verantwortliche Ministerium für Bauwesen und Wohnungsbau ist daher aufgefordert, bestehende Richtlinien auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und nachzubessern.

Die wichtigsten Vorschläge im Bereich der Nachhaltigkeit zielen auf obligatorische Energieausweise für Gebäude, energiesparende Konstruktionen sowie die Verwendung nachwachsender Rohstoffe im Bauwesen.

Neben der Notwendigkeit, eine kohärente Strategie zur Anpassung an den Klimawandel zu formulieren und umzusetzen, drängt parallel dazu die Implementierung eines nationalen Plans zur Minderung klimaschädlicher Emissionen. Im November 2010 von der israelischen Regierung

31 | Vgl. ebd.

32 | Vgl. OECD, „Policies to Support Eco-innovation in Israel“, 2011, <http://www.oecd.org/israel/48354947.pdf> [05.03.2013], 20.

33 | Fn. 23.

verabschiedet, sieht dieser Mitigationsplan – in Einklang mit der Absichtserklärung von Präsident Peres in Kopenhagen – die Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent vor. Bis zum Ende dieser Dekade stellt der Staat zur Umsetzung dieses ambitionierten Ziels 2,2 Milliarden Schekel (ca. 450 Millionen Euro) bereit.³⁴ Aufgrund des enormen Einsparpotenzials von Emissionen im Energiesektor konzentriert sich der nationale Plan auf Maßnahmen in diesem Segment. Aufgegriffen werden dabei bereits bestehende Regierungsprogramme. Erstens sollen Maßnahmen unterstützt werden, die auf einen sinkenden Stromverbrauch zielen; bis 2020 um 20 Prozent (Regierungsentscheidung vom September 2008). Zweitens gilt es, im selben Zeitraum den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf zehn Prozent auszubauen (Regierungsentscheidung vom Januar 2009).³⁵

BEDEUTUNG DES ENERGIESEKTORS BEIM KLIMASCHUTZ

Um den Stromverbrauch im erklärten Maße zu senken – selbst bei anhaltendem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum – und damit einen Beitrag zur Minderung der Erderwärmung zu leisten, sind tief greifende Verhaltensänderungen unerlässlich. Hier setzen sich die Behörden genauso wie der nationale Stromversorger mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit für einen Bewusstseinswandel ein. Auf praktischer Ebene geht es zum Beispiel darum, Geräte mit hohem Stromverbrauch gegen sparsame Produkte auszutauschen. Privathaushalte können etwa mit finanzieller Unterstützung rechnen, wenn sie sich für einen Kühlschrank einer günstigen Effizienzklasse entscheiden. Weitere Möglichkeiten zur Senkung des allgemeinen Stromverbrauchs liegen abermals im Gebäudesektor durch Förderung energieeffizienter Bauweisen. Auf dessen Konto gehen nahezu 60 Prozent des Stromverbrauchs in Israel (in etwa gleich verteilt auf Gebäude zu Wohnungs- und Geschäftszwecken).³⁶ Außerdem könnten zum Zweck des Energiesparens Preisinstrumente wie Sonderabgaben für Unternehmen mit besonders hohem Stromverbrauch

Bei der Frage nach erhöhtem Stromverbrauch setzen sich die Behörden genauso wie der nationale Stromversorger mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit für einen Bewusstseinswandel ein.

34 | Vgl. OECD, Fn. 32, 12.

35 | Vgl. ebd., 12 f.

36 | Vgl. Israel Ministry of Environmental Protection, Israel's Second National Communication on Climate Change, Fn. 8, 136.

eingeführt werden. Jedoch sind für eine solche Option die gesetzlichen Bestimmungen noch nicht weit genug gediehen.



Prof. David Faiman ist Pionier auf dem Gebiet der Solarenergie und Photovoltaik und forscht an der Ben-Gurion-Universität. | Quelle: Nadine Mensel, KAS.

Mit Blick auf den Ausbau Erneuerbarer Energien, der zweiten Säule in der Strategie zur Minderung des Treibhauseffekts, will die Regierung vor allem die Standortvorteile Israels nutzen. Von zentraler Bedeutung ist deshalb die Solarenergie, im geringeren Umfang ergänzt um die Komponenten Windenergie und Biomasse. Zur Energieerzeugung kommen in erster Linie Photovoltaikanlagen und Sonnenwärmekraftwerke (Solarthermie) in Frage. Obwohl die Umweltbedingungen dafür günstig ausfallen, bleibt die Nutzung bislang hinter den Möglichkeiten zurück und der Infrastrukturausbau gestaltet sich schwieriger als erwartet. Ein Grund dafür ist die späte Einführung von Einspeisetarifen. 2008 gab es erstmals ein Regelwerk für kleinräumige Photovoltaikanlagen. Mit beachtlichem Effekt: Innerhalb eines Jahres nahm die Produktion aus diesem Segment von einem auf 229 Gigawattstunden zu. In jenem Jahr erreichte die Stromerzeugung aus alternativen Energiequellen einen Anteil von 0,4 Prozent der Gesamtproduktion. Allerdings sollten zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Prozent des verfügbaren Stroms durch regenerative Energien gedeckt werden.³⁷

37 | Vgl. OECD, Fn. 7, 173.

Will die Regierung an ihrem Zehn-Prozent-Ziel bis 2020 festhalten, sind weiterhin immense Anstrengungen in gesetzlicher wie infrastruktureller Hinsicht erforderlich. David Faiman, Solarenergieexperte der Jacob Blaustein Institutes for Desert Research an der Ben-Gurion-Universität des Negev macht dazu folgende Rechnung auf: „Israel would need to install approximately 0.8 B kWh [0,8 Milliarden Kilowattstunden, d. Verf.] of new generating capacity each year until that time. Taking photovoltaics as a convenient and tangible technology, [...] this would mean the construction of approximately 450 MW per year.“³⁸ Demgegenüber scheint die Bereitschaft größer zu sein, den Anteil von Erdgas bei der Stromgewinnung zu erhöhen. Tatsächlich stieg dieser Beitrag von 2006 bis 2011 von knapp einem

Befürwortern einer intensiveren Erdgasnutzung spielt in die Hände, dass vor der israelischen Mittelmeerküste nicht unbeträchtliche Erdgasvorkommen lagern.

Fünftel auf ein Drittel.³⁹ Befürwortern einer intensiveren Erdgasnutzung spielt hierbei in die Hände, dass vor der israelischen Mittelmeerküste nicht unbeträchtliche Erdgasvorkommen lagern, deren wirtschaftliche Ausbeutung möglich ist.⁴⁰ Günstig sind diese Umstände auch unter dem Aspekt der Energiesicherheit, denn die Vorkommen versprechen zumindest mittelfristig eine sinkende Abhängigkeit von Erdgasimporten aus Ägypten. Dennoch sollte die Regierung nicht in ihrem Bemühen nachlassen, weiter in die alternative Energiegewinnung zu investieren. Zur staatlichen Förderung in diesem Sektor gehören beispielsweise seit 2008 die Unterstützung praxisnaher Forschungsprojekte sowie die Anschubfinanzierung für Existenzgründungen im Bereich der Umwelttechnologien („saubere Technologien“).⁴¹

„GRÜNE“ AKZENTE DER NEUEN REGIERUNG?

Der Handlungsbedarf in Sachen Umwelt- und Klimaschutz der israelischen Politik bleibt groß. Auch die neue Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu kann

38 | David Faiman, „Key Aspects of the BGU-KAS Energy Security Conference“, in: *Energy Security in Europe and Israel*, Konrad-Adenauer-Stiftung Israel, Jerusalem, 2012, 3 f.

39 | Vgl. Fn. 5.

40 | Die bereits erkundeten Felder „Tamar“ und „Leviathan“ halten bis zu 750 Millionen Kubikmeter Erdgas und von weiteren Feldern mit einem Volumen von bis zu 450 Millionen Kubikmetern kann ausgegangen werden. Vgl. Faiman, Fn. 38, 4.

41 | Die Förderprogramme heißen „Tnufa“, „Startery“ und „Mag-net“. Vgl. Fn. 32, 11.

es sich nicht länger leisten, bei der Definition israelischer Sicherheitsinteressen umweltpolitische Aspekte außen vor zulassen. Zwar steht außer Frage, dass aufgrund des ungelösten Nahostkonflikts die klassische Sicherheitspolitik im Vordergrund steht, auch angesichts der von vielen Israelis mit Skepsis beobachteten Umbrüche in der Arabischen Welt.⁴² Doch sollte verstärkt für einen erweiterten Sicherheitsbegriff geworben werden, der Phänomene wie den Klimawandel aufgreift. Die Herausforderung liegt vor allem darin, die langfristigen Folgen der Erderwärmung bereits jetzt ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. Eine Politik, die nicht darauf hinwirkt, Treibhausgase zu vermeiden und Ressourcen zu sparen, verursacht stetig wachsende Kosten für künftige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Auf Amir Peretz, den neuen Umweltschutzminister der Partei HaTnuah (Die Bewegung) warten folglich viele Aufgaben.



Vertreter der Umweltorganisation Society for the Protection of Nature in Israel informieren sich über die Umweltprobleme in Galiläa. | Quelle: Nadine Mensel, KAS.

Beherzte Anstrengungen sind erforderlich, damit Denken und Handeln im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in Politik und Gesellschaft breitere Zustimmung erlangen. Von großer Bedeutung ist in dieser Hinsicht das Engage-

42 | Vgl. Amichai Magen, *The Crisis of Governance in the Middle East: Implications for Democracy, Development and Security*, International Institute for Counterterrorism und Konrad-Adenauer-Stiftung Israel (Hrsg.), Herzliya/Jerusalem, 2013.

ment zahlreicher Umweltorganisationen und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Zum Beispiel veranstaltet der Dachverband Life & Environment, dem mehr als 130 NROs aus dem Umweltbereich angehören, jährlich einen Aktionstag in der Knesset, um die Abgeordneten für eine umwelt- und klimagerechte Gesetzgebung zu gewinnen. Die größte Umweltschutzorganisation, die Society for the Protection of Nature in Israel geht in diesem Jahr gezielt auf die Kommunen zu, denn im Herbst stehen auf lokaler Ebene Wahlen an. Für einen wirkungsvollen Umweltschutz sind aktive Gemeinden entscheidend, die die nationale Politik nicht nur umsetzen, sondern weitergehende Schritte einfordern. Zudem können sie selbst Anreize für ein umweltbewusstes Handeln in der Bevölkerung schaffen. Beispielhaft ist der Zusammenschluss von 15 selbstverwalteten Städten zum Forum 15 im Jahr 2008, dem mittlerweile drei weitere Kommunen angehören. Diese Städte haben sich die Umsetzung von Klimaschutzziele sowie Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung auf die Agenda gesetzt.⁴³

Um derlei Initiativen zu unterstützen – und insbesondere die Politik von der Machbarkeit zu überzeugen, dass die Folgen der Erderwärmung eingedämmt werden können, sollte an den Pioniergeist erinnert werden, der die Geschichte des modernen Israel von Anbeginn begleitet hat: Trotz widriger naturräumlicher Gegebenheiten ist Israel zu einem Hi-Tech-Land aufgestiegen und hat vielfältige Innovationen auf dem Gebiet der alternativen Energieerzeugung oder der ressourcensparenden Bewässerung hervorgebracht. Das Potenzial ist vorhanden, den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Jetzt kommt es darauf an, eine Umwelt- und Klimapolitik zu gestalten, die weder in kurzfristigen Kategorien denkt noch mit den aufgezeigten Trends leichtfertig umgeht.

43 | Vgl. Forum 15, The Israeli Forum of Self-Government Cities, <http://forum15.org.il/en> [13.03.2013].

We offer an English-language edition of KAS Auslandsinformationen. Please contact our editorial office to subscribe. For further information visit kas.de/internationalreports



Konrad
Adenauer
Stiftung



Robert von Lucius ist Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Autor des Buches *Drei Baltische Wege*. Dieser Artikel entstand auf der Grundlage seiner Rede im Zusammenhang mit der Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an Dr. Dalia Grybauskaitė am 9. Mai 2013.

POLITIK MIT SCHWARZEM GÜRTEL

LITAUENS PRÄSIDENTIN DALIA GRYBAUSKAITĖ

Robert von Lucius

Litauen, sagt Dalia Grybauskaitė, sei immer ein Teil Europas gewesen. Zugleich aber könne es wie andere neue EU-Mitglieder aus Mitteleuropa schöpferische Gedanken einbringen, weil sie bei ihren Reformen flexibel sein mussten. Mit diesen zwei Sätzen kurz nach dem Beitritt Litauens zur Europäischen Union vor einem Jahrzehnt sagt die Trägerin des Internationalen Karlspreises zu Aachen 2013 viel aus: Die Staatspräsidentin verbindet die Jahrhunderte alte Tradition des baltischen Staates mit dem Willen, ja dem Drang zu Neuem. An Selbstbewusstsein mangelt es ihrem Land und ihr nicht, aber das ist begründet in Vergangenheit und Gegenwart. Sie kennt Grenzen, auch jene kleiner Staaten, will aber nicht jede Grenze automatisch gelten lassen.

Ihre Rolle, ihr Leben und Wirken, ihr Einfluss auch innerhalb der EU sind kaum zu trennen von dem Schicksal ihres Landes und der Region. Daher ist es fast zwingend, in einer Darstellung neben Lebensablauf, Wesenseigenschaften, ihren politischen Zielen auch den äußeren Rahmen zu schildern, in den die Präsidentin mit dem Beinamen „stählerne Lady“ sich gestellt sieht.

LITAUEN, BALTIKUM UND EUROPA

Litauen, dessen Präsidentin Grybauskaitė seit vier Jahren ist, ist der größte der drei baltischen Staaten – gemessen an der Bevölkerung fast so groß wie Lettland und Estland zusammen. Oft werden die drei pauschalisierend in einen Topf geworfen. Das hängt damit zusammen, dass sie alle drei von der Sowjetunion besetzt und als Sowjetrepubliken eingegliedert wurden, sich dann aber in einem

gemeinsamen Aufbäumen befreien und unabhängig erklären. So ist ihr Geschichtserleben, gekoppelt mit einem starken Nationalbewusstsein, geprägt von Unterdrückung und Widerstand. Jeder erlebte in seiner Familie Verschleppung nach Sibirien und Folter oder gewaltsamen Tod – das bindet. Kampf um die eigene Sprache und Kultur ist für viele ein Herzensanliegen. Die Unabhängigkeitserklärung Litauens war der erste und wohl entscheidende Schritt zur Auflösung des sowjetischen Riesenreichs. Der Mut der Esten, der Letten und der Litauer ebnete den Weg zum Fall der Mauer und zur deutschen Einheit. Alle drei sind Musterbeispiele der Marktwirtschaft und der Westorientierung. Zudem haben die drei baltischen Staaten gemeinsam und im Gleichklang sich um die Mitgliedschaft in Nato und der Europäischen Union bemüht und diese erreicht. Mit dieser doppelten Mitgliedschaft wollten sie ihre neugewonnene Freiheit durch Verbündete sichern. Sie wollten aber auch bekunden, was immer galt, aber lange im löchrigen Geschichtsbewusstsein schwand: Dass die baltischen Staaten seit dem frühen Mittelalter eine Kernregion Europas waren und sind.

Trotz mancher Gemeinsamkeiten in Geschichte und Wirtschaft unterscheiden sich Estland, Lettland und Litauen grundlegend voneinander in Sprache, Konfession und Selbstverständnis. Litauisch ist die ursprünglichste überlebende indogermanische Sprache. Litauer sind fast durchgehend katholisch, oft mit einer tiefen Frömmigkeit. Vilnius ist barock und auch kulturell eng mit Polen verknüpft, während Estland sich dem Norden, vor allem Finnland, zuwendet und Lettland anderen Ostseestaaten wie Schweden und Dänemark sowie Deutschland.

Ihrer ruhmreichen Geschichte als einstiger Großmacht sind Litauer sich stets bewusst, manchmal mehr als ihrem Einfinden in Gegenwart und Zukunft gut tut. Ohne dies kurz skizzierte Wissen ist die litauische Politik schwer verständlich – und auch nicht die Person Dalia Grybauskaitės.

Ihrer ruhmreichen Geschichte als einstiger Großmacht sind Litauer sich stets bewusst, manchmal mehr als ihrem Einfinden in Gegenwart und Zukunft gut tut.

Im Präsidentenpalast in Vilnius, Wilna, in dem sie ihren Arbeitsitz hat, kamen russische Zaren und Napoleon unter, französische und polnische Könige. Aber das großartige Gebäude just gegenüber der Universität – einst eine der traditionsreichsten Europas – hat auch anderes gesehen. Hier

bündelten sich Umbrüche, die Litauen stärker als manch andere Länder erlebte. Der Präsidentenpalast war auch Treffpunkt sowjetischer Offiziere und eines Künstlerklubs. Immer wieder ist der Palast Anziehungspunkt: Beim letzten Besuch des Autors in Vilnius im vergangenen Oktober sammelte sich das militärische Ehrenpalier, um den monegasischen Fürsten zu empfangen. Litauen hat also Sinn und Respekt für das Große und das Kleinere. Der litauischen Präsidentin ist es ein besonderes Anliegen, die Rolle und den Einfluss der vermeintlich kleineren und schwächeren in Europa zu stärken. In der zweiten Hälfte dieses Jahres wird die Karlspreisträgerin vom Präsidentensitz aus zusammen mit dem Außenministerium den litauischen Ratsvorsitz der EU koordinieren. Dass Grybauskaitė dabei nicht nur verwalten, sondern auch vorantreiben will, ist gewiss. Dafür sprechen ihre Energie, ihr Ehrgeiz und ihre politischen Koordinaten. Sie sieht es als Chance und Herausforderung, dass Litauen das erste der baltischen Beitrittsländer ist, das den Ratsvorsitz der Union übernimmt.



Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp gratuliert Dalia Grybauskaitė während der Karlspreizeremonie am 9. Mai im Krönungssaal des Aachener Rathauses. | Quelle: © Andreas Herrmann, Stadt Aachen.

ÜBERZEUGTE TECHNOKRATIN

Mit der Verleihung des Karlspreises an Dalia Grybauskaitė werde, so begründete es das Karlspreisdirektorium, „eine der herausragenden Persönlichkeiten der baltischen Region“ geehrt knapp zehn Jahre nach der Unterzeichnung

der Beitrittsverträge, die es eines der „großen und bewegenden Ereignisse der revolutionären Dekade“ nannte. Die Preisträgerin habe im eigenen Volk und bei den europäischen Partnern Orientierung und Vertrauen geschaffen und „mit Mut und Augenmaß, Durchsetzungskraft und Selbstbewusstsein“ einen Weg gezeichnet zur Überwindung europäischer Probleme. Mit Disziplin und Opferbereitschaft sei Litauen beispielhaft mit seiner Wirtschaftskrise wie auch mit der europäischen Schuldenkrise umgegangen.

Zweimal war Grybauskaitė dabei Handelnde – erst als Finanzministerin und dann als Präsidentin. In den Jahren dazwischen konnte sie als Haushaltskommissarin der EU nur mahnende, auch scharfe Worte aus Brüssel an ihre Landsleute richten, als diese es zeitweise mit der Haushaltsdisziplin weniger ernst nahmen und so den Weg zur nächsten Wirtschaftskrise bereiteten. Seit Mai 2009 ist sie als Präsidentin wieder die vor Ort Handelnde, die ihre von der Verfassung gesetzten Aufgaben bis an die rechtlich zulässige Grenze ausreizt. So zählt sie zu jenen, die trotz aller Verunsicherungen Litauen in Richtung Europäische Währungsunion treibt. In eineinhalb Jahren ist der Beitritt geplant, auch wenn dieser noch nicht gesichert scheint. Haushaltsdefizit und Inflationsrate bewegen sich derzeit am Rande der Maastricht-Kriterien. Indes wäre Litauen dann der letzte der drei baltischen Staaten, der den Euro übernimmt – das kleine Estland als europäisches Wirtschafts-Musterland tat das schon, und Lettland hat es für das Jahresende beantragt. Faktisch hat Litauen den Euro dank seiner Ankoppelung schon lange. Wirtschaftsdaten und die innenpolitischen Rahmenbedingungen hatten Litauen als größtem der baltischen Staaten das erst jetzt erlaubt. Das Karlspreisdirektorium würdigte, dass es ein wichtiges Signal sei, wenn „in einer Zeit größter Verunsicherung, in der fast allerorten über ein Auseinanderbrechen der Währungsunion spekuliert wird, die Republik Litauen unverändert in die Währungsunion strebt“.

Litauen ist der letzte der drei baltischen Staaten, der den Euro übernimmt – das kleine Estland als europäisches Wirtschafts-Musterland tat das schon, und Lettland hat es für das Jahresende beantragt.

Im politischen Leben Grybauskaitės gibt es konstante Linien, Ziele und klare Werte, die gleichsam alle irgendwie auch auf die Währungsunion zulaufen: Stabilität, eine feste und berechenbare Rahmenordnung und Europa als Schlüssel des litauischen politischen Strebens. Mit Europa war sie

beruflich fast immer verbunden. Zwei Ausnahmen gab es: die erste bis zum Umbruch 1990 war von der Geschichte und ihren familiären Umständen vorgegeben, die zweite – drei Jahre als Gesandte an der litauischen Botschaft in Washington – scheint nur eine kurze Unterbrechung des rasanten Aufstiegs und ihrer Zuwendung zu Europa.

Wer die Person und Politikerin Dalia Grybauskaitė ergründen will, kann nicht vorbei an den Jahren sowjetischer Besetzung, die manche als verlorene betrachten mögen. Sie gab den Nährboden für ihre Zähigkeit – und wohl dafür, dass sie ihr persönliches Leben abschottet.

In ihren früheren Jahren mögen Humor und Leichtigkeit noch stärker sichtbar gewesen sein. Unter den Zwängen des Amtes, des Protokolls und des kühlen Präsidentensitzes schwanden sie weiter, zumindest bei Grybauskaitės offiziellen Auftritten.

Sie hat nach dem Tod ihrer Eltern keine engeren Verwandten, ist ledig und kinderlos und pflegt eine gewisse Kühle. Ihr ging schon in frühen Jahren der Ruf voraus, sie sei fast stets morgens um sechs Uhr am Schreibtisch und arbeite bis sehr spät. In ihren früheren

Jahren, auch in Brüssel, mögen Humor und Leichtigkeit noch stärker sichtbar gewesen sein. Unter den Zwängen des Amtes, des Protokolls und des kühlen Präsidentensitzes schwanden sie weiter, zumindest bei ihren offiziellen Auftritten.

Die Tochter eines Elektrikers und einer Verkäuferin, geboren am 1. März 1956 in Vilnius, arbeitete nach der Mittelschule erst kurz bei der Litauischen Philharmonie und dann als Arbeiterin und Laborantin in einer Pelzfabrik in Leningrad, dem heutigen St. Petersburg. Damit erwarb sie sich die Mittel, die ihre Eltern ihr nicht bieten konnten, für eine weitere Ausbildung. Im Abendstudium erlernte sie Politische Ökonomie (Volkswirtschaftslehre) an der Staatlichen Leningrader Universität. 1983 kehrte sie in ihre Geburtsstadt zurück und leitete dort das Kabinett für Landwirtschaft an der Parteihochschule. Parallel erwarb sie an der Universität in Moskau 1988 den Doktor der Wirtschaftswissenschaften.

Ihre Großeltern wurden wie viele Litauer nach Sibirien deportiert. Jeder habe damals zwei Gesichter gehabt, sagt sie, eines daheim und eines auf der Straße. Wie der Lebenslauf einer Widerständlerin sehen ihre ersten 34 Lebensjahre dennoch nicht aus. Darüber ist wenig bekannt – das wirkt eher wie eine zielstrebige Frau, die eine Nische

innerhalb des Staats- und Parteigefüges gesucht und sie gefunden hat und die sich auch leichter anpasst als manch andere. Vielleicht stimmt aber auch, was sie in einem Gespräch mit der *Financial Times* sagte – alles sei möglich gewesen, weil Leningrad eine wunderbare und reich ausgestattete Bibliothek gehabt habe und sie so Wirtschaftsdenker von Aristoteles bis Karl Marx, von Keynes bis Smith, also „jeden“, studieren konnte, auch dank ihrer breiten Sprachkenntnisse. Bücher und Bibliotheken also als Ort der inneren Flucht. Die Wahrheit liegt wohl in der Mitte. Sie ist aus Überzeugung Technokratin, die Zahlen schätzt. Das half ihr in den Jahren des Umbruchs, ob nun gezielt oder nicht, mit allen Seiten gut zu können, die ihr unbestrittenes Fachwissen brauchten und wollten. Jedenfalls stand und steht sie eher konservativen Überzeugungen nahe, zumal in der Wirtschaftspolitik. In einigen ihr nahen gesellschaftlichen Themen neigt sie zu liberalen Argumenten, die sie dann auch durchzusetzen versucht, etwa durch das Veto-recht des Präsidenten bei Gesetzesvorhaben, das sie weit öfter als ihre Vorgänger nutzt.

Grybauskaitė ist aus Überzeugung Technokratin, die Zahlen schätzt. Das half ihr in den Jahren des Umbruchs, ob nun gezielt oder nicht, mit allen Seiten gut zu können, die ihr unbestrittenes Fachwissen brauchten und wollten.

AUFSTIEG NACH DER UNABHÄNGIGKEIT

Mit dieser Kombination – Fachkunde und Respekt für ihre Arbeit und ihr unabhängiges Denken gepaart mit guten Kontakten – legte sie den Grund für einen raschen Aufstieg nach der Unabhängigkeitserklärung Litauens. Ganz ohne Verbindungen in die Nischen des Widerstands und des Aufbruchs sowie ohne Überzeugungen kann sie ja nicht gewesen sein, als sie direkt nach der Unabhängigkeit in das Büro des Ministerpräsidenten wechselte. Die neue konservative Regierung beauftragte sie 1991 damit, ein Wirtschaftsprogramm der Regierung auszuarbeiten. Sie übernahm in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in rascher Folge Aufgaben, die grundlegend waren für den Weg Litauens in die Europäische Union. Sie wurde Abteilungsleiterin im Außenhandelsministerium und dann im Außenministerium; als stellvertretende Finanzministerin, Chefunterhändlerin mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds und als stellvertretende Außenministerin für das Freihandelsabkommen mit der EU; und eine kurze Zeit Mitarbeiterin an der litauischen Vertretung bei der EU, wo sie die Verteilung

der EU-Mittel in Litauen verwaltete. Dabei genießt sie einen doppelten Ruf: als hochintelligent und trotz ihres Charmes zielstrebig und unnachgiebig bei Verhandlungen. Der Aufstieg kam vor allem in den Jahren konservativ-rechtsliberaler Regierungen. In den Jahren sozialdemokratischer Herrschaft aber auch, weil deren Übervater Algirdas Brazauskas sie schätzte und förderte sowie 2001 zur Finanzministerin ernannte. Erst nach dessen Tod wurden in den letzten ein, zwei Jahren ihre Bande auch zur linken Seite des Parteienspektrums schwieriger. Auf ihre Parteilosigkeit legt sie jedenfalls Wert. Dass sie sich von Parteien fernhält, wurde noch einmal deutlich, als sie im Jahr 2009 als Parteilose für das Amt des litauischen Präsidenten kandidierte. Sie gewann, ein Wunder für ein bisweilen bei der Auswahl seiner Politiker zerfasertes und unberechenbares Land, schon im ersten Wahlgang mit 68,2 Prozent. Sie wurde so die erste Frau an der Spitze des unabhängigen Litauen.

Leicht ist dies Jonglieren nicht in einem Land kurzer Wege, in dessen politischer Elite jeder jeden auch mit seinen Schwächen kennt. Und wo dann noch in den letzten zwanzig Jahren alle zwei Jahre die Regierung wechselt und immer wieder populistische Parteien und Politiker einen raschen Aufstieg und Fall erleben. Grybauskaitė lebt anspruchslos – wofür sollte auch jemand, der sich kaum Zeit für ein persönliches Leben gibt und auf elegante Kleidung weniger achtet als manch andere, sein Geld ausgeben? Als sie Präsidentin wurde, verzichtete sie auf die Hälfte ihres Gehalts.

Grybauskaitė lebt anspruchslos – wofür sollte auch jemand, der sich kaum Zeit für ein persönliches Leben gibt und auf elegante Kleidung weniger achtet als manch andere, sein Geld ausgeben?

So hören Litauer auf sie, wenn sie als Präsidentin mahnt, die litauische Gesellschaft zersplittere sich zunehmend in Lager – es sei schwierig, noch eine gemeinsame Sprache zu finden. Litauer neigten zu einem Teufelszirkel unerledigter Aufgaben. Es gebe Reform nach Reform, aber ohne Kontinuität, und einen Beginn ohne Abschluss.

So kann sie, die Klartext ebenso liebt wie gelegentlich ätzenden Witz, leichter und glaubwürdiger austeilen als andere. Vor wenigen Wochen etwa kritisierte sie den litauischen Außenminister, weil dieser sich für politische Entscheidungen seines Vorgängers bei der polnischen Presse entschuldigte. Im Namen des Staates entschuldigen könne

sich, rügte sie den Außenminister, nur eine vom Volk gewählte Instanz (also sie), nicht eine ernannte. Kurz danach warnte sie den Botschafter in Washington, weil dieser die neue Linie des Außenministers gelobt hatte – alle Beamte, auch Diplomaten, sollten wie vom Gesetz vorgeschrieben politisch neutral sein und nicht politisieren, warf sie ihm öffentlich vor. Das reiht sich ein in ihren Wahlkampf, in dem sie sagte, fünf Minister müssten nach ihrer Wahl um ihren Posten fürchten. Vorgehen, ja kämpfen, will sie jedenfalls gegen „die Oligarchen“ und deren „kriminelle Schatten“. Die Verbindung „nicht gerade sauberer Unternehmen“ mit Medien und Politikern seien, sagte sie unlängst, ein Krebsgeschwür in der Gesellschaft, das die Entwicklung hemme, gegen Land und Leute arbeite.

KORRUPTIONSABBAU UND KARATE

Seit dem Regierungswechsel von einer bürgerlichen zu einer linken Mehrheit im Parlament fehlt ihr die Möglichkeit, ihre wirtschaftspolitischen Ziele im Parlament durchzusetzen. Das hat sie sichtlich geschwächt, in ihren klaren Äußerungen hemmt sie das aber nicht. Auch gegen vermeintlich ganz Große geht sie vor, wenn sie das für nötig hält. So zählte sie zu jenen Mitgliedern der Kommission, die einst Frankreich und Deutschland rügten, weil diese den Stabilitätspakt der EU nicht hinreichend beachteten. Gegen Südländer der EU wettet sie ohnehin ebenso wie gegen Moskau. Auch den britischen Premierminister David Cameron schont sie nicht. Zu seiner jüngsten Europarede sagte sie, von ihm erwarte sie nichts anderes – ihm gehe es nur darum, die eigene Öffentlichkeit zu beeindrucken und die Wahlen vorzubereiten. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel, vor fünf Jahren Trägerin des Karlspreises, ist eine der wenigen, deren Politik sie lobt: Deutschland übernehme „enorme Verantwortung für Europa und für Mitgliedstaaten, die nicht einmal ihre Hausaufgaben machen können. Das ist einmalig.“

Über die Tagespolitik hinaus ist die Karlspreisträgerin ebenso entschieden, vor allem, wenn es um die Beziehungen zu Moskau geht. Wie schlau sie da vorgeht, zeigte ihre Weigerung, zu den Feiern zum 65. Jahrestag des Sieges der Roten Armee über Nazi-Deutschland zu gehen – ein in allen drei baltischen Staaten heikles Thema. Für sie bedeutet

Das Litauen historisch eng verbundene Polen spart Grybauskaitė von Kritik nicht aus, anders als ihr Vorgänger Valdas Adamkus, dem eine verbesserte Beziehung zum großen Nachbarn im Westen ein Herzensanliegen war.

die Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft zugleich der Beginn des sowjetischen Jochs. Da sagte sie, sie führe nach Moskau, falls ihr russischer Amtskollege zuvor auch zum zwanzigsten Jahrestag der Unabhängigkeit Litauens von der Sowjetunion nach Vilnius käme. Thema erledigt. Aber auch das Litauen historisch eng verbundene Polen spart sie von Kritik nicht aus, anders als ihr Vorgänger Valdas Adamkus, dem eine verbesserte Beziehung zum großen Nachbarn im Westen ein Herzensanliegen war.

Ihre Landsleute ruft sie dazu auf, Freiheit nicht gegen kurzfristige Begünstigungen auszutauschen – weder bei Wahlen noch im Streben nach Unabhängigkeit der Energiezufuhr (bei der Russland immer wieder seinen kleinen Nachbarn bedrängt und drosselt) noch in den internationalen Beziehungen. Dass Litauen über fünf Jahrzehnte hinweg Besatzung, Sibirien und Blockaden (der Energiezufuhr) überlebt habe, sei nicht ein Wunder, sondern eine Folge des unbrechbaren Willens der Litauer zur Einheit, sagte sie im Februar zum 95. Jahrestag der Wiederherstellung des litauischen Staates – übrigens im Beisein des polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski.

Ihre Entschiedenheit zeigt sich im Politischen wie im Privaten. Wenn es um Fiskaldisziplin, um Unabhängigkeit, um Werte geht, ist sie unbeugsam. Als sie nach Brüssel ging, sagte sie, sie suche die Schwierigkeiten – zum Urlauben sei sie nicht gekommen. Das zeigt sie auch beim Kampfsport. Sie dürfte die einzige Staatschefin sein, die den schwarzen Gürtel in Karate hat. Dabei gehe es, zeigt sie sich überzeugt, um das Vermeiden physischer Gewalt, körperlichen Kontakts. Das sei eine Lebensphilosophie, eine Disziplin, die den Angriff dank psychologischer Taktik vermeide und gleichzeitig helfe, die Arbeit zu strukturieren.

Entschlossenheit schließt bei der Karlspreisträgerin nicht eine Offenheit aus, eine Bereitschaft zu Neuem und zu Reformen, und auch persönlich eine Anpassungsfähigkeit – vor Reformen, vor Änderungen habe sie nicht Angst, sagte sie. Das zeigte sie schon in den drei Jahren als Finanzministerin, in denen sie in einer bisweilen trägen oder zerstrittenen Gesellschaft durchsetzte, was andere Reformstaaten

des östlichen Mitteleuropas mit Neid sahen und was wohl auch dem einen oder anderen Staat Südeuropas gut täte: ein elektronisches Steuererfassungssystem, eine Modernisierung des Zolls, in ihrem Umfeld ein Abbau der Korruption. Sie widersetzte sich Versuchen, Subventionen an die litauische Landwirtschaft anzuheben. Bei Privatisierungen ging sie pragmatisch vor, was ausländische Investoren nach Litauen zog. Nicht zufällig lag beim EU-Eintritt Litauens dessen Anteil in der Industrie Beschäftigter höher als in Deutschland. In ihrer Amtszeit brachte sie Litauen nicht nur zu einem Haushaltsüberschuss, sondern zum mit neun Prozent höchsten Wirtschaftswachstum innerhalb der EU. Als sie die Körperschaftssteuer senkte, erhielt der größte der baltischen Staaten weit höhere Einnahmen. Zweimal innerhalb gut eines Jahrzehnts erlebte Litauen eine heftige Wirtschaftskrise. Beide Male aber verzichtete Grybauskaitė darauf, Hilfe von der EU oder dem Währungsfonds zu erbitten. Frühzeitig koppelte sie die Landeswährung Litas, die zuvor an den Dollar gebunden war, an den Euro. Das soll nun zum Jahreswechsel 2014/2015 zur Übernahme des Euro führen, eine der Begründungen für die Verleihung des vielleicht wichtigsten europäischen Preises. Derzeit erlebe Europa, sagt sie, nicht eine Eurokrise, sondern eine Krise der politischen Verantwortlichkeit.

GRYBAUSKAITĖ IN BRÜSSEL

Als die Regierung sie 2004 zur EU-Kommissarin nominierte, war das naheliegend und folgerichtig. Sie konnte sich übrigens als einzige ihrer Runde bei den parlamentarischen Anhörungen einigermaßen ungeschoren präsentieren. Als gar nicht kleine Sensation aber galt, dass der designierte Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso sie als Haushaltskommissarin vorschlug – die Vertreterin eines EU-Neulings und eines mit nur 3,3 Millionen Bewohnern relativ kleinen Staates für eine der wichtigsten Aufgaben der Union. Bereit haben dürfte Barroso seinen Wagemut nicht. Er war unterlegt durch Menschenkenntnis und das Gespür, dass bisweilen vermeintlich Kleine eher Mut haben zu eigenständigen und notwendigen Entscheidungen. Das war aber auch ein persönlicher Triumph für Dalia Grybauskaitė, die in ihren Brüsseler Jahren ihren Ruf festigte und die Grundlage schuf, nun als Präsidentin relativ unangefochten das durchzusetzen, was sie in Litauen

für wichtig hält – auch wenn es in den letzten Monaten mehr Grummeln gegeben haben mag als zuvor.

Sie genoss in Brüssel den Ruf, als eine der wenigen Kommissare sich nicht als Sachwalter und Interessenvertreter des Entsendelandes zu sehen und geben. Nicht selten richtete sie harsche Kritik just an Litauen. So mahnte sie mehrfach die politische Elite daheim in den Aufschwungjahren, man dürfe nicht „Festgelage in Zeiten der Cholera“ halten, statt sich um die Probleme der Bürger zu kümmern. Sobald sie aber dann in Vilnius als Präsidentin alle vertreten wollte, trug sie immer wieder mal litauische Trachten – hier war sie dann nationalbewusster und traditioneller als andere Städter.

Bequem war Grybauskaitė auch als Kommissarin nicht. Das bekamen südliche EU-Mitglieder zu spüren, als es um Gelder für Fisch, Oliven, Zucker ging. Wie stets jonglierte sie dann ebenso gerne wie furios und präzise mit Zahlen. Sie war davon überzeugt und ist es vermutlich noch immer, dass die Union zu viel Geld für die Landwirtschaft ausgibt und zu wenig für Forschung. Immerhin lagen im von ihr verantworteten Haushaltsjahr 2008 die Ausgaben für Wachstum und Beschäftigung höher als jene für die Landwirtschaft. Das entsprach ihrem Streben nach einem wissensbasierten Wirtschaftssystem und danach, Litauen solle innerhalb der EU im positiven Sinn Unruhestifter sein. In ihren klaren Worten auch innerhalb der EU lässt sie nicht nach: Zu Jahresbeginn sagte sie, man könne 30 Jahre lang mit ausgestreckten Händen stehen „wie einige südeuropäische EU-Mitglieder das taten“, ohne dass deren Wettbewerbsfähigkeit oder Innovation sich gestärkt hätten.

Ihre erfolgreiche und durchsetzungsstarke Sparpolitik mag das größte Einzelverdienst der Karlspreisträgerin sein. Damit will sie mittel- bis langfristig den Wohlstand der Litauer mehren; die Stabilität des Landes sichern; und mittelbar weit wohlhabenderen europäischen Staaten zeigen, wie man europäische und wirtschaftliche Vorgaben und Zwänge erfüllen kann und dabei noch seine Bevölkerung mitnimmt. Alles hat aber seine Kehrseite, vor allem das Sparen, wie man an so manchen Debatten auch der vergangenen Monate sieht. In Litauen, besser im nordöstlichen Mitteleuropa, hat dies Sparen auch eine europäische Dimension.

Diese zeigt das Dilemma, vor dem die Präsidentin zu Beginn ihrer Amtszeit stand. Zu ihren Sparvorgaben zählten Ausgaben für eine Reformpolitik, gerichtet auf die großen Nachbarn Ukraine und Weißrussland und die Reformländer südlich davon wie Georgien. Ungewöhnliche und im gesamteuropäischen Interesse bewundernswerte Vorhaben liefen aus oder wurden eingedämmt. Dabei ging es um Versuche, die demokratischen Kräfte vor allem in Weißrussland und der Ukraine zu stärken – ein gewagtes Vorgehen, zumal angesichts der Größe und der Wirtschaftskraft Litauens im Verhältnis zu seinen beiden großen Nachbarn im Süden. Dabei geht es ihr nicht um eine grundlegende außenpolitische Richtungsänderung. Sie versucht weiterhin, die weißrussische Opposition zu stützen und einen Wandel durch Dialog, Druck und vorsichtige Annäherung zu bewirken.



Dalia Grybauskaitė als EU-Kommissarin: „Als die Regierung sie 2004 nominierte, war das naheliegend und folgerichtig.“ | Quelle: © Europäische Kommission, P-010866/00-28.

Inwieweit das Drängen auf Reformen Erfolg hatte und hat, mag zweifelhaft sein. Weißrussland blieb unter Präsident Alexander Lukaschenka trotz aller Bemühungen aus Vilnius und Warschau die letzte Diktatur Europas. Da hatte Vilnius sich immer wieder bemüht mit Plänen und meist erfolglosem Drängen in der EU. Dabei ging es um zahllose Papiere zur Europäischen Nachbarschaftspolitik, die im Außenministerium in Vilnius entworfen wurden. Sie richteten sich vor allem an Weißrussland und die Ukraine, aber auch, wiewohl begrenzter, in der Vision einer Achse der

Für Litauen und seinen damaligen Präsidenten Adamkus ging es auch um die Rolle Litauens als Brückenbauer zwischen EU, Nato und seinen östlichen und südlichen Nachbarn.

Freiheit an Moldau, Armenien und Georgien. Für Litauen und seinen damaligen Präsidenten Adamkus als treibende Kraft ging es um die Integration dieses Staatengürtels in die europäischen Demokratien; um den Ausbau einer Zone der Sicherheit und Stabilität nach Osten hin; aber auch um die Rolle Litauens als Brückenbauer zwischen EU, Nato (und damit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten) sowie seinen östlichen und südlichen Nachbarn.

Viele in Brüssel, vor allem aus den südeuropäischen Ländern, interessierten sich indes kaum für das, was in den beiden früheren Sowjetrepubliken geschah. Dazu kam das Bemühen um diskretes aber aktives Eingreifen an der Grenze des diplomatisch Konventionellen. Ein Beispiel war die Finanzierung von Radiosendern, die einer von freien Informationen abgeschnürten Region Europas Zugang unabhängig von staatlichen Radiomonopolen bot. Dann ging es um Bürgerrechtsgruppen, die von Litauen und Polen aus versuchten, die demokratische Opposition in der Ukraine und vor allem Weißrussland zu stützen. Und drittens um die regimekritische weißrussische Europäische Humanitäre Universität, die nach der erzwungenen Schließung von Minsk in das Exil nach Vilnius zog. Dass dies nicht nur folgenloses Großmachtgehabe war, zeigte die Reaktion des russischen KGB in einer Warnung an die Duma unter Hinweis auf die litauische Rolle beim Umsturz in der Ukraine, Vilnius sei dabei, eine „Revolution nach Weißrussland zu exportieren“.

Das geschah nicht nur aus dem Streben, als junges Mitglied der EU und der Nato außenpolitisch eigene Akzente zu setzen, sondern auch aus Dankbarkeit dafür, dass in den Jahren des Widerstands in den späten 1980er Jahren Litauen Unterstützung aus dem Ausland erhielt und eine Dankesschuld zurückgeben wollte, nun an andere Unterdrückte. Zum anderen mag ein wenig die Historie eine Rolle gespielt haben, schließlich waren die Territorien der Ukraine, Weißrusslands und auch Polens einst weitgehend von Vilnius aus regiert worden.

REFORMEN UND AUSSENPOLITISCHE NEUAUSRICHTUNG

Das alles zu koordinieren und zu finanzieren, ist für eine kleine politische Elite wie in Vilnius natürlich ebenso wagemutig wie teuer. Hier beschloss Dalia Grybauskaitė, einhergehend mit ihrem strikten Sparkurs, diese Vorhaben zu kappen. Das beruhte vor allem auf ihrem Sparwillen, aber wohl auch auf einer außenpolitischen Umorientierung im Wechsel der Präsidentschaft von Adamkus zu Grybauskaitė. Adamkus stimmte sich in seiner Europapolitik, in der Energiestrategie, in der Regionalpolitik, im Bemühen um die Achse der Freiheit eng mit Polen ab. Das änderte die neue Präsidentin Grybauskaitė. Wichtigster Ansprechpartner war für sie, aus der Biografie her wie auch aus Überzeugung, Brüssel, zudem begrenzter auch Berlin, künftig weniger Warschau. Das ist nicht zu trennen von der seit Jahrhunderten ebenso engen wie schwierigen Beziehung zwischen Polen und Litauen, die einst durch ihr Doppelkönigreich verbunden waren. Sprachlich, kulturell, mit dem katholischen Glauben und dem barocken Baustil sind beide Länder von jeher eng verflochten. Das bringt auch Spannungen und eine überaus komplexe und schwierige Beziehung beider Nachbarn zueinander. Dalia Grybauskaitė bewegte die Politik ihres Landes zurück in die Linie eher nationalstaatlich denkender Litauer: mehr Skepsis gegenüber Polen.

Grybauskaitė betrieb einen außenpolitischen Umbruch weg von Warschau, hin zu Brüssel mit seinen Strukturen. Eine vertiefte EU-Integration ist ihr wichtiger als eine wie auch immer geartete Osterweiterung. Das gilt auch für die für Litauen und für Grybauskaitės Politik elementare Energiepolitik. Versorgung und Sicherheit sucht sie im Rahmen einer Energieintegration mit der EU. Aus dieser Neuorientierung folgte eine sanfte Abkehr vom Bemühen um die Vision einer Achse der Freiheit. Wie folgenschwer das für die Region und mittelbar auch für Europa war und ist, wird schwer zu beurteilen sein. Wer weiß schon, wie es sich sonst in Weißrussland und der Ukraine entwickelt hätte? Diese spürten vor einigen Jahren beide Ansätze eines Umbruchs. Und wer weiß, in wieweit die Hilfen an Reformgruppen wirklich etwas bewirkt hatten? Jedenfalls schwächte sich die Reformpolitik in beiden Ländern ab. Ob das mittelbar eine wohl

ungewollte Kehrseite des beispielhaften Spar- und Reformkurses, der mit dem Karlspreis gerühmt und geehrt werden soll, war, wird unergründet bleiben. Das trug jedenfalls bei zu einer Rückkehr in den russischen Einflussbereich, aus dem sich Minsk wie auch Kiew zu lösen begonnen hatten. Es wäre wohl allzu einfach, wollte man das nur auf die Sparvorgaben der Finanzministerin, der Kommissarin, der Präsidentin zurückführen. Damit einher geht, dass die Europäische Union diese litauisch-polnischen Reformansätze wenig stützte, politisch wie auch finanziell – also auch ein gesamteuropäisches Versagen aus Verzagtheit oder Desinteresse.

Der Respekt, den Dalia Grybauskaitė genießt, beruht auf so manchen Säulen. Da ist ihre anspruchslose Unbestechlichkeit, ihre nüchterne Sachbezogenheit, ihre von niemandem angezweifelte Sachkompetenz, ihre Anpassungsfähigkeit. Dazu kommen aber auch Erfolge, die sie Litauen als Finanzministerin, als Kommissarin und als Präsidentin brachte. Ihr Beharren auf einem strikten Sparkurs fiel den meisten nicht leicht, zumal wenn die Linksparteien, die dies nicht mochten, vergleichende Statistiken mit Ländern wie Griechenland und deren Mindestlöhnen bringen. Die Bevölkerung merkt aber in den letzten Jahren, dass ihre Präsidentin mit ihrem strikten Kurs dem Land Erfolg brachte. Nicht nur in den Städten, auch auf dem Lande geht es zwar nur allmählich, aber sichtbar den meisten besser – im Gegensatz zum benachbarten Lettland, wo wirtschaftlich und sozial der Weg eher bergab zu gehen scheint. Das Verhältnis zwischen Litauen und Lettland gemessen an der Lebensqualität und der Zuversicht hat sich umgekehrt. Viele sehen ihre Präsidentin als ihren „Retter“. Andere nennen Dalia Grybauskaitė einen „weißen Ritter“. Dieser füllt das Wappenschild der uralten Kulturnation, die geografisch am Nordostrand, kulturell aber im Herzen Europas liegt.



GEMEINSAM MEHR ERREICHEN

DER FREUNDKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

Der Freundeskreis bietet all jenen eine Heimat, die sich den christlich-demokratischen Grundwerten im Sinne Konrad Adenauers verbunden fühlen und auf dieser Basis ihren Teil zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten wollen.

Die Förderer des Freundeskreises gehören zur „KAS-Familie“ und stehen in regelmäßigem Kontakt mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie erhalten kostenlos aktuelle Informationen über Arbeitsschwerpunkte und auf Wunsch erstellen die Experten der Stiftung individuelles Informationsmaterial zu ausgewählten politischen Themengebieten.

Exklusiv für den Freundeskreis bietet die Stiftung Seminare mit hochkarätigen Referenten an. Unterstützt vom internationalen Netzwerk der KAS ermöglichen politische Studienreisen den Förderern einmalige Einblicke und unvergessliche

Eindrücke der besuchten Länder und ihrer Politik, Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Als Förderer im Freundeskreis tragen Sie dazu bei, die Leistungsfähigkeit und hohe Qualität des Angebots der Konrad-Adenauer-Stiftung langfristig zu sichern. Wir bedanken uns für Ihr Engagement!

Weitere Informationen über den Freundeskreis und den jährlichen Förderbeitrag finden Sie unter **www.kas.de/freundeskreis**

Ihr Ansprechpartner:
Marcus Derichs
Telefon: 02241/2462616
Telefax: 02241/2462539
marcus.derichs@kas.de

Freundeskreis
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12 | 53754 Sankt Augustin



FREUNDKREIS
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG



Dr. Lars Peter Schmidt ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau und Landesbeauftragter für die Russische Föderation.



Johann C. Fuhrmann ist Trainee im Auslandsbüro Moskau. Er studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Sciences Po Paris und der London School of Economics.

NICHTREGIERUNGS-ORGANISATIONEN IN RUSSLAND

ZUR SITUATION EIN JAHR NACH PUTINS AMTSANTRITT

Lars Peter Schmidt / Johann C. Fuhrmann

Ein Jahr ist seit dem erneuten Amtsantritt von Wladimir Putin vergangen. Die von ihm angekündigte Öffnung des politischen Systems blieb jedoch aus. Im Gegenteil, der russische Staat versucht vehement, seinen Einfluss auf die Gesellschaft weiter auszubauen und demokratische Spielräume einzuengen, um Kritik aus dem Inland und politische Einflussnahme aus dem Ausland zu unterbinden. Damit schadet der Kreml nicht nur der russischen Zivilgesellschaft und der politischen Opposition, sondern er isoliert sich zunehmend auch von seinen politischen Partnern im Westen.

Bei der gemeinsamen Eröffnung der Hannover-Messe im April war die Stimmung zwischen Wladimir Putin und Angela Merkel sichtlich angespannt. Der Kritik von Außenminister Guido Westerwelle waren deutliche Worte der Bundeskanzlerin gefolgt: Beide kritisierten die Razzien der russischen Behörden bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Russland als „inakzeptabel“. Von den Überprüfungen waren auch die Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung betroffen. Dabei handelte es sich keineswegs um Einzelfälle. Nach Angaben russischer Medienvertreter wurden zwischen Anfang März und Ende April 2013 mindestens 256 NGOs in 55 der 83 Regionen Russlands durch russische Behörden untersucht. Hierzu zählten auch Partnerorganisationen der deutschen Stiftungen, wie die Menschenrechtsorganisation Moskauer Helsinki-Gruppe und Memorial, eine Organisation, die sich um die Aufklärung von Gewaltverbrechen der Stalinzeit bemüht und sich für die Rechte politischer Minderheiten engagiert.

Im Kreml tut man sich offenbar schwer im Umgang mit der veränderten politischen Stimmung in Russland, die ihren Ausdruck in den Protesten der neuen russischen Mittelschicht fand, die sich im Kontext der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor einem Jahr ereigneten. Seit diesem Zeitpunkt stehen auch Nichtregierungsorganisationen zunehmend unter dem Druck des Kremls. So hatte etwa die russische Organisation Golos (Stimme) mit massiver finanzieller Unterstützung durch die USA über Wahlfälschungen berichtet, was von Seiten der russischen Regierung als Einflussnahme des Auslands interpretiert wurde. In der Folge wurde auch USAID, die amerikanische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit, im September 2012 des Landes verwiesen. Das russische Außenministerium hatte diesen Schritt mit politischer Einmischung durch die Organisation begründet, die auch zur Beeinflussung von Wahlen beigetragen habe. Das US-Hilfsprogramm war seit 1991 in Russland tätig, investierte rund 2,1 Milliarden Euro in zivilgesellschaftliche Projekte und förderte mit diesen insbesondere die politische Opposition. Im Kreml und im Staatsfernsehen macht man den Westen, insbesondere die USA, als Initiatoren für die politischen Proteste des vergangenen Jahres verantwortlich.

Nichtregierungsorganisationen stehen zunehmend unter dem Druck des Kremls. USAID wurde im September 2012 aus Russland verwiesen.

KLEINE REFORMEN, GROSSE RÜCKSCHRITTE

Nachdem es Ende 2011 zu ersten Protesten der urbanen Mittelschicht in Moskau und St. Petersburg gekommen war, versprochen Putin und Medwedew den Bürgern eine zunehmende Integration in politische Entscheidungsprozesse. Statt eines Programms hatte Putin im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen nacheinander sieben Aufsätze veröffentlicht, die sich auch mit den politischen Anliegen der Protestbewegung befassten. Innenpolitisch versprach er Reformen, um den gesellschaftlichen Einfluss der Zivilgesellschaft zu stärken.

Die russische Gesellschaft sei nicht mehr die gleiche wie noch vor zehn Jahren, so Putin. Unter seiner und Medwedews Führung sei eine Mittelschicht entstanden, die zunehmend politische Teilhabe verlange. Diesem Wunsch müsse und werde man nachkommen und entsprechende Mechanismen entwickeln, so Putin in seinem Aufsatz über

„Demokratie und Staatspolitik“, der im Februar letzten Jahres erschien. Daraufhin wurde die Wiedereinführung von Regionalwahlen beschlossen, die 2012 erstmals seit acht Jahren in einigen Föderationssubjekten durchgeführt wurden. Auch die Neugründung politischer Parteien wurde erheblich erleichtert. Für die Neuzulassung werden nur noch mindestens 500 Mitglieder verlangt – zuvor waren es 40.000. Doch nach dem Amtsantritt folgte eine Reihe von Gesetzen, die eine zunehmende staatliche Kontrolle zivilgesellschaftlicher Prozesse zum Ziel haben: So wurde etwa der Straftatbestand der Verleumdung, bezogen auf Äußerungen in politischen Kommentaren, wieder eingeführt und mit 500.000 Rubel (etwa 12.500 Euro) be-

Im September 2012 hat die russische Staatsduma ein Gesetz verabschiedet, das die Definition und das Strafmaß für Landesverrat und Spionage verschärft.

legt. Ebenso wurde das Versammlungs- und Demonstrationsrecht verschärft. Im September 2012 hat die russische Staatsduma ein Gesetz verabschiedet, das die Definition und das Strafmaß für Landesverrat und Spionage verschärft. Im Falle einer Verurteilung drohen nun zwölf bis 20 Jahre Haft. Dadurch, dass die zentralen Begriffe der Gesetze sehr ungenau oder gar nicht definiert werden, wird zusätzlich Unsicherheit erzeugt.

VERSCHÄRFTES VORGEHEN GEGEN NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Bereits im Juni 2012 wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach sich Nichtregierungsorganisationen, die Geld aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ registrieren lassen müssen – ein Begriff, der im Russischen mit Spionage gleichzusetzen ist. Die Wortwahl wurde aus diesem Grund auch vom russischen Justizminister Alexander Konowalow kritisiert. Das im November in Kraft getretene Gesetz schreibt den NGOs vor, ihre Bilanzen und Finanzquellen zu veröffentlichen. Doch bereits das seit 2006 gültige Gesetz verpflichtete russische NGOs, die Geld aus dem Ausland erhalten, zu regelmäßigen Finanzberichten über Einnahmen und Ausgaben. Auch ausländische NGOs, wie die Politischen Stiftungen, mussten vierteljährlich Finanzberichte beim Justizministerium einreichen sowie eine externe Wirtschaftsprüfung vornehmen lassen. Kritiker gehen daher davon aus, dass das Ziel der Gesetzgebung nicht eine gesteigerte Transparenz ist. Vielmehr geht es darum, NGOs, die Geldmittel aus dem Ausland erhalten, zu diskreditieren

und als Vertreter westlicher Interessen darzustellen, die den Anliegen Russlands widersprechen. In der Folgezeit war keine seriöse Organisation bereit, sich im Sinne des Gesetzes als „Agent“ einstufen zu lassen. Nachdem Putin vor Vertretern der russischen Staatsbehörden eine strikte Umsetzung des Gesetzes einforderte, folgten Untersuchungen bei zahlreichen NGOs. Hierunter fielen dann auch die Überprüfungen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau und der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Petersburg. Bei der Rechtfertigung des Vorgehens berufen sich offizielle russische Stellen auf den Foreign Agents Registration Act, ein US-amerikanisches Gesetz aus dem Jahre 1938, das den russischen Bestimmungen als Vorlage gedient habe. Das amerikanische Gesetz war in der Vorkriegszeit beschlossen worden und nicht gegen sämtliche Nichtregierungsorganisationen in den USA, sondern explizit gegen Agententätigkeit gerichtet. Zu Massenuntersuchungen, wie diese von den russischen Behörden seit März vorgenommen werden, war es in den USA auf Grundlage dieses Gesetzes nie gekommen.

Bei der Rechtfertigung des Vorgehens berufen sich offizielle russische Stellen auf den Foreign Agents Registration Act, ein US-amerikanisches Gesetz aus dem Jahre 1938.

Gerade da Politische Stiftungen und NGOs seit Jahrzehnten einen festen Bestandteil der deutsch-russischen Beziehungen darstellen, stießen die Razzien auf heftige internationale Kritik. Dabei unterhält auch die russische Regierungspartei eine parteinahe Stiftung, die im In- und Ausland aktiv ist. Das Zentrum für sozial-konservative Politik verfügt neben seiner Moskauer Zentrale nach eigenen Angaben über 20 regionale Büros und Konferenzzentren in Russland. Das Europabüro der Stiftung hat seinen Sitz in Berlin. Ein Auslandsbüro in Singapur ist für Projekte im asiatischen Raum zuständig.

Auf die Überprüfungen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Beschlagnahmungen der Computer bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Petersburg wurde in Deutschland schnell reagiert. Nach Intervention des deutschen Außenministers und der Einladung des Russischen Gesandten zu einem Gespräch im Auswärtigen Amt wurden der Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Computer einen Tag später zurückgegeben und das Verfahren eingestellt. Doch auch die deutliche internationale Kritik konnte das Vorgehen gegen russische NGOs nicht stoppen. Ende April entschied

ein Moskauer Gericht, dass sich die Wahlbeobachterorganisation Golos als ausländischer Agent registrieren lassen müsse. Dabei hatte Golos seit der Verabschiedung des Gesetzes kein Geld mehr aus ausländischen Quellen erhalten. Doch der Organisation war 2012 der mit 50.000 Euro dotierte Andrei Sacharow-Preis des Norwegischen Helsinki-Komitees zugesprochen worden. Die Tatsache, dass Golos das Preisgeld zurückgab, war für die Urteilsfindung des Gerichts offenbar nicht von Belang.

Das Vorgehen gegen die NGOs hat in der russischen Zivilgesellschaft viel Verunsicherung verursacht. Organisationen können nun keine finanzielle Unterstützung aus dem Ausland mehr annehmen, ohne sich als Agenten registrieren zu lassen.

Der Kreml hat zwar Finanzmittel zur Unterstützung von NGOs in Aussicht gestellt, aber es wird befürchtet, dass das Geld ausschließlich kremlinnahe Organisationen zugute kommen wird.

Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen wird die Ablehnung ausländischer Zahlungen vielen NGOs nicht möglich sein. Der Kreml hat zwar Finanzmittel zur Unterstützung von NGOs in Aussicht gestellt, aber es wird befürchtet, dass das Geld ausschließlich kremlinnahe Organisationen zugute kommen wird. Das Agentengesetz, das sich eigentlich gegen politisch aktive, russische NGOs richtet, die Geld aus dem Ausland erhalten, wird von den staatlichen Behörden sehr undurchsichtig umgesetzt, was zusätzlich zu Irritationen führt. Im Falle der deutschen Politischen Stiftungen handelt es sich beispielsweise gar nicht um russische Organisationen. Die deutschen Stiftungen sind als Filialen ausländischer NGOs beim russischen Justizministerium registriert und stellen somit keine juristischen Personen im Sinne des Agentengesetzes dar. Im Kontext des Gesetzes wurde beispielsweise auch die Caritas in St. Petersburg überprüft, die sich mit Sozialprojekten etwa für Obdachlose und Straßenkinder einsetzt. Die Einstufung der Caritas als „politisch aktive“ NGO ist abwegig. Der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin äußerte bereits die Befürchtung, dass die Arbeit für die meisten NGOs viel schwieriger werden wird, da sie mehr denn je unter staatlicher Kontrolle stehen.

Durch ständige Veränderungen der Vorschriften und Regelungen wird auch die Entsendung ausländischer Mitarbeiter für NGOs, Politische Stiftungen und Wissenschaftsverbände immer schwieriger. Derzeit wird eine neue Regelung

erarbeitet. Ausländische NGO-Mitarbeiter sollen sich zukünftig auf eine Quote für ausländische Arbeitskräfte in Russland bewerben. Nach erfolgreicher Zuteilung einer solchen Quote kann die notwendige Arbeitserlaubnis beantragt werden. Dieser Prozess ist mit aufwendigen medizinischen Untersuchungen verbunden und muss jährlich erneuert werden. Zusätzlich muss auch noch eine Aufenthaltsgenehmigung beim Migrationsdienst der Russischen Föderation beantragt werden, die ebenfalls nur für ein Jahr Gültigkeit besitzt. Kritiker befürchten, dass das neue Verfahren die Ablehnung ausländischer NGO-Mitarbeiter erheblich erleichtern könnte. Im Falle einer Ablehnung könnte sich der russische Staat auf die erfolglose Bewerbung des Mitarbeiters auf die Quote für ausländische Arbeitskräfte berufen, anstatt politische Motive als Begründung anzuführen. Bereits Ende letzten Jahres war es aufgrund ungeklärter Zuständigkeiten bei den russischen Behörden zu Problemen bei der Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen der Mitarbeiter der deutschen Stiftungen gekommen. Nach einer Intervention gelang es jedoch, im Zuge einer Sonderregelung die entsprechenden Genehmigungen für ein Jahr zu verlängern. Insgesamt hat sich der Status für ausländische NGOs mit entsandten Mitarbeitern deutlich verschlechtert.

Bereits Ende letzten Jahres war es zu Problemen bei der Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen der Mitarbeiter der deutschen Stiftungen gekommen.

NAVALNY-PROZESS UND JUSTIZREFORM

Nicht nur NGOs werden zunehmend unter Druck gesetzt. Der Kreml geht auch verstärkt gegen Oppositionspolitiker vor. Gegen Alexey Navalny, der als eine führende Persönlichkeit der Protestkundgebungen gilt, wurde aufgrund eines angeblichen Korruptionsskandals ein Gerichtsverfahren in der Stadt Kirow eröffnet. Navalny wird vorgeworfen, 2009 seine Anstellung als Berater des Gouverneurs von Kirow ausgenutzt und durch dubiose Geschäfte beim Handel mit Holz 16 Millionen Rubel, umgerechnet etwa 400.000 Euro, unterschlagen zu haben. Ein Großteil der russischen Bevölkerung vermutet politische Motive als Grund für den Prozess. Bei einem mehr als vierstündigen TV-Auftritt Ende April betonte Putin, dass er sich sicher sei, dass ein objektives Urteil im Prozess gegen Navalny gefällt werde. Wer gegen Korruption kämpfe, der müsse selber sauber sein, so Putin. Beinahe zeitgleich mit der Eröffnung des Verfahrens

wurde in der russischen Staatsduma ein Gesetz verabschiedet, das Straftätern die Kandidatur in Präsidentschaftswahlkämpfen untersagt. Im Falle einer Verurteilung, auch einer Bewährungsstrafe, wäre Navalny somit von einer zukünftigen Kandidatur gegen Putin ausgeschlossen. Navalny hatte zahlreiche Korruptionsskandale russischer Politiker aufgedeckt und die Fälle im Internet veröffentlicht. Bei der Wahl eines Oppositionsrates, an der sich Ende Oktober 2012 über 170.000 Bürger beteiligten, hatte Navalny die meisten Stimmen erhalten. Navalny war Mitglied der liberalen Jabloko-Partei, wurde später jedoch aufgrund extrem rassistischer Äußerungen ausgeschlossen. Sein politischer Spagat zwischen liberalen und rechtsradikalen Ansichten ließe sich kaum zu einem kohärenten, mehrheitsfähigen Programm vereinen. Der Prozess offenbart somit nicht zuletzt die zunehmende Ungeduld der politischen Machthaber im Kreml, die derzeit entschlossen gegen innenpolitische Kritiker vorgehen.

Russische Verfassungsrichter blicken mit wachsender Sorge auf die momentane Entwicklung des Rechtssystems. Die Rechtssicherheit für Unternehmen und Privatpersonen war in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Doch in den vergangenen Monaten kam es vermehrt zu Urteilen, denen eine politische Motivation nachgesagt wird. So kamen erneut auch in Russland Zweifel an der Unabhängigkeit der Gerichte im Zusammenhang mit dem Navalny-Prozess auf. Wachsende Kritik wird auch an einer geplanten Justizreform geäußert. Es wird diskutiert, die drei obersten Gerichte des Landes zusammenzufassen und nach St. Petersburg zu verlagern. Da sich das Oberste Gericht, das Oberste Wirtschaftsgericht und das Verfassungsgericht mit sehr unterschiedlichen Problemstellungen befassen, ist ungewiss, ob eine Zusammenlegung dieser Instanzen aus juristischer Perspektive überhaupt zweckmäßig ist. Kritiker sehen die Gefahr, dass die Sonderstellung des Verfassungsgerichtes marginalisiert werden könnte. Aufgabe des Gerichtes ist es, die Verfassungskonformität von Gesetzen und Rechtsnormen zu prüfen. Um Korruption bei Gerichtsverfahren zu verhindern, wird auch über die Schaffung eines „föderalen Dienstes zum Schutz der Gerichte“ nachgedacht, der Richter vor äußerer Einflussnahme und Drohungen absichern soll.

WACHSENDE SPANNUNGEN ZWISCHEN MOSKAU UND WASHINGTON

Außenpolitisch geht es Russland besonders darum, Stärke und Handlungsfähigkeit zu beweisen. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufkündigung des Nunn-Lugar-Programms mit den USA im letzten Oktober zu verstehen. Seit 1991 waren durch das durch die USA finanzierte Projekt veraltete biologische, chemische und atomare Waffen entsorgt worden. Nach eigenen Angaben war dem US-Außenministerium von russischer Seite mitgeteilt worden, dass man zur Entsorgung keiner ausländischen Hilfe mehr bedürfe.

Die Spannungen zwischen Russland und den USA haben sich in den vergangenen Monaten zunehmend verschärft, als Washington und Moskau begannen, sich gegenseitig mit Gesetzen zu provozieren. Aus den USA wurde zunehmend Kritik an Menschenrechtsverletzungen geäußert, die in der Unterzeichnung des Magnitski Act durch US-Präsident Obama im Dezember 2012 gipfelten. Der Anwalt Magnitski hatte in Russland für eine US-amerikanische Kanzlei gearbeitet und war aufgrund angeblicher Steuervergehen festgenommen worden, nachdem er einen Korruptionsskandal staatlicher Stellen aufgedeckt und öffentlich gemacht hatte. Nach fast einem Jahr in Untersuchungshaft starb Magnitski im November 2009. Offenbar war er zuvor von russischen Beamten misshandelt worden. Die russische Justiz stellte ihre Ermittlungen ergebnislos ein. Als Antwort hierauf wurde der Magnitski Act beschlossen, der 18 verdächtigen Personen, darunter 15 Russen, die Einreise in die USA verbietet.

Aus den USA wurde zunehmend Kritik an Menschenrechtsverletzungen geäußert, die in der Unterzeichnung des Magnitski Act durch US-Präsident Obama im Dezember 2012 gipfelten.

Die Antwort aus dem Kreml erfolgte prompt: Russland kündigte das Adoptionsabkommen mit den USA auf. Der Beschluss ist inoffiziell nach Dima Jokovlev benannt, einem russischen Kleinkind, das in den USA starb, nachdem es bei großer Hitze unbeaufsichtigt im Auto zurückgelassen wurde. Der Adoptivvater war von einem US-Gericht freigesprochen worden. Das Adoptionsverbot für US-Amerikaner wurde jedoch auch von einer Vielzahl der Russen als inadäquate Antwort auf den Magnitski Act aufgefasst. Nach offiziellen Angaben leben mehr als 100.000 russische

Waisenkinder in Heimen – oft unter schlechten Bedingungen. Putin nutzt die anti-amerikanische Einstellung der Bevölkerung, um innenpolitisch zu punkten. Von einem konstruktiven Dialog sind beide Seiten momentan weit entfernt.

EINIGES RUSSLAND?

Innerhalb der Regierungspartei werden mittlerweile Stimmen laut, die die Entwicklungen der vergangenen Monate kritisieren. Das Parlament scheint jedoch zunehmend an politischer Einflussnahme zu verlieren – die Ministerien ebenfalls. Medwedew spielt politisch kaum mehr eine tragende Rolle. Treffen mit Putin scheint es nur noch sehr selten zu geben. Scharfe Kritik an Medwedew und seiner Regierungsmannschaft wurde zuletzt bei seiner Rede vor dem Parlament am 17. April 2013 laut. Insbesondere die wirtschaftliche und bildungspolitische Arbeit der Regierung

wurde von den Parlamentariern als mangelhaft angeprangert. Die Wachstumszahlen für das laufende Jahr wurden bereits mehrfach nach unten korrigiert – von fünf Prozent auf nunmehr 2,4 Prozent. Die russische Wirtschaft

Die russische Wirtschaft ist auch weiterhin sehr stark auf den Rohstoffexport angewiesen. Die bisherigen Konzepte einer wirtschaftlichen Diversifikation zeigen wenig Erfolg.

ist auch weiterhin sehr stark auf den Rohstoffexport angewiesen. Diese Abhängigkeit erhöht die Gefahr wirtschaftlicher Rezessionen im Falle sinkender Energiepreise auf dem Weltmarkt. Die bisherigen Konzepte einer wirtschaftlichen Diversifikation zeigen wenig Erfolg. Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang auch ein Korruptionsskandal um das unter Präsident Medwedew errichtete Innovationszentrum Skolkovo, das eine russische Version des amerikanischen Silicon Valley werden soll. Im Februar wurde bekannt, dass zwei Offizielle 23,8 Millionen Rubel, etwa 600.000 Euro, beim Bau des Zentrums unterschlagen haben sollen.

In der russischen Politik zeichnet sich zunehmend ein Generationenkonflikt ab: Die alten Eliten, die von der Sowjetzeit geprägt sind, schüren zunehmend anti-westliche und anti-amerikanische Ressentiments. Die junge Generation der russischen Politiker ist dem Westen, insbesondere Deutschland und Europa gegenüber, offener eingestellt als die momentanen Machthaber. Bei ihnen reift das Bewusstsein, dass Russland die Kooperation mit Europa benötigt, um mit seinen 142 Millionen Einwohnern auch zukünftig ein

gewichtiger Spieler in der internationalen Politik zu sein. Nachdem die Protestwelle in den russischen Großstädten zum Erliegen gekommen ist, scheint die Macht der alten Eliten jedoch derzeit gesicherter als noch vor einem Jahr.

AUSBLICK

Aufgrund der politischen Entwicklung in Russland besteht wenig Hoffnung auf eine baldige Verbesserung in den Beziehungen zwischen Russland und seinen ausländischen Partnern. Nach dem Erliegen der russischen Protestbewegung scheint ein politischer Wandel nur aus dem System selbst heraus wahrscheinlich. Innerhalb der Regierungspartei gibt es reformorientierte Kräfte, mit denen ein partnerschaftlicher und konstruktiver Meinungsaustausch geführt werden sollte. Anknüpfungspunkte gibt es auch im Bereich des deutsch-russischen Rechtsstaatsdialoges, in dem sich auch die Konrad-Adenauer-Stiftung engagiert. Gerade auch aufgrund der wachsenden internen Kritik an den jüngsten Entwicklungen im russischen Justizsystem ist der Meinungs- und Ideenaustausch in diesem Bereich von wachsender Bedeutung. Inwiefern das Stigma der vom Kreml initiierten Kampagne gegen NGOs die Kooperation der deutschen Stiftungen mit ihren russischen Partnern langfristig beeinträchtigen wird, bleibt abzuwarten.

Mit dem momentanen Vorgehen schadet der Kreml nicht nur der eigenen Zivilgesellschaft und der demokratischen Entwicklung des Landes, sondern er irritiert auch zunehmend seine Partner. Die politische Opposition ist jedoch derzeit – auch aufgrund der Unterdrückung durch den Kreml – nicht in der Lage, politischen Profit aus den Repressionsmaßnahmen zu generieren. Es fehlt ihr nach wie vor eine einigende Führungspersönlichkeit, die die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Bewegung bündeln und zu einem mehrheitsfähigen politischen Programm fortentwickeln könnte. Viele Jugendliche wenden sich zunehmend enttäuscht von der Politik ab. Besonders die gebildeten Eliten konzentrieren sich auf die Akkumulation finanzieller Güter oder begeben sich auf die Suche nach einer beruflichen Anstellung im westlichen Ausland.

5 | 13



Konrad
Adenauer
Stiftung